Nr. 131. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das zeilgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 zeilgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wohnungswucher.

Daß die Frage des Grund und Bodens und seiner Bebauung eine der wichtigsten, wenn nicht gar die wichtigste Frage aller Kommunalpolitik und damit im weiteren Sinne auch der staatlichen Wirtschaftspolitik ist, diese Erkenntnis bricht sich auch in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr Bahn. Auch dort dämmert mehr und mehr eine Ahnung davon auf, daß es ein schweres Verbrechen ist, die Versorgung der Volksmasse mit der Wohnung, dem unentbehrlichsten aller Bedürfnisse, zu einem Objekt privater Bereicherungsgelüste gemacht zu haben. Zu welchen haarsträubenden Zuständen das geführt hat, ist dem Berliner Arbeiter — leider — nur allzu gut bekannt. Wie aber die ganze Verwaltung eines Gemeinwesens durch den Einfluß der privaten Grund- und Hausbesitzer verseucht wird, dafür liefert einen sprechenden Beweis ein Aufsatz über „Wohnverhältnisse und Städtebau in Spandau", den Prof. Rudolf Eberstadt im Juni-Heft der „Preußischen Jahrbücher" veröffentlicht. Was wir da von Maßnahmen der städtischen Behörden in Spandau erfahren, dürfte mancher für kaum möglich gehalten haben.

In den Spandauer Militärwerkstätten sind 9—10 000 Arbeiter beschäftigt, das ist einschließlich der Familienangehörigen eine Bevölkerung von rund 30 000 Personen (nach Eberstadt; uns will scheinen, als ob diese Zahl reichlich niedrig gegriffen wäre. Sie kommt ja schon heraus, wenn man zu jedem Arbeiter nur eine Frau und ein Kind rechnet! Mag auch eine Anzahl Unverheirateter darunter sein, so werden doch die Verheirateten im Durchschnitt zweifellos weit mehr als ein Kind haben.) Da in Spandau über ungünstige Wohnungsverhältnisse geklagt wird, so trug sich die Militärbehörde mit dem Gedanken, für ihre Arbeiter selbst Wohnungen zu bauen. Natürlich erhoben die organisierten Hausbesitzer ein Lamento und behaupteten, es seien in Spandau kleine Wohnungen, wie die Arbeiter sie brauchen, sogar im Ueberfluß vorhanden. Das kann nun weiter nicht Wunder nehmen, daß die Herren ihr Geschäftsinteresse wahrnahmen. Aber auch der Magistrat sprang ihnen bei und richtete eine Denkschrift an die Militärbehörde, worin er amtlich die gleichen Behauptungen aufstellte, wie der Haus- und Grundbesitzerverein. Daraufhin wurde er von der Militärbehörde aufgefordert, Listen der in Spandau vorhandenen Arbeiterwohnungen aufzustellen. Dann wurden vier Kommissionen gebildet, jede bestehend aus einem Offizier, einem Bausachverständigen, zwei Arbeitern der Militärbetriebe, und zwei bis drei Vertretern des Magistrats und der Haus- und Grundbesitzer. Diesen Kommissionen wurden die Listen übergeben, sie besichtigten die Wohnungen während des Jahres 1910 und beendigten ihre Arbeit im Januar 1911.

Und was war das Ergebnis dieser Prüfung? Der Magistrat hatte 18 000 Arbeiterwohnungen in seinen Listen aufgeführt. Davon mußten nicht weniger als rund 3900 gestrichen werden! Dabei sind sogenannte „wohnungstechnische Mängel", wie ungünstige bauliche Anlage, Fehlen eigener Aborte, Ueberfüllung und dergleichen noch nicht einmal beanstandet worden! Sondern es handelte sich um Räumlichkeiten, die entweder gar keine Wohnungen sind, wie Läden, Geschäftsräume, Einzelgelasse, oder die wesentliche gesundheitliche Mängel und bauliche Schäden aufwiesen, wie erheblichen Mangel an Licht und Luft, starke Feuchtigkeit, gesundheitswidrige Lage. Ausgeschieden wurden auch diejenigen Wohnungen, die für Arbeiter zu teuer sind.

Von Interesse sind die Aussprüche einiger in den Kommissionen tätiger Hausbesitzer angesichts dieses Resultats. Einer sagte: „Wenn nicht genug billige Wohnungen da sind, dann mögen doch die Arbeiter die teuren Wohnungen nehmen und Zimmer abvermieten." Ein anderer: „Ja, dann muß eben die Frau mitverdienen." Ein dritter: „Der Staat soll die Arbeitslöhne erhöhen, dann können die Leute mehr Miete zahlen." Mit welcher Selbstverständlichkeit tritt hier der Anspruch hervor, daß nicht die Wohnungen für die Arbeiter da sein sollen, sondern die Arbeiter für die Wohnungen — und deren Besitzer!

Wichtiger ist jedoch die Frage, wie es möglich war, daß auch der Magistrat so völlig falsche Angaben machen konnte zum Nachteil der Arbeiter und zum Vorteil der Hausbesitzer. Hierüber geben die Untersuchungen einigen Aufschluß, die Prof. Eberstadt im Anschluß an diese Vorgänge selbständig vorgenommen hat.

Es sei vorausgeschickt, daß Prof. Eberstadt etwa keineswegs übertriebene Anforderungen stellt, wie er sich auch als entschiedenen Gegner der Sozialdemokratie bekennt. Er schreibt wörtlich:

„Die Entstehung der unternormalen Wohnung läßt sich nicht vollständig verhindern, denn in jeder Stadt ist stets ein gewisser Bestand alter Gebäude vorhanden, die durch Veränderungen in den Wohnungsansprüchen, in dem Wert der Lage, durch schlechte Instandhaltung und sonstige Umstände minderwertig geworden sind. Insbesondere sind es die zentralen, der Stadtmitte zunächst gelegenen Bezirke, in denen sich infolge der Umgestaltung der Innenstadt in den älteren Gebäuden häufig ungünstige Wohnverhältnisse herausbilden. Ferner findet sich in jeder Stadt ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung, der unter die Richtlinie seines Standes herabsinkt und der die schlechteren Wohnungen aufsucht. An sich wird man also aus dem Vorhandensein minderwertiger Wohnungen durchaus nicht auf den allgemeinen Stand des Wohnungswesens einer Stadt schließen dürfen."

Man sieht, der Herr nimmt auf die Hausbesitzer alle mögliche Rücksicht und hebt mit Nachdruck hervor, daß er es stets vermieden habe, die üblen Zustände der schlechtesten Wohnungsklasse zu schildern.

Er sucht nun zunächst zu berechnen, wieviel kleine Wohnungen in Spandau überhaupt erforderlich sind. Spandau hatte nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 79 400 Einwohner (nebst 5500 Soldaten) in 20 500 Haushaltungen. Nach der Steuerveranlagung für 1910 gab es

13 280	Zensiten	mit Einkommen	unter	900	M.
19 048	„	„ „	von	900—2400	„
858	„	„ „	„	2400—3000	„
1 552	„	„ „	über	3000	„

Für die größeren und herrschaftlichen Wohnungen kommen natürlich nur die 2410 Steuerzahler mit über 2400 M. Jahreseinkommen in Betracht. Um aber ganz sicher zu gehen, macht Eberstadt hierzu noch einen erheblichen Zuschlag und rechnet für den Bedarf an größeren Wohnungen 2600. Da nun 20 500 Haushaltungen vorhanden sind und nach feststehender Erfahrung ein Bestand von mindestens 3 Proz. leerstehender Wohnungen vorhanden sein muß, um Notstände zu vermeiden; da außerdem eine Anzahl Militärpersonen in der Stadt wohnt, so sind 800 Wohnungen mehr zu rechnen, das heißt insgesamt 21 300. Hiervon ab die obigen 2600, bleibt an kleinen Wohnungen ein Mindestbedarf von 18 700. Also selbst wenn die Listen des Magistrats richtig gewesen wären, würden 700 Wohnungen fehlen, wobei noch gar nicht berücksichtigt ist, daß selbst hierunter noch die Zahl derjenigen, die mehr als 300 M. für die Wohnung zahlen können, sehr gering ist. In Deutschland wird als höchster zulässiger Aufwand für Wohnungsmiete der Satz von 20 Proz. des Einkommens gerechnet. Das ist schon viel mehr als in England und Amerika. Rechnet man nun in Spandau die Zahl der Einwohner mit weniger als 1500 M. Jahreseinkommen und die Zahl der Wohnungen, die weniger als 300 M. kosten, so entspricht letztere „entfernt nicht dem Bedürfnis. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn hier von einem Notstand gesprochen wird".

Soviel über die Zahl der Spandauer Wohnungen. Was ihre Beschaffenheit anbetrifft, so sieht Prof. Eberstadt ausdrücklich von den ganz schlechten, unternormalen Wohnungen ab. Trotzdem „finden sich ältere, in irgend welcher Hinsicht mangelhafte, aber nicht gänzlich zu beanstandende Kleinwohnungen in der Preislage bis zu 20 M. Monatsmiete für Stube und Küche in der Altstadt und in der älteren, von dem ehemaligen Festungsgürtel umgrenzten Innenstadt". Aber nicht in irgendwie genügender Zahl. „In den Neubaubezirken sind Kleinwohnungen bis zu 20 Mark monatlich nur vereinzelt anzutreffen. Nur auf den Höfen der Mietskasernen werden die Wohnungen in den Ecken, die stets besonders dunkel und feucht sind, zu einem billigen Preise abgegeben. Für zwei Stuben und Küche läßt sich der Preis auf etwa 32 bis 35 Mark monatlich angeben." Sonst ist Besonderes für Spandau nicht anzugeben: es herrscht die Mietskaserne wie überall in Groß-Berlin. Auf Belichtung und Besonnung ist keine Rücksicht genommen. . . . Die Ueberfüllung der Wohnungen ist ein notwendiger Zubehör der Mietskaserne. . . . Erwähnt sei etwa, daß in den Mietskasernen von Spandau die Anlage der Aborte noch etwas schlechter ist als anderwärts. Die Spandauer Hausbesitzer bestreiten, daß es ein Mangel sei, wenn mehrere Familien gemeinschaftlich ein Klosett benutzen müssen. Im Gegenteil, ein hervorragender Vertreter des Hausbesitzerstandes hat gesagt, daß das eine „erzieherische Wirkung" auf die beteiligten Familien ausüben könne. Nur merkwürdig, daß die Spandauer Hausbesitzer diese „Erziehung durch das Klosett" nicht auch auf sich selbst wirken lassen! Statt dessen sind sie fleißig bedacht, die Mietspreise zu steigern. „Noch im Jahre 1910, als in Groß-Berlin die Konjunktur bei dem Vermieten in Kleinwohnungen zurückging, wurden in Spandau Mietssteigerungen durchgeführt."

Nicht nur in jener Denkschrift an die Militärbehörde, sondern bei der gesamten städtischen Verwaltung findet man nun das Streben, dem Haus- und Grundbesitztum Unterstützung zu leihen, das „die ganze Kraft seines Einflusses auf Festhaltung schlechter Zustände aufwendet". Professor Eberstadt macht darüber folgende Angaben: „Die Stadtverwaltung verhindert in den von ihr geschlossenen Verträgen die Errichtung neuer Wohnbauten." So bei der Eingemeindung von Haselhorst und beim Verkauf des Gutes Gartenfelde (46 Hektar) an die Siemens-Schuckert-Werke. — Als geradezu trostlos bezeichnet Professor Eberstadt die Bauweise in der Wilhelmstadt, die sich in zukunftsreicher und bevorzugter Lage bis zur Döberitzer Heerstraße erstreckt. „Die Bodenaufteilung wurde hier in der Weise vorgenommen, daß die Interessen der Bodenspekulation, der Mietskaserne, des spekulativen Hausbesitzes mit ihren Nebenerscheinungen zur Alleinherrschaft gebracht wurden." Dabei „bietet das neue Spandau für die Stadterweiterung die günstigsten Voraussetzungen. Dem ganzen Westen, Süden und Norden sind ebene Geländeflächen in weitester Ausdehnung vorgelagert. Die Parzellierung hätte hier mit Leichtigkeit die vorteilhafteste, dem Interesse der Stadtgemeinde und der Bürgerschaft angemessene werden können. Es bedurfte eines nicht geringen Maßes von fehlerhafter Städtebautechnik, um hier eine schlechte Entwickelung herbeizuführen. Trotzdem ist das schwer Begreifliche geschehen. Das gesamte Stadterweiterungsgelände ist der Mietskaserne ausgeliefert worden." — Um allem die Krone aufzusetzen, hat der Magistrat auch noch im April 1911 — also nachdem er die bestehenden Zustände nun doch genau kennen mußte — den Preis für die Arbeiterwochenkarten auf der städtischen Straßenbahn beträchtlich erhöht, und damit nur das Programm ausgeführt, das die organisierten Hausbesitzer in Berlin aufgestellt haben: „keine billigen Verkehrsmittel, die es der Bevölkerung ermöglichen, in den Außenbezirken zu wohnen."

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Leute, die aus dem Wohnungselend Nutzen ziehen, und auf die Art ihres Geschäftsbetriebes. Darüber erzählt Prof. Eberstadt:

„Bauunternehmer sind Leute, die man annimmt, um ein Terrain zu verwerten", so definierte mir einst ein großer Bodenbesitzer den Begriff des Bauunternehmers. Der Bauunternehmer, der Häuser auf Spekulation baut, besitzt nur ein geringes eigenes Kapital. Er bekommt die erste Hypothek leicht genug."

Aber davon muß er zunächst dem Bodenbesitzer eine große Abzahlung machen. „Mit dem Rest gelangt er vielleicht bis zum vierten Stockwerk" oder wenig weiter, dann muß er eine zweite Hypothek aufnehmen. Die kriegt er auch, jedoch unter der Bedingung, daß er dem Geldgeber „eine neue Baustelle mit Bauverpflichtung abkauft und auf das Darlehn in Zahlung nimmt". Ist der erste Bau vollendet, muß er also sofort mit der Bebauung der neu „gekauften" Baustelle beginnen, und so weiter ins Unendliche.

„An dem Handel mit zweiten Hypotheken und Baustellen in Spandau ist eine Reihe von Kapitalisten beteiligt; besonders genannt werden zwei Herren, deren einer **in Berlin ein städtisches Ehrenamt bekleidet.**" Einer der soliden Bauunternehmer der Wilhelmstadt sagte zu Herrn Eberstadt: „Wenn ich den Schaden rechne, den ich bei der zweiten Hypothek zahlen muß, erhöht sich mir der Preis der Baustelle um 100 M. die Quadratrute." Viel schlimmer steht es natürlich bei der Hauptmasse der Bauunternehmer, die vom Bauen leben und denen das Wasser bis an den Hals steht. Die müssen unbesehen jede Baustelle zu jedem Preis nehmen, die ihnen bei der zweiten Hypothek „hineingegeben" wird.

Nachdem Prof. Eberstadt so mit erfreulicher Tatkraft in die schauderhaften Wohnungszustände Spandaus hineingeleuchtet hat — und er betont wiederholt, daß es **überall in Groß-Berlin ungefähr ebenso aussieht** — zeigt er die bekannte Naivität aller bürgerlichen Schriftsteller, sobald es sich darum handelt, die Ursachen dieser Trübsal herauszufinden. Er macht dem Magistrat Vorwürfe. Bei dessen Beamten hat er „wenig Neigung zur Abänderung des herrschenden Systems" gefunden. Aber müssen nicht in preußischen Städten die Hälfte der Stadtverordneten von vornherein Hausbesitzer sein? Bezeichnet doch Herr Eberstadt selbst als „die treibende Kraft der Spandauer Kommunalpolitik" einen Herrn, der Stadtverordneter in Spandau und zugleich Vorsitzender des mächtigen Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands und des preußischen Landesverbandes ist. (Schade übrigens, daß Herr Eberstadt nicht gerade heraus die Namen all' dieser staatserhaltenden Persönlichkeiten bekannt gibt.) Und kann der Magistrat auf die Dauer eine andere Politik treiben als die, wofür er den nötigen Rückhalt bei den Stadtverordneten findet?

Kommt man aber auf die Grund- und Hausbesitzer selbst zu sprechen — ja, kann man denn Feigen ernten vom Distelstrauch? Wahrhaft kindlich mutet es an, daß Herr Eberstadt diesen Herren freundlich zuredet! Persönlich hat er es getan, und nun tut er es auch noch in dem Artikel! Ihr Verhalten sei „nicht vereinbar mit den öffentlichen und allgemeinen Interessen", sagt er ihnen. Als wenn sie das nicht selber wüßten! „Man hat ja die Herrschaft über die Verwaltung und nutzt sie aus", — in diesem Satz, der ebenfalls in dem Artikel vorkommt, steckt der Schlüssel des Rätsels.

Nein. Die Herren haben ihr Geld in den Grund und Boden wie in die Häuser gesteckt und wollen nun ihre Kapitalien verwerten. Das ist ihr „gutes Recht", das ist sogar oberster Grundsatz kapitalistischer Sittlichkeit. Ihnen gut zureden, daß sie es anders machen sollen, ist kindliche Utopie. Helfen kann da nur eine Kommunalpolitik, die mit Konsequenz und Zielklarheit darauf ausgeht, den ganzen Grund und Boden in den Besitz der Gemeinde zu bringen und den Wohnungsbau aus einem Bereicherungsmittel privater Kapitalisten zu einer sozialen Aufgabe des Gemeinwesens zu machen.

Das ist aber eine Politik, die den Grundsätzen aller bürgerlichen Parteien zuwiderläuft und einzig und allein den sozialdemokratischen Grundsätzen entspricht.

Assessorenweisheit über Meineid und Sozialdemokratie.

Daß ein simples Strafmandat zu einem grell leuchtenden Scheinwerfer auf die Denkweise preußischer Juristen werden kann, bewies das Schöffengericht zu Danzig am 1. Juni unter dem Vorsitz eines Assessors Warmbrunn. Die Genossin Broßwitz hatte am 18. Januar eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt geleitet. Der Polizeipräsident ließ die Versammlung überwachen und

veranlaßte ein gerichtliches Sikofmandat über 30 M. oder 6 Tage Haft, weil die Versammlung öffentlich gewesen und nicht polizeilich gemeldet sei. Ueber den Einspruch verhandelte das Schöffengericht. Ueber die Verhandlung wird uns aus Danzig berichtet: Rechtsanwalt Rosenbaum wies nach, daß tatsächlich eine Mitgliederversammlung vorlag, die durch ein Inserat in der „Volkswacht" so zeitig bekannt gemacht war, daß die Polizei bereits am 15. Januar Kenntnis hatte und die Ueberwachung veranlaßte. Auf jeden Fall müsse das Inserat als Anmeldung gelten, deren Form im Vereinsgesetz nicht vorgeschrieben sei. Der Polizeikommissar Günther folgerte die Oeffentlichkeit der Versammlung aus seinem Eindruck und der Tatsache, daß auch einige Männer anwesend waren! Obwohl das mit der Straftat absolut in keiner Verbindung stand, regte der Vorsitzende die Verlesung des Berichtes des Kommissars über den Verlauf der Versammlung an. Trotz des Widerspruches des Verteidigers, der die gesetzliche Unzulässigkeit betonte, beschloß das Gericht sie doch. Neben der interessanten Feststellung: „August, wie hast Du Dir verändert" enthielt der Bericht die geradezu ungeheuerliche Behauptung, daß Genosse Crispien als Referent gesagt habe: „Wir haben auch eine Verteilung von Flugblättern in den Kasernen ins Auge gefaßt, aber sie nicht ausgeführt." Nach dieser für die Qualität der Polizeiberichte bezeichnenden Verlesung beantragte der Verteidiger die Vernehmung des Parteisekretärs Crispien zum Beweise, daß tatsächlich nur eine Mitgliederversammlung in Frage kam. Ohne jede ersichtliche Ursache erklärte darauf der Vorsitzende dem Verteidiger zur äußersten Ueberraschung aller Anwesenden:

„Soll ich einen Mann als Zeugen eidlich vernehmen, der einer Partei angehört, für die Staat und Gericht nicht existieren und die offen erklärt, daß solch ein Eid gar nicht bindet? Wie soll ich das als preußischer Beamter tun?"

Rechtsanwalt Rosenbaum erwiderte, daß solch eine Unterscheidung gesetzlich unzulässig sei. Die Strafprozeßordnung kenne sie nicht. Die Unterstellung, daß ein Zeuge wegen seiner politischen Stellung wissentlich die Unwahrheit sagen würde, sei unerhört. Er protestiere entschieden dagegen. Der Vorsitzende wies diese Ausführungen als unzulässig zurück. Er behauptete, der Verteidiger habe ihn persönlich angegriffen. Er wollte nicht gemeint haben, daß Crispien absichtlich die Unwahrheit sagen würde. Er meinte nur: ob das Gericht dem Zeugen glauben könne. Schon diese Auseinandersetzung erfolgte in ständiger Polemik mit dem Verteidiger. Jetzt stellte dieser fest: Der Vorsitzende habe gesagt, der Zeuge gehöre einer Partei an, die den Staat verneine und den Eid nicht als bindend anerkenne. Er — der Verteidiger — habe zu erklären, die Partei habe eine solche Erklärung niemals abgegeben. Wer das Gegenteil behauptet, was vor Gericht überhaupt unzulässig sei, der müsse auch den Beweis für die Richtigkeit führen. Vorsitzender: „Wenn Gerichtsnotorität vorliegt, so liegt sie eben vor! Ich habe dann keine Veranlassung, mich auch über die Quellen zu äußern." Der Verteidiger replizierte: Die private Meinung des Vorsitzenden beweise gar nichts, wenn sie nicht durch Quellenangabe bewiesen werde. Gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen spreche gar nichts. Gesetzlich sei die moralische Wertung der Staatsbürger nach ihrer Parteistellung nicht zulässig. Sonst wären ja Millionen deutscher Staatsbürger als Sozialdemokraten aus dem Rechtsleben ganz ausgeschlossen. Der Vorsitzende erklärte, daß ihm diese Logik nicht einleuchte. Er wollte nur sagen, daß die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Zeugen nicht so stabilisiert sei wie die anderer, weil es sich um einen politischen Prozeß handelt. Der Verteidiger erwiderte, daß die Erklärung des Vorsitzenden diese Deutung nicht gestatte. Andererseits könne das Gericht sich nach der Vernehmung über die Glaubwürdigkeit des Zeugen entscheiden.

Auf Verlangen des Anwalts beschloß das Gericht gegen die Meinung des Vorsitzenden die Vernehmung Crispiens. Crispien bestätigte, daß nur eine Mitgliederversammlung in Frage kam. Der Amtsanwalt beantragte ohne Begründung die Erhöhung der Strafe auf 40 M. Geldstrafe oder 8 Tage Haft. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung. Nach kurzer Beratung wurde die Beweisaufnahme wieder eröffnet. Der Kommissar sollte sich darüber äußern, ob die Partei öffentliche Versammlungen abhalte, ohne sie der Polizei zu melden. Der Kommissar erklärte, das halte er, wenn er auch darüber nichts wisse, für sehr wohl möglich. Versucht werde von der Partei eben alles! Auf das Verlangen des Verteidigers, diese Behauptung zu beweisen, erwiderte der Vorsitzende, daß er ihm darüber keine Rechenschaft schuldig sei! Vom Verteidiger trotzdem gedrängt, erklärte darauf der Kommissar, daß allgemeine Verhalten der sozialdemokratischen Partei beweise seine Behauptung! Im schroffen Widerspruch zu dem Auftreten des Vorsitzenden sprach das Gericht die Genossin Broßwitz frei. Der Vorsitzende leitete die Urteilsverkündung mit der drohenden Erklärung an den Zuhörerraum ein, daß jeder sofort einen Tag ins Loch fliege, der sich auch nur eine zustimmende oder abfällige Bemerkung erlaube. Die Freisprechung wurde mit der Feststellung begründet, daß es sich tatsächlich um eine Mitgliederversammlung gehandelt habe.

Bemerkenswert war bei der Vernehmung des Genossen Crispien noch die Tatsache, daß der Vorsitzende ihm wiederholt die auch in der Form ungewöhnliche Mahnung vorhielt: Der Staat wird Sie mit Zuchthaus bestrafen, wenn Sie nicht die Wahrheit sagen!

Jedenfalls sind die Akten über die politische Justiz des Herrn Assessors Warmbrunn in Danzig noch nicht geschlossen. Vorläufig kann er für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, die Weltberühmtheit des bekannten Staatsanwalts Romen, der auch die Sozialdemokratie des Meineids beschuldigte, noch erheblich übertroffen zu haben. Nur stehen ihm im Jahre 1911 nicht mehr die Entschuldigungsmomente zur Seite, auf die sich vielleicht noch der damalige Staatsanwalt Romen berufen durfte.

Dieser für unsere preußischen Justizverhältnisse charakteristische Schöffengerichtsprozeß soll offenbar jetzt noch ein ernstes Nachspiel erhalten.

Der Prozeß widerlegte die polizeiliche Behauptung, daß die Genossin Broßwitz am 18. Januar eine öffentliche Frauenversammlung unangemeldet abhielt. Zur Stütze der Anklage beschwor der Polizeikommissar Günther, daß eine größere Anzahl Nichtmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins anwesend waren. Der Verteidiger nötigte ihn darauf zu der Erklärung, daß er kein einziges Nichtmitglied festgestellt habe! Der Kommissar versicherte dann aber, daß ein Herr Schnell dort war, der ihm bestimmt als Nichtmitglied bekannt war. Er bot sogar den Nachweis für die Richtigkeit seiner Angabe auf der Stelle an. Genosse Crispien stellte aber fest, daß Schnell politisch organisiert ist. Schon am nächsten Tage vormittags fand sich der Kommissar Günther mit dem Wachtmeister Tiedemann in der Abwesenheit des Genossen Schnell in dessen Wohnung ein! Er wollte von der Genossin Schnell wissen, ob und von wann ihr Mann und auch sie selbst dem Sozialdemokratischen Verein angehörte. Die bloße Bestätigung der Mitgliedschaft genügte dem Kommissar jedoch nicht. Er forderte die Vorlegung der Mitgliedsbücher, weil diese für das Meineidsverfahren gegen Crispien notwendig sei! Ferner wollte er wissen, ob Schnell und seine Frau in der Versammlung anwesend gewesene Nichtmitglieder kannten. Die bündige Versicherung der Genossin, daß sie diesen Wunsch nicht erfüllen könne, hatte die Folge, daß sich der Wachtmeister allein am Nachmittag noch einmal vorstellte. Er examinierte den nun anwesenden Genossen Schnell in der gleichen Weise, und wieder mit dem Hinweis auf das Meineidsverfahren. Der Genosse konnte ihm aber ebenfalls nicht mehr nützen, auch dann nicht, als ihm versichert wurde, daß sein Name in der Angelegenheit nicht genannt und ihm Ungelegenheiten nicht gemacht werden würden. Trotzdem suchte der Wachtmeister die Genossin Schnell am 3. Juni vormittags zum dritten Male heim. Obwohl ihm gesagt wurde, daß Schnell selbst zu Hause sei, lehnte er ab, mit diesem zu sprechen! Die Frau sollte ihm wieder Nichtmitglieder aus der Versammlung nennen. Doch auch diese Mühe war vergeblich, trotzdem auch jetzt wieder die beruhigende Zusicherung, daß keinerlei Ungelegenheiten entstehen würden, ihre Rolle spielte.

Die Einleitung des Meineidsprozesses würde zwar die schleunigste Uebertragung der Warmbrunnschen Theorie in die Praxis bedeuten, sonst aber sehr viel polizeilichen Wagemut verraten. Genosse Crispien sieht dem Verfahren sehr ruhig entgegen. Die Danziger Polizei hat in letzter Zeit so wenig Seide vor Gericht gesponnen, daß sie zu stürmischer Draufgängerei kaum Veranlassung hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni 1911.

Witwen- und Waisenbetrug.

Als die Reichsversicherung durchberaten war, gab es Leute, die behaupteten, daß vom 1. Januar 1912 ab die invaliden Witwen eine Rente von 20 Pf. pro Tag erhalten würden. Die ärmsten Witwen, die darauf hoffen, werden aber bitter enttäuscht werden, wenn sie — falls ihnen der Nachweis der Invalidität gelingt — die Rente von der Post abholen. Nach Artikel 59 des Einführungsgesetzes werden die von dem verstorbenen Mann vor dem 31. Dezember 1911 gezahlten Beiträge nicht gerechnet. Es werden aber den Witwen 500 Wochen des Grundbetrages der Lohnklasse I angerechnet. Dieser Grundbetrag beträgt 12 Pf. pro Woche, also für 500 Wochen 60 M. Von diesen 60 M. erhält die invalide Witwe als Jahresrente $^{3}/_{10}$, ein Kind $^{3}/_{20}$ und jedes weitere Kind $^{1}/_{40}$. Ferner erhält die Witwe einen Reichszuschuß von 50 M. und jedes Kind einen solchen von 25 M. Die Renten betragen demnach für die invalide Witwe 50 M., Reichszuschuß 18 M., Grundbetrag der Lohnklasse I also 68 M. im Jahr, für ein Kind 25 M. Reichszuschuß und 9 M. Grundbetrag, also 34 M. im Jahr, für jedes weitere Kind 25 M. Reichszuschuß und 1,50 M. Grundbetrag, also 26,50 M. im Jahr. Will die Witwe 20 Pf. pro Tag, also 73 M. pro Jahr und für jedes Kind 10 Pf. pro Tag, also 36 M. pro Jahr haben, dann müssen nach dem 1. Januar 1912 schon recht viel Wochenbeiträge bezahlt sein. Durch die Beitragszahlung erhöhen sich die Renten in den ersten 500 Wochen für jede Beitragswoche wie folgt:

	Witwenrente $^{3}/_{10}$ des Grundbetrages und Steigerungssatzes	Ein Kind $^{3}/_{20}$ des Grundbetrages und Steigerungssatzes	Jedes weitere Kind $^{1}/_{40}$ des Grundbetrages und Steigerungssatzes
Lohnklasse I	0,9 Pf.	0,45 Pf.	$^{3}/_{40}$ Pf.
„ II	2,4 „	1,2 „	$^{1}/_{5}$ „
„ III	3,6 „	1,8 „	$^{3}/_{10}$ „
„ IV	4,8 „	2,4 „	$^{2}/_{5}$ „
„ V	6 „	3 „	$^{1}/_{2}$ „

Bevor eine Witwe 73 M. Jahresrente, also 20 Pf. pro Tag, und ein Kind 36,50 M., also 10 Pf. pro Tag Rente erlangt, müssen nach dem 1. Januar 1912 folgende Beiträge bezahlt sein:

Lohnklasse I	556	Wochenbeiträge	= 10	Jahre	und 36	Wochen
„ II	209	„	= 4	„	„ 1	„
„ III	136	„	= 2	„	„ 32	„
„ IV	105	„	= 2	„	„ 1	„
„ V	83	„	= 1	„	„ 31	„

Daß für mehr als ein Kind 10 Pf. pro Tag als Rente bezahlt wird, das werden von den jetzt lebenden Menschen nur wenige erleben. Ein Versicherter der Lohnklasse I müßte 256 Jahre und 11 Wochen jede Woche seine Marke kleben, wenn das zweite Kind Anspruch auf eine Rente von 10 Pf. pro Tag erlangen sollte. Aber auch der Höchstversicherte der Lohnklasse V muß nach dem 1. Januar 1912 57 Jahre und 40 Wochen jede Woche seine Marke im Werte von 48 Pfennigen geklebt haben, bevor er für das zweite Kind eine Rente von 10 Pfennigen für den Tag erlangte. Mit Beiträgen der Lohnklasse IV ist das Ziel in 71 Jahren 8 Wochen zu erreichen. Die Rente von 10 Pf. pro Tag für das zweite Kind ist also eitel Lug und Trug.

Der evangelisch-soziale Kongreß

hat wieder einmal getagt und die soziale Frage vom evangelisch-sozialen Standpunkt aus zu lösen versucht. Das macht das Häuflein von Pastoren, Professoren und sonstigen Ideologen, die sich um das Banner der evangelisch-sozialen Kongresse scharen, schon seit vielen Jahren so. Irgend welche positive Erfolge haben die Herren noch nicht erreicht. Die entschiedeneren Elemente, die Göhre, Maurenbrecher, Naumann, haben deshalb auch längst das Bedürfnis empfunden, nicht nur in schönen ethischen Reden zu schwelgen, sondern eine wirkliche Beeinflussung der sozialen Verhältnisse auszuüben, und demgemäß Anschluß an politische Parteien gesucht. Die minder tatkräftigen Elemente, die Ethiker, die sich von tönenden Kongreßreden und Konventikelbeschlüssen Wunder versprechen, treiben es dagegen noch heute nach der Urväter Weise. Sie reden, reden, erheben ethisch-soziale Forderungen, begleiten die politischen Aktionen, die von ganz anderen Kräften ausgegangen, mit erbaulichen ethischen Betrachtungen und bilden sich dann womöglich in ihres Herzens Einfalt ein, daß sie gewissermaßen

Reisebriefe vom Balkan.

Durch die Miridita.

II. (Schluß.)

Am ersten Tag hatten die Gendarmen im Takt der ausschreitenden Pferde manches Liedchen vor sich hingesummt. Vielleicht sangen sie:

Was auch, o Liebling! was auch
Die Welt Dir sage, höre nicht drauf,
Denn die Welt sagt eins und zwei,
Um uns zu trennen, mich und Dich.
Wer es versucht, uns zu trennen,
Der möge nicht aufhören zu weinen.
Der Regen hört von Zeit zu Zeit auf,
Jener aber möge nicht aufhören, weder des
Winters noch Sommers.

An diesem zweiten Tage aber, obgleich sich das Blau des Himmels noch leuchtender über der Welt ausspannte, waren sie merklich schweigsamer. Nicht daß jetzt der Pfad verwegene Steigungen hinauf- und hinableitete, trug die Schuld. Auf zwei Kilometer gab es einmal eine Steigung von 587 auf 945 Meter über dem Meeresspiegel und beschwerlicher noch wurde es, wenn es in ähnlichem Neigungswinkel bergab ging, auf 30 bis 40 Zentimeter breiten Pfaden, an wilden Abhängen hin, so daß ein winziger Fehltritt des Pferdes den Sturz in die Tiefe und den sicheren Tod bringen mußte.

Aber nicht ob solcher Gefahren trugen Ibrahim und Hairi-Beg den Henry Martini schußfertig quer über dem Sattel und nicht deshalb spähten sie mit besorgten Blicken an den Felshängen hinauf. In ihrer Unterhaltung, die sie auf Albanisch führten, kehrte immer häufiger das Wort Miriditen wieder, Miriditen vorn und Miriditen hinten und die Prophezeiung aus Prizren fiel mir ein: Die Miriditen sind in den Bergen!

Aber komme, was kommen mag! So lange man die Gefahr nicht handgreiflich vor Augen sah, galt keine Furcht und sah und hörte man sie erst einmal, war's für unnütze Gefühle zu spät! Es lief uns auch keine Katze über den Weg. Mit wolligen Schafen oder kleinen braunen Ziegen, die mit der langen Behaarung der Beine aussahen, als trügen sie Hosen, bummelte ab und zu ein Hirt, und hin und wieder kletterte auch ein Gendarm übers Gestein. Wir hatten überhaupt seit jener erwähnten Kule auch bewaffnete Begleitung zu Fuß. Von Station zu Station trottete immer mindestens ein Gendarm auf ledernen Pantinen nebenher — ob zu unserem Schutze oder unter unserem Schutze, blieb zweifelhaft — in Waz Baz war ich mit einer kleinen Armee von vier Mann eingetroffen und am zweiten Tage zählte ich einmal für ein paar Stunden sogar fünf Gewehre, meinen Browning und Frok Pietrs Revolver gar nicht gerechnet.

Am Nachmittag des zweiten Tages war es auch, da stießen wir auf zwei Redifs, Landwehrleute. Der eine stand über eines der im Mai zahlreich fließenden Gebirgswasser gebeugt und suchte das aus der Nase strömende Blut zu stillen. Als ich mit einem harmlosen Mittel aus meiner Reiseapotheke eine Wunderkur vollführte, hielten sich plötzlich Ibrahim und Hairi-Beg unter den heftigsten Grimassen den Leib, als hätten sie das wildeste Bauchgrimmen. Es gehörte nicht viel Psychologie dazu, um zu erkennen, daß sie auf einen Schnaps spekulierten. Aber sie täuschten sich. Ich verschrieb ihnen Baldriantabletten, die sie, nur halb befriedigt, auf der Stelle schlucken mußten.

Sonst begegneten uns große Landschildkröten, die schwerfällig durch das Gras watschelten, und zur unangenehmen Begrüßung raschelte ab und zu eine Schlange, gut $1^{1}/_{2}$ Meter lang, über den Weg, von deren Giftigkeit die Begleiter Fabeldinge zu erzählen wußten. Unverändert ging es Berghänge hinauf, Berghänge hinab, 554, 889 und 964 Meter meldete in rascher Aufeinanderfolge die Karte, und hatte lange Zeit, an die deutsche Heimat gemahnend, junger Eichenbestand den Weg gesäumt, so wurde mit dem anbrechenden Abend die Gegend immer finsterer und wilder. Zwölf Stunden saßen wir heute schon im Sattel und noch war kein Ziel und kein Ende. Sandhügel um Sandhügel äffte uns. Wenn man rechts und links ein paar hinter sich gelassen hatte, in der Hoffnung, jetzt auf ein Hochplateau herauszutreten, so öffnete sich an der nächsten Wegebiegung dieselbe Szenerie: Sandhügel um Sandhügel. Kein Ziel, kein Ende; melancholisch lang fielen unsere Schatten und ein harter Druck saß in der Kehle. Da — das Herz hub an zu hüpfen — schmetterte jählings ein Trompetensignal in die weite Stille, Töne, vertraut vom preußischen Kasernenhof. Dem Gaul eine Aufmunterung in die Weichen, um die letzte Ecke herum und das ersehnte Ziel des zweiten Tages lag mit weißen Zelten und wimmelnden Khakimännern in dem milchigen Glast der ersten Dämmerung vor uns.

Das war Puka. Ein Han, eine ärmliche und bescheidene Moschee, ein halb Dutzend Häuser und, eben in den Zelten einquartiert, ein Bataillon Infanterie. Außerdem Sitz eines Kamaikams (Landrats), der freilich nicht anwesend, sondern nach Skutari auf und davon war. Mir war es zum Heile, denn die Offiziere des Bataillons, denen ich eine offizielle Visite machte, boten mir für die Nacht sein Zimmer und Bett an. Wer war ob solch bereitwilliger Gastfreundschaft froher als ich, der schon geglaubt hatte, vom Fieber geschüttelt, eine zweite Nacht unter freiem Himmel verbringen zu müssen. Und hier oben, in 752 Meter Höhe über dem Meeresspiegel, war's noch empfindlich kälter als drunten in Waz Baz am Drin. So ließ ich mir denn meine Konserven aufwärmen, aß mit etlichen der Offiziere zu Abend, sah, was mir nichts Neues mehr war, die Rakiflasche unter den Mohammedanern kreisen und sich „im Handumdrehen" — im wahrsten Sinne des Wortes! — leeren, und dann schlief ich süß und traumlos auf dem harten Lager des Kaimakams von Puka.

Am dritten Tage stand ich schon früher als sonst in den Stiefeln. Hatte die zweite Tagesleistung rund 45 Kilometer und dreizehn Stunden betragen, so lag, nach der Karte zu schließen, der dritte Tag leicht und rosig vor uns: das kürzeste Drittel nur noch zu bewältigen, davon ein gut Stück in der bequemen Drinebene. Aber wie bitter sollte die Enttäuschung werden! Dieser harmlos beginnende Morgen hatte uns Anstrengungen aufgespart, die bis dicht an die Grenze des Menschenmöglichen gingen. Denn der Abstieg erfolgte auf steilen Pfaden, die an sich diesen Ehrennamen kaum verdienten und dazu mit losem Geröll dicht bedeckt waren, mit Steinen von der Größe einer Faust bis zu der eines Kinderkopfes. Und auf diesem Gelände nun abwärts klettern, den Gaul hinter sich her ziehend, krampfhaft rückwärts gebeugt, auf rollenden und kollernden Steinen, in Reitstiefeln, in denen der Knöchel keinen festen Halt hat, und dazu die Besorgnis, daß der jeden Augenblick ausgleitende Fuß in der nächsten Sekunde einen Bruch oder, was in dieser Einsamkeit und Wildnis ebenso gut ist, eine Verstauchung weg hat — und man wird sich von den Annehmlichkeiten dieses Abstieges zwar keine Vorstellung, aber immerhin eine Ahnung verschaffen können. Dauerte er Stunden, dauerte er Ewigkeiten? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß, als wir endlich diese Höllenpein hinter uns hatten, meine Zunge trocken wie ein Stück Zunder im Munde lag, daß ich dafür nicht einen trockenen Faden am Leibe zählte, daß mein Puls in höchster Beschleunigung ging und daß mein Herz wahre Wirbel schlug. Auch die beiden Suwari und Frok Pietr waren arg mitgenommen.

Aber nachher sangen Ibrahim und Heiri-Beg wieder und eine Stunde Rast in dem einladend sauberen und kühlen Hause eines albanischen Priesters, in Gömsitsche, vier Stunden etwa von Skutari, brachte uns vollends wieder auf die Beine. Frok Pietr ließ sich als frommer Katholik gleich bei der Ankunft den Segen, ich als durstiger Heide mir ein Glas Wasser reichen, das mir mindestens so gut bekam. Der geistliche Herr drückte auf Lateinisch, denn ein anderes Verständigungsmittel stand uns nicht zu Gebote, seine redliche Verwunderung aus, daß ich mit heiler Haut durch die Miridita durchgekommen sei und daß mir meine uniformierte Begleitung nicht einen bleiernen Gruß auf den Hut gelockt habe. Im übrigen zeigte er sich nicht nur als gastfreundlicher, sondern auch als recht unterrichteter Mann, der mir manche Geheimtür zum Verständnis albanischer Dinge aufschloß. Wir nahmen herzlichen Abschied von einander — ein Fremdling in seiner Klause war ein sehr seltenes Ereignis — und, mit der Hand die Augen beschattend, blickte er uns noch lange nach, als wir davon trabten.

Wir ließen die Pferde ausgreifen und ich im besonderen holte aus meinem unverwüstlichen Dorg noch einen flotten Galopp heraus. Jetzt lag die Ebene flach vor uns, auch den Drin begrüßten wir wieder und da stieg auch schon mit dem ragenden Kegel der Festung Skutari vor uns auf. Wie Xenophons Zehntausend, als sie mit frohem Thalatta das Meer sichteten, war uns ums Herz.

Belebt und belebter wurde der Weg und um die siebente Stunde nach der Zeit der Franken (zwölf Uhr türkisch) warf ich vor dem Hotel Europa einem der herumlungernden Boys die Zügel meines Pferdes zu. Endlich!

Die Schwarzseher hatten Unrecht behalten!

Von Skutari selbst im nächsten Brief. H. W.

der Sauerteig seien, der das soziale und politische Leben durchsäuere.

Auf dem heurigen evangelisch-sozialen Kongreß, der in Danzig tagte, hielt Herr Professor Titius, ein sympathischer, persönlich achtbarer Theologieprofessor aus Kiel, einen Vortrag über das Thema: „Wie lassen sich die sittlichen Ideale des Evangeliums in das gegenwärtige Leben überführen?“ Er bekämpfte die aristokratische Kultur und das Schlagwort von der Kulturethik, um das „demokratische Ideal“ des „allgemein Menschlichen“ zu preisen. Eine schöne, gutgemeinte Rede, die nicht gerade an einem Ueberschuß von Klarheit litt, aber gerade deshalb so erbaulich ethisch und christlichsozial klang.

Konkreter waren die Ausführungen des Professor Harnack über die Reichsversicherung. Er konstatierte, daß viele Kongreßteilnehmer enttäuscht und unmutig seien und fänden, daß ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen das Volk und fiskalischer Kleinsinn sogar beklagenswerte Rückschritte verursacht hätten. Immerhin stecke eine Unsumme von Geist und hingebenden Fleiß in dem Werke, für das Herr Delbrück allen Dank verdiene. Ueber zwei Punkte komme er allerdings nicht hinweg: die Altersgrenze und die Behandlung des Wöchnerinnenschutzes. Immerhin sei ein kleiner Trost, daß noch nichts verschüttet sei, daß die Forderungen wiederkehren und schließlich erfüllt werden dürften. — Als soziales Erbübel bezeichnete Harnack dann den Kastengeist und den Kastenhochmut. Das klingt ja ganz nett; aber sollte Herr Professor Harnack nicht einsehen, daß Kastengeist und Kastenhochmut schließlich die ganz natürlichen unvermeidlichen Produkte der kapitalistischen Besitzverteilung und Produktionsweise sind? Wenn mit ethischem Pathos und pastoraler Salbung die soziale Frage zu lösen wäre, hätten sich die evangelischen Kongresse schon längst selbst überflüssig gemacht!

Die Reichseinnahmen im Jahre 1910.

Nach der jetzt vorliegenden endgültigen Uebersicht über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren im vorigen Rechnungsjahre ergibt sich gegenüber der gegen Ende April dieses Jahres veröffentlichten vorläufigen Berechnung eine Mehreinnahme von 22 Millionen Mark. Während damals die gesamten Einnahmen auf 1477,2 Millionen angegeben wurden, stellen sie sich jetzt auf 1499,2 Millionen Mark. Der Etatsanschlag beträgt 1441,5 Millionen, so daß das Rechnungsjahr einen Ueberschuß über die im Reichshaushaltsetat veranschlagten Einnahmen von 57,7 Millionen Mark ergibt, während man bisher nur auf einen solchen von 35,7 Millionen Mark gerechnet hatte. Dieser Ueberschuß ist im wesentlichen auf die Mehreinnahmen aus den Zöllen, der Börsensteuer, dem Grundstücksübertragungsstempel und der Erbschaftssteuer zurückzuführen, während der bei weitem größte Ausfall bei der Branntweinsteuer entstanden ist.

Die Zölle, deren Einnahmen sich noch um 4 Millionen Mark höher gestellt haben, als im April angenommen war, haben 668,3 Millionen Mark eingebracht und zeigen damit gegenüber dem Voranschlag von 631,9 Millionen Mark einen Ueberschuß von 31,4 Millionen Mark. Der Grundstücksübertragungsstempel, dessen Ertrag sich im Definitivum auch noch um 1,5 Millionen Mark erhöht hat, ergibt mit einer Einnahme von 44,3 Millionen Mark gegenüber dem Etatsansatz eine Mehreinnahme von nicht weniger als 18,8 Millionen Mark. Fast genau so groß ist der Ueberschuß der Börsensteuer, die einschließlich der Talonsteuer 81,2 Millionen Mark ergeben hat gegen 52,5 Millionen im Etatsanschlag. Dazu tritt als vierte Einnahmequelle mit erheblichem Ueberschuß die Erbschaftssteuer, die 42,7 Millionen Mark eingebracht hat gegen 34,0 im Voranschlag, also 8,7 Millionen Mark mehr. Aus diesen vier Einnahmequellen ergibt sich also ein Ueberschuß gegenüber dem Etatsanschlag von 77,4 Millionen Mark. Der Lotteriestempel, der gegenüber der vorläufigen Aprilberechnung eine Steigerung um nahezu 9 Millionen Mark zeigt, übertrifft damit den Etatsanschlag um 4,8 Millionen Mark. Ueberschüsse weisen ferner auf die Zuckersteuer um 3,8 Millionen Mark, der Personenfahrkartenstempel um 2,8, die Salzsteuer um 2,2, der Frachturkundenstempel um 1,6, der Tantiemestempel um 1,5, die Brausteuer, deren Einnahme sich im Definitivum um 2,2 Millionen Mark erhöht hat, um 0,9, der Automobilstempel um 0,9, die Zigarettensteuer um 0,6, die statistische Gebühr um 0,3 und die Essigsäureverbrauchsabgabe um 0,1 Millionen Mark. Unter den Einnahmequellen, die den Etatsanschlag nicht erreicht haben, steht, wie bemerkt, obenan die Branntweinverbrauchsabgabe, die, trotzdem sie noch 2 Millionen Mark mehr ergeben hat, als im April angenommen, mit 154,9 Millionen — einen Ausfall von 25,1 Millionen Mark zeigt. Den zweitgrößten Ausfall hat die Leuchtmittelsteuer, die nur 9,9 Millionen Mark erbracht hat gegen 15,0 Millionen Mark im Etatsanschlag, also 5,1 Millionen Mark zu wenig. Dann folgt der Scheckstempel, dessen Einnahme nur 3,6 Millionen Mark beträgt gegen 7,4 Millionen im Voranschlag, so daß noch nicht die Hälfte der etatsmäßigen Einnahme erzielt ist. Auch die Tabaksteuer hat einen wesentlichen Ausfall von 2,7 Millionen Mark mit 11,7 Millionen gegen 14,4 im Voranschlag. Die Einnahmen der Zündwarensteuer bleiben um 1,4, die der Wechselstempelsteuer um 1,3 und die der Schaumweinsteuer um 0,7 Millionen Mark hinter dem Etatsanschlag zurück. Zündwarensteuer und Schaumweinsteuer haben noch weniger (erstere um 0,4, letztere um 0,3 Millionen Mark) ergeben, als im April angenommen worden war.

Die offiziöse Presse feiert das günstige Finanzergebnis natürlich mit überschwenglichem Lob für die Schöpfer der Finanzreform. Die Kehrseite der Medaille, die in anhaltender steigender Teuerung, in einer empfindlichen Schädigung all jener Geschäfte, die von den neuen Steuern berührt werden, in Arbeitslosigkeit und ruinösen Produktionsstörungen besteht, wird wohlweislich nicht aufgezeigt.

Ein Streit im Zentrum.

Der bekannte schlesische Magnat Graf Oppersdorff, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, wird in der Zentrumspresse zur Ordnung gerufen. Dieser gräfliche Zentrumsabgeordnete ist ein bekannter Feind des gleichen Wahlrechts, was das Zentrum natürlich nicht hindert, ihn des Doppelmandats würdig zu halten. Aber auch bei der elsässischen Verfassungsfrage suchte er mit allen Mitteln die Vorlage zu Fall zu bringen und es wäre ihm gelungen, einen genügenden Teil von Zentrumsabgeordneten für sich zu gewinnen, wenn nicht das Eintreten der Sozialdemokratie diese Treibereien aussichtslos gemacht hätte. Der Herr Graf scheint aber noch nicht Ruhe halten zu wollen und dabei einige Hoffnungen auf die nationalistischen Klerikalen im Reichsland zu setzen.

In Zentrumsblättern kann man heute folgendes lesen:

„Hoffentlich lassen sich unsere elsaß-lothringischen Parteifreunde nicht bestärken in ihrem Oppositionsrausche durch das Verhalten der Schwadron Oppersdorff, des Fähnleins des schlesischen Grafen, der auch diesmal wieder nach alter Gewohnheit seine Fähigkeiten benutzte, um der Partei in den Rücken zu fallen, der mit Vorliebe den Demokraten spielt und im Grunde genommen doch nur mit der berühmten weißen Toga der Wahlpetenten auf das Forum geht und lediglich denen imponiert, die sich mit der Gesamtpartei verwechseln und mit dem Ernste der Dinge spielen. Es wird aber auch einmal die Stunde anbrechen, in der die gesamte Zentrumswählerschaft dieses freveltliche Quertreiben in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit durchschaut.“

Man sieht, Parteidifferenzen werden beim Zentrum ganz energisch ausgetragen und die Sprache läßt an Offenheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Das wird die Pharisäer aber gewiß nicht abhalten, über jedes scharfe Wort im Munde eines Sozialdemokraten ein heuchlerisches Gezeter zu erheben.

Kriegervereinsterrorismus.

Der Kyffhäuserbund des deutschen Kriegerverbandes hat bekanntlich vor einiger Zeit die Parole ausgegeben, daß die Mitglieder von Kriegervereinen weder bei Haupt- noch Stichwahlen sozialdemokratische Kandidaten durch ihre Stimme unterstützen dürfen. Das Präsidium des badischen Militärvereinsverbandes hat dieser Tage den Beschluß seinen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Ganz leicht wird die Parole: Wer nicht pariert, der fliegt! in Baden wohl nicht durchgeführt werden, wenigstens läßt sich der gemäßigt-liberale Waldeshuter „Aldbote“ wie folgt vernehmen:

„Was denkt eigentlich das Präsidium des badischen Militärvereinsverbandes, das doch recht gut weiß, daß in Baden unter dem Zeichen des Blocks bei Stichwahlen viele Mitglieder der Militärvereine schon für einen Sozialdemokraten gestimmt haben und im gegebenen Falle dies wieder tun werden, ohne vorher das hohe Präsidium des Militärvereinsverbandes um seine gütige Erlaubnis zu fragen? Was sagen da alle die vielen jungliberalen Reserveoffiziere, die zum Teil als Mitglieder, zum Teil als Vereinsvorstände oder Gauvorsitzende im badischen Militärvereinsverbande fungieren? Lassen diese sich durch solche Resolutionen politisch mundtot machen, oder ziehen sie die Konsequenzen daraus? Der nach unserer Ansicht einzig richtige Weg wäre der, daß diese Herren, die doch sicher den Karlsruher Präsidialmitgliedern zum Teil persönlich nahestehen, ein kräftiges Wort bei diesen zum großen Teil konservativen Herren sprechen und ihnen klar machen würden, daß das Spiel vom Winter 1906/07 sich nicht wiederholen darf, wenn nicht der badische Militärvereinsverband einen Teil seiner eifrigsten Mitglieder verlieren soll.“

Im übrigen sind auch diese Vorgänge nur eine neue Illustration dafür, in welch unverschämter Weise der politische Terrorismus von den „unpolitischen“ Kriegervereinen ausgeübt wird.

Ein Anarchistenkongreß fand an den Pfingsttagen in Düsseldorf statt, an dem 42 Delegierte aus 20 Ortsgruppen der Anarchistischen Föderation Deutschlands teilnahmen. Beim Geschäftsbericht wurde eine sehr bescheidene Beitragsleistung an die Geschäftskommission und ein Rückgang der Abonnenten des „Freien Arbeiters“ konstatiert. Aus diesem Grunde wurden jedenfalls auch keine Angaben über die Mitgliederzahl der Föderation gemacht. Zur Reichstagswahl wurde nach einem Referat von Nicolaus-Berlin eine Resolution angenommen, in der zur antiparlamentarischen Propaganda aufgefordert wird. Eine weitere Resolution spricht sich wieder für den „sozialen Generalstreik“ aus. Außerdem gab es noch Debatten über die Gründung einer anarchistischen Jugendbewegung, über die Zugehörigkeit von Anarchisten zu den freien Gewerkschaften sowie über den Antrag, einen Programmentwurf auszuarbeiten.

Der zweite Akt des Marokko-Abenteuers,

die „Beruhigungs“-Aktion des Generals Moinier wird von Jaurès in der „Humanité“ folgendermaßen charakterisiert:

„Man wird rings um Fes herum, um die Zeit totzuschlagen, Treibjagden und Razzias veranstalten. Anscheinend hat man unseren Offizieren empfohlen, menschlich zu sein und nicht wieder die Heldentaten von Brandstiftung, Totschlag, Raub, Vergewaltigung, Verstümmelung, Sklavenverkauf anzufangen, die vor der Welt die jüngste Operation einer marokkanischen Mahalla ausgezeichnet haben, die von unseren Instruktionsoffizieren geführt war. Dennoch handelt es sich darum, die Stämme zu „züchtigen“. Wie wird dies reizende Programm mit Sanftmut ausgeführt werden? Aber ich wage zu sagen, daß alles das nichts ist. Das, was ernst ist, ernster als die möglichen internationalen Verwickelungen, ernster als die wachsenden Schwierigkeiten mit Spanien, ernster als die Grausamkeiten, die begangen sind und noch begangen werden, das ist der Untergrund von Unehrlichkeit, von Heuchelei, von Lüge, der in unserer ganzen marokkanischen Politik vorhanden ist. Es ist eine abscheuliche Politik!“

Jaurès hat mit seiner Charakterisierung vollständig recht. Ein Akt der Heuchelei ist es auch, wenn jetzt die französische Presse mitteilt, daß der General Toutée, der Kommandant der Muluja-Division eine Rüge erhalten habe, weil er bei der Beschießung der Kasbah von Geozif „Vandalismus“ verübte. Als ob die Kolonnen des Generals Moinier in Westmarokko anders zu Werke gingen. Die Granaten, die die Artillerie Moiniers in die marokkanischen Dörfer hineinfeuern läßt, wirken genau so zerstörend wie die des Generals Toutée. Die ganze Aktion gegen den letzteren soll nur die Pläne verbergen, die man mit der Muluja-Division vorhat. Der diplomatische gegen Spanien gerichtete Kniff mit der Auflösung dieser Division war von Anfang an so durchsichtig, daß man sich gar nicht zu wundern braucht, wenn von einem neuen Vorrücken im Mulujagebiet, aber unter einem anderen Oberbefehlshaber, gesprochen wird.

Ein marokkanischer Angriff gegen General Moinier.

Tanger, 7. Juni. Die Truppen unter dem Kommando des Generals Moinier verließen das Lager von Zegotta am 1. Juni und erreichten Nzala Beni Amar, wo eine Etappenstation errichtet werden wird. Zahlreiche Stämme haben sich infolge des tatkräftigen Vorgehens Moiniers unterworfen. Am 2. Juni gelangten die Truppen nach Ras el Ma. An der Brücke über den Mekkesfluß hatten sie zahlreiche heftige Angriffe marokkanischer Reiter abzuwehren, die trotz des Infanterie- und Artilleriefeuers sich bis auf hundert Meter den französischen Linien näherten und sich erst zurückzogen, als ihre Reihen vollständig gelichtet waren. Der Kampf dauerte von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr 40 Minuten nachmittags. Auf Seiten der Franzosen fielen ein Stabsarzt und drei Soldaten der Fremdenlegion; dreizehn Mann wurden verwundet. Am 3. Juni brachen die Truppen zur Erkundung der Ebene von Sais auf. Nachts wurden die Vorposten wiederholt angegriffen.

Spanien und Frankreich.

Madrid, 6. Juni. In der Deputiertenkammer erklärte Ministerpräsident Canalejas, der Kreuzer „Cataluna“ sei bei Larrasch vor Anker gegangen, aber die Besatzung werde nur ausgeschifft werden, wenn sich in Larrasch infolge der in der Gegend von Alkassar herrschenden Unruhen Vorfälle ereignen würden, die eine solche Maßnahme rechtfertigen sollten. Redner schloß: Wir werden uns darauf beschränken, unsere Pflichten, die uns die Verträge auferlegen, zu erfüllen.

Paris, 7 Juni. Nach dem „Echo de Paris“ hat Frankreich der spanischen Regierung erklärt, es sei der Ansicht, daß die Besetzung von Tetuan und Larrasch, die durch die Ereignisse keineswegs geboten sei, Verwickelungen im Gefolge haben könne. Auch die englische Regierung habe in Madrid dringend zur Vorsicht gemahnt und sich dem Schritte Frankreichs angeschlossen. Die spanische Regierung scheine jedoch die erteilten Ratschläge nicht berücksichtigen zu wollen. Dies stehe ihr frei, aber sie werde auch die Folgen ihres Vorgehens zu tragen haben.

Stimmungsmache der Firma Mannesmann.

London, 7. Juni. Die aus Tanger gemeldete Ausweisung einiger Ingenieure der Mannesmann-Gesellschaft aus Ostmarokko veranlaßt den „Daily Graphic“ zu folgenden Ausführungen: „Die durch den Marsch des Generals Moinier nach Fes schon reichlich verwickelte Lage ist jetzt durch einen beunruhigenden Zwischenfall in Ostmarokko noch zugespitzt worden, wo eine deutsche Expedition von den Franzosen unter dem Kommando des Generals Toutée ausgewiesen worden sein soll. Wie die Angelegenheit auch ihre Erledigung finden mag, auf alle Fälle ist der Zwischenfall bedauerlich. Denn die öffentliche Meinung in Deutschland ist durch die letzten Ereignisse in Marokko bereits derartig erregt, daß es unklug ist, den Scharfmachern, die in Berlin leider nur zu zahlreich sind und einen nicht unbedeutenden Einfluß haben, irgendwelche Handhabe zu bieten.“

Frankreich.

Die Winzerbewegung.

Bar-sur-Aube, 6. Juni. Die Winzer mehrerer umliegenden Dörfer haben sich versammelt und marschieren auf die Stadt. Hier herrscht infolgedessen große Aufregung; die ganze Garnison ist auf den Beinen. Es heißt, die Manifestanten, die mit Gewehren bewaffnet sind, hätten mehrere berittene Boten beschossen. Die Behörden haben sämtliche Läden der Stadt schließen lassen.

Bar-sur-Aube, 7. Juni. Die Winzer, die alle Straßen militärisch besetzt fanden, haben sich gegen Mitternacht zerstreut. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Der Abgrenzungsbeschluß.

Paris, 7. Juni. Präsident Fallières hat heute ein dem Beschluß des Staatsrats gemäß abgefaßtes Dekret über die Abgrenzung der Champagne unterzeichnet. Die Regierung beabsichtigt, eine Gesetzvorlage einzubringen, durch die den Besitzern von Weinbergen oder Weinbau-Syndikaten, welche sich durch die neuen Abgrenzungen in ihren erworbenen Besitzrechten geschädigt fühlen sollten, Entschädigungsklagen vor den Gerichtshöfen gestattet sein sollten.

Rouvier gestorben.

Paris, 7. Juni. Der frühere Ministerpräsident Senator Rouvier ist gestorben.

Der Prozeß gegen die „Guerre Sociale“.

Paris, 7. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den Verwalter des „Guerre Sociale“, Auroy, wegen Veröffentlichung von antimilitaristischen Artikeln zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 Frank Geldbuße. Der Angeklagte war nicht erschienen. Sein Verteidiger hatte Vertagung der Verhandlung beantragt, weil Gustav Hervé sich als Verfasser der Artikel bekannt und Eröffnung des Verfahrens gegen sich selbst beantragt hatte. Das Gericht ließ aber diesen Einwand nicht gelten.

Belgien.

Kapitulation der Klerikalen?

Brüssel, 7. Juni. Es verlautet, daß der König sich für die Auflösung der Kammern ausgesprochen hat. Der gestrige Ministerrat, in der die kritische Lage besprochen wurde, dauerte von 9 Uhr abends bis gegen Mitternacht. Obgleich bisher keine amtliche Mitteilung erfolgt ist, verlautet doch bestimmt, daß das Kabinett Schollaert sich zurückziehen werde; es heißt, der Kabinettschef sowie der Arbeits- und Justizminister würden zurücktreten, worauf der Kammerpräsident Cooremans die Neubildung des Kabinetts übernehmen werde. Das neue Kabinett würde sich ausschließlich mit der Erledigung der laufenden Staatsgeschäfte befassen. Das Parlament würde sich nach Erledigung des Budgets Ende Juli bis zum November vertagen. Das Schulgesetz der Regierung würde zurückgezogen und die Schulgesetzvorlage der Rechten einem Spezialausschuß überwiesen werden, mit anderen Worten, die Beratung des Schulgesetzes würde bis zum nächsten Jahr vertagt. Hierauf würden die Kammern aufgelöst, die Neuwahlen für den Mai 1912 ausgeschrieben und die Zahl der Abgeordneten entsprechend dem letzten Volkszählungsergebnis erhöht werden. Man glaubt, daß die erwartete amtliche Erklärung erst morgen erfolgen wird; die Regierung hat nämlich die Mitglieder der Rechten für morgen zu einer Parteisitzung einberufen. Es ist wahrscheinlich, daß in dieser Sitzung der Vertagung des Schulgesetzes zugestimmt werden wird.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 7. Juni. Der Angriff der Arnauten auf Alessio wurde von 1000 Mann ausgeführt, von denen nur 300 gut bewaffnet waren; die übrigen hatten Haken, Jataghans und Revolver. Torgut Scheffet Pascha konnte bisher nur zwei Bataillone in die gefährdete Gegend absenden.

Im Wilajet Skutari haben die Aufständischen bis jetzt durch Niederbrennen von Kasernen und Wachthäusern einen Schaden von 20 000 türkischen Pfund angerichtet. Der Oberkommandierende fordert infolgedessen einen Kredit für die Wiederherstellung der Baulichkeiten.

Ein Antrag auf Intervention.

Rom, 7. Juni. In der Kammer brachte der Republikaner Chiesa heute einen von elf anderen Abgeordneten der äußersten Linken unterstützten Antrag ein, die Kammer solle die Regierung auffordern, eine energische internationale Aktion für die Anwendung des Artikels 23 des Berliner Vertrages auf Albanien herbeizuführen. Dieser Artikel sieht die Einführung ähnlicher Reglements, wie sie für Kreta bestehen, auch für andere Teile der europäischen Türkei vor.

Japan.

Eine neue „Anarchisten“-Hetze?

Paris, 7. Juni. Wie ein Telegramm des „New York Herald“ aus Tokio berichtet, ist in Nagoya ein großes Dynamitlager entdeckt worden. Die beiden Besitzer des Hauses wurden verhaftet, da sie mit dem im Oktober v. J. entdeckten Komplott gegen den Mikado in Verbindung gestanden haben sollen. Man befürchtet eine neue Verschwörung gegen den Mikado.

Der Berliner Bäckerstreik ist beendet.

In einer sehr stark besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshause tagte, beleuchtete der Verbandsvorsitzende Allmann-Hamburg den Verlauf des Streiks. Der Redner legte dar, daß

der Kampf einen vollen Erfolg gebracht

habe, der zum großen Teil dem tatkräftigen Eingreifen der gesamten organisierten Arbeiterschaft zu danken sei. Jetzt könne der allgemeine Streik beendet und der Einzelkampf, soweit notwendig, weitergeführt werden. — Die wesentlichsten Ausführungen des Referenten sind zusammengefaßt in einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung beschließt:

In Anbetracht des günstigen Standes unseres Kampfes den Streik für beendet zu erklären.

Von 3400 in Betracht kommenden Bäckereien mit zirka 7000 beschäftigten Gesellen haben 2220 Bäckereien mit 4603 Gesellen bewilligt und haben sich in den letzten Tagen noch durchschnittlich 390 Streikende zur Kontrolle gemeldet; die Zahl der Streikenden ist also bedeutend geringer als die Zahl der vor dem Streik Arbeitslosen.

„Die Versammlung spricht der Berliner Bevölkerung, **vor allem den Arbeiterfrauen Berlins und der Vororte** für die großartige Unterstützung während des Kampfes **Anerkennung und Dank** aus, denn nur mit dieser Unterstützung der Brotkonsumenten war es uns möglich, unseren Kampf in solch kurzer Zeit zu unseren Gunsten zu beenden. Die Versammelten appellieren an das brotkonsumierende Publikum, uns auch weiter darin zu unterstützen, daß Brot und Backwaren nur aus den Bäckereien gekauft werden, welche unsere Forderungen bewilligt haben, damit es uns gelingt, die errungenen Vorteile auch dauernd zu erhalten, denn nur dadurch wird es möglich sein, die Hauptursache der sanitären Mißstände in den Bäckereien, das Kost- und Logiswesen beim Meister, für immer auszurotten und den errungenen Ruhetag zur dauernden Einrichtung zu machen.

Die Versammlung macht es allen Mitgliedern des Verbandes zur Pflicht, nun auch **treue Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation zu bleiben**, und als solche ihre Pflicht und Schuldigkeit vollständig zu erfüllen, damit dauernd die Stärke der Organisation eine solche bleibt, durch welche Bürgschaft dafür geleistet wird, die Errungenschaften zu erhalten.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung, wie man sich zu dem von den Meistern in Aussicht gestellten polizeilichen Sonntags-Backverbot stelle, antwortete Schneider: Es ist sehr fraglich, ob ein solches Backverbot eingeführt wird. Wie die Sache jetzt steht, kümmern wir uns gar nicht darum. Die Aussicht auf das Backverbot kann uns natürlich nicht veranlassen, von unserem 36stündigen Ruhetag abzusehen. Das von den Meistern befürwortete Backverbot will nur eine 22stündige Ruhezeit gewähren, dafür aber soll am Montagvormittag gearbeitet werden. Es soll also dabei bleiben, daß die Bäckergesellen sieben Schichten in der Woche arbeiten. Dem können wir natürlich nicht zustimmen. Wenn die Meister ein Backverbot zustande bringen, wonach vom Sonntag früh bis Montag abend nicht gearbeitet werden darf, dann sind wir damit einverstanden. Wir haben schon vor dem Einigungsamt betont, daß wir gegen das Backverbot an sich nichts einzuwenden haben; aber es muß uns eine 36stündige Ruhezeit und die sechsschichtige Arbeitswoche bringen. Die Meister, welche etwa glauben, wenn das Sonntags-Backverbot von 22 Stunden eingeführt werden sollte, dann sei unser 36stündiger Ruhetag hinfällig, die täuschen sich. An diesem halten wir unter allen Umständen fest. Das mögen die Meister bei der Abstimmung über das Backverbot berücksichtigen.

Weiter nahm Schneider Bezug auf eine Aeußerung des Organs der „Germania"-Innung, wonach diese gegen Einzelboykotts, Verteilung von Boykottzetteln usw. mit Hilfe der Polizei und des Gerichts vorgehen will. — Das heiße in der Sprache der Bäckermeister so viel wie: Zieht Eure Forderungen zurück oder betrügt die Gesellen, wo Ihr könnt, und wenn Ihr dafür haftbar gemacht werdet, dann schützen wir Euch. — Durch diese deutliche Aufforderung an die Meister lassen wir uns nicht schrecken. **Mit denen, die ihre Verpflichtungen brechen, werden wir schon fertig werden.** Wenn auch der **allgemeine Streik jetzt beendet** ist, so wird doch der **Kleinkrieg fortgesetzt.** Vor allem kommt es darauf an, das Errungene zu befestigen. Unsere Bewegung hat doch schon erzieherisch auf die Meister eingewirkt. Eine solche Menge von Zurückziehungen wie nach den früheren Kämpfen sind diesmal nicht erfolgt. Aber es wird auch jetzt noch Meister geben, die nur auf die Gelegenheit warten, den Tarif zu durchbrechen. Wir sind in der Lage, den Herren auf die Finger zu sehen und derartige Versuche zu vereiteln. — Unseren Dank an die organisierte Arbeiterschaft, deren Unterstützung uns den Sieg gebracht hat, können wir nicht besser abtragen als dadurch, **daß jeder von uns in der großen klassenbewußten Arbeiterbewegung seine Pflicht tut!**

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Aus Warschau wird uns mitgeteilt: In der mechanischen Schuhfabrik von Kiper, Warschau, Broniastraße 71, streiken die Zuschneider. Die Fabrik hat ihren Meister Leiteritz nach Berlin geschickt, um Streikbrecher zu werben. Die Streikenden bitten um Fernhaltung des Zuzuges.

Deutsches Reich.

Zum Streik im Braunkohlenrevier.

Auf der Grube Stadt Görlitz in Kohlfurt hat sich die Situation insofern verändert, als von jetzt ab sämtliche Arbeiter, die mit der Kohlengewinnung zu tun haben, ausständig sind. Ein Anschlag des Direktors, der um Fortsetzung der Arbeit ersucht, blieb ohne Wirkung. Am Freitag beschäftigte sich das Stadtverordnetenkollegium in Görlitz mit der Sache. Die Aussichten für die Arbeiter sind außerordentlich günstig. Es kommen etwa 100 Arbeiter in Frage.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Liegnitz und Waldenburg i. Schl.

Die Brauereiarbeiter in den Liegnitzer Brauereien arbeiteten bisher unter einem Lohntarif, welchen die Unternehmer mit einer Anzahl gelber Arbeiter vereinbart hatten. Die Mehrheit schloß sich dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter an. Der von den Gelben vereinbarte Tarif, welcher bis 1914 bei schlechtesten Bedingungen Gültigkeit haben sollte, wurde durch den Abschluß eines Vertrages mit dem Verbande aufgehoben. Der nunmehr mit dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter vereinbarte Tarif brachte den Arbeitern eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung täglich, Beseitigung der Sonntagsarbeit von 2—3 Stunden, erhöhte Bezahlung der Ueberarbeit sowie 2—3 M. Lohnerhöhung pro Woche. Hätte nicht der Verband energisch die Aufhebung des von den Gelben vereinbarten schlechten Tarifes gefordert und durchgesetzt, so müßten die Arbeiter weiter bis 1914 darunter leiden.

Mit der Genossenschaftsbrauerei in Waldenburg wurde ein ähnlicher Vertrag vereinbart, welcher die nämlichen Verbesserungen vorsieht. In Frage kommen über 120 Personen.

Einen schwierigen Kampf um ihr Koalitionsrecht

haben die Fleischergesellen zu führen. Schließen sich einige Fleischergesellen dem Verbande an, sofort wird von den Meistern das schwerste Geschütz aufgefahren. Versucht ein Unternehmer gegen den Stachel zu löcken, so wird er beim Bezug der Rohprodukte (Vieh usw.) und beim Verkauf der Nebenprodukte (Knochen, Häute, minderwertige Fette usw.) geschädigt. Außerdem wird durch Konventionalstrafen versucht, die Meister einzuschüchtern und jede Verhandlung mit der Gesellenorganisation zu vereiteln. Unterstützung finden die Meister durch die von ihnen mit erheblichen Geldmitteln unterstützten Brüderschaften. Diese haben sich förmlich zu einer gelben Schutztruppe entwickelt.

Zurzeit wird ein solcher Kampf um das Koalitionsrecht in Bremen geführt. Systematisch wurden die organisierten Gesellen aus der Arbeit gedrängt. Die Arbeiterschaft ist durch Beschluß des Gewerkschaftskartells der Fleischerorganisation zu Hilfe gekommen. Sofort griffen die Meister zum schärfsten Terrorismus gegen ihre Kollegen, die das freie Koalitionsrecht achten wollten. Der Viehboykott wurde aber durchbrochen. Jetzt versuchen die Meister, die Käufer durch allerlei Plakate zu irritieren. Die gut disziplinierte Bremer Arbeiterschaft wird indessen dem Koalitionsrecht der Fleischergesellen in Bremen Achtung zu verschaffen wissen.

Auch in Frankfurt a. M. ist eine Bewegung um Sicherung des Koalitionsrechts im Gange.

Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik.

Nach dreitägigem Streik der Arbeiter der Oelmühle Fauth in Wiesbaden-Dotzheim hat die Firma mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter einen Tarif abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde um 2 Stunden wöchentlich verkürzt. Die sofortige Lohnerhöhung schwankt zwischen 75 Pf. und 3,25 M. Außerdem wurde Urlaub ohne Lohnabzug von 2 bis 4 Tagen, Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und anderes mehr erreicht.

Sieg der Brauereiarbeiter in Hamburg.

Am 1. Juni legte das Personal der Hellbrooker Brauerei Hamburg einmütig die Arbeit nieder, weil die Firma die tariflichen Vereinbarungen für Bierkutscher und Heizer nicht einhielt, die Verhandlungen darüber verschleppte und schließlich gemachte Zusagen nicht hielt. Nach eintägiger Dauer war der Streik zugunsten der Arbeiter beendet.

Im Hamburger Zimmerergewerbe ist zurzeit eine beträchtliche Anzahl Zimmerer arbeitslos. In Betracht kommt außer einem außergewöhnlich starken Zuzug von auswärts, daß durch den bereits monatelangen Kampf der Tischler und Holzarbeiter und ferner durch den vor kurzer Zeit entbrannten Kampf der auf den Holzlösch- und Holzladeplätzen beschäftigten Arbeiter die Arbeitsgelegenheit der Zimmerer noch weiter wesentlich beeinträchtigt wird. Es liegt deswegen im eigensten Interesse der reisenden Zimmerer, zurzeit nicht nach Hamburg zu kommen, um so mehr, da in Mecklenburg, Rheinland-Westfalen und weiteren Orten eine starke Nachfrage nach Zimmerern zu verzeichnen ist.

Beendeter Streik.

Der Streik der Arbeiterschaft des Vereins deutscher Oelfabriken Mannheim, Fabrik Lindenhof und Fabrik Industriehafen, wurde Freitag, den 2. Juni, mit 127 gegen 89 Stimmen für beendet erklärt. Errungen wurde Abschluß eines Tarifvertrages auf vier Jahre, die Lohnaufbesserungen betragen bis zu 40 Pf., Arbeitszeitverkürzung eine Stunde pro Woche, Urlaub im fünften Jahre drei Tage, im zehnten Jahre sechs Tage mit Fortzahlung des Lohnes. Die Arbeit wurde am Dienstagmorgen 7 Uhr aufgenommen.

Beendeter Streik und geplante Aussperrung im Schuhmachergewerbe von Groß-Stuttgart.

In Groß-Stuttgart haben die ausständigen Schuhmachergehilfen den Kampf nach achtwöchiger Dauer abgebrochen, von einer Weiterführung war ein besseres Resultat nicht mehr zu erwarten. Daß der gewünschte Erfolg nicht erreicht werden konnte, kommt vor allen Dingen auf das Konto der Christlichen, die schamlos die Interessen der Arbeiter verrieten. Obwohl sie dem Zentralverband mitgeteilt hatten, gemeinsam mit ihm in eine Lohnbewegung eintreten zu wollen, richteten sie zu gleicher Zeit, vielleicht gar am gleichen Tage, die Mitteilung an die Meister, sie seien eventuell geneigt, nach dem alten Tarif weiterzuarbeiten. Als die Kollegen vom Zentralverband in den Ausstand traten, schlossen die Christlichen mit den Meistern einen „Tarif" ab, der Verschlechterungen gegen die bestehenden Lohnsätze enthielt. In ihrer Fachpresse rühmten sie diesen Tarif als große Errungenschaft, erklärten, für sie bestehe in Stuttgart kein Streik, zogen aus ganz Deutschland christlich organisierte Streikbrecher heran und verlangten schließlich, bei den Unterhandlungen zur Beilegung des Streiks — der für sie gar nicht bestand — müßten sie unter allen Umständen vertreten sein. Selbst die Meister erklärten, sie begriffen nicht, was die Christlichen bei den Unterhandlungen dreinzureden hätten, bestanden aber trotzdem auf Zuziehung der Christlichen. Die Ausständigen gingen schließlich darauf ein, nachdem die Meister die eindeutige Zusage gegeben hatten, über den christlichen Tarif hinaus Zugeständnisse machen zu wollen. Als es dann zu Unterhandlungen kommen sollte, verweigerten die Meister weitere Zugeständnisse; der christliche Vertreter stellte sich auf die Seite der Meister und verteidigte besonders die Positionen, die eine Verschlechterung gegen die jetzigen Lohnsätze bringen. Die Meister verlangen nun, daß sich auch der Zentralverband für vier Jahre auf den mit den Christlichen vereinbarten Tarif festlege, andernfalls wird mit Aussperrung gedroht. Die Arbeiter werden sich dieser Forderung unter keinen Umständen fügen. — Zuzug von Schuhmachergehilfen nach Stuttgart ist streng fernzuhalten.

Der Streik der Ziegler in Köln ist zugunsten der Ziegeleiarbeiter erledigt.

Soziales.

Von der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft.

Der soeben erschienene Bericht dieser Berufsgenossenschaft betont, daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Gerbereibetriebe schon im Jahre 1895 und 1905 beim Reichsversicherungsamt von ihr beantragt wurde. Nachdem diese Anträge immer wieder abgelehnt worden seien, habe man den Antrag erneut gestellt, nachdem sich die „berühmte" XVI. Reichstagskommission mit der Beratung der Reichsversicherungsordnung befaßt habe. Man hofft, daß die „technische Entwickelung der Gerberei und die auch mit kleineren Betrieben verbundenen Gefahren, die jedenfalls erheblicher sind als bei einem Teil der der Versicherung gegenwärtig schon unterliegenden Handwerksbetriebe" berücksichtigt werde. Versichert waren laut Bericht im Jahre 1910: 6218 Betriebe, gegen 6126 im Vorjahre, die insgesamt 81020 Arbeiter beschäftigten. Die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter betrug 81 216. Der Durchschnittslohn eines Versicherten betrug 1092 M. pro Jahr. Gemeldet wurden 2270 Unfälle gegen 2153 im Vorjahre, wovon nur 438 entschädigt wurden. Der Bericht gibt uns dann eine Zusammenstellung der bei den Betriebsrevisionen vorgefundenen Mängel die aber gänzlich wertlos ist, weil „die bei derselben Revision eines Betriebes mehrmals festgestellten gleichen Mängel an gleichartigen Maschinen nur einmal gezählt" worden sind. Das ist keine Statistik, sondern eine Verschleierung der Verhältnisse. Nimmt man nun die Berichte der einzelnen Sektionen her, so ergibt sich, daß in Sektion I 158 Betriebe in Ordnung und in 139 Betrieben Anordnungen zu treffen waren. Sektion gibt gar keine bestimmten Zahlen. Von 123 besichtigten Betrieben waren fast keine in Ordnung. Sorglos meldet man: „Nach Mitteilung der betreffenden Unternehmer sind die Mängel beseitigt worden." Natürlich. Weshalb noch Revisionen? Da hätte man ja auch vorher brieflich anfragen können, ob überhaupt Mängel im Betriebe vorhanden sind? Nur im Bericht der Sektion VI finden wir nähere Angaben, daß von 186 besichtigten Betrieben nur 74 ohne Mängel waren und 510 Verstöße festgestellt worden seien. Die mit jeder technischen Revision verbundenen Prüfungen der Lohnnachweisungen hätten in sieben Betrieben Lohnhinterziehungen teils größeren Umfanges" ergeben.

Für die Fürsorge für Verletzte innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalles hat die Berufsgenossenschaft nur 910 M. verausgabt.

Um die Gültigkeit einer Ausführungsbestimmung zum neuen Stellenvermittlergesetz

handelte es sich bei einer Entscheidung des Kammergerichts. Die Vorschriften des Handelsministers vom 16. August 1910, welche zur Ausführung des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910 ergangen sind, besagen im § 7 Absatz 2: „In den Anzeigen dürfen nur Angaben darüber enthalten sein, daß und für welche Berufe die Stellenvermittelung stattfindet. Alle marktschreierischen Angaben (die Hervorhebung besonderer Vorzüge, die Zusage von Vorteilen usw.) sowie alle Angaben über die Zahl der offenen Stellen oder stellensuchenden Personen sind verboten."

Die Bestimmung sollte die Stellenvermittlerin Domke dadurch übertreten haben, daß sie in einer Annonce gesagt hatte: „Viele tüchtige Mädchen für hier und außerhalb erhalten Stellen zum Lohn von 60—80 Talern durch Frau Domke." Die Strafkammer verurteilte die Frau und führte aus, daß es sich hier um eine gewerbsmäßige Stellenvermittlerin handle, die unter das Gesetz falle, und daß die gültige Verordnung des Ministers auf ihren Fall anzuwenden sei. Das Inserat bezwecke, den Anschein zu erwecken, als ob die Frau eine große Menge Mädchen zu Sätzen, die den Mindestlohn nicht unerheblich überstiegen, vermieten könnte. Die Angeklagte wolle mit der Anzeige in marktschreierischer Weise für ihren Betrieb Reklame machen. Die Angeklagte legte Revision ein und bestritt die Gültigkeit der angezogenen Ministerialvorschrift.

Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel und führte aus: Der erste Satz des § 7 Absatz 2 der Ministerialvorschriften enthalte eine positive Vorschrift, während der Satz 2 in negativer Weise sage, was die Anzeigen nicht enthalten dürfen. Er erläutere gleichsam den ersten Satz. Ein Widerspruch zwischen beiden Sätzen bestehe nicht. Die ganze zitierte Vorschrift sei mit dem Gesetz im Einklang und rechtsgültig. Sie sei auch mit Recht hier angewendet worden. Ohne Rechtsirrtum sei eine verbotene marktschreierische Anzeige einer gewerbsmäßigen Stellenvermittlerin festgestellt worden.

Ultramontaner Krankenkassenschwindel.

Es ist bekannt, daß trotz des Geschreies, das Scharfmacher, Reichsverbändler und Ultramontane seit Jahr und Tag über sozialdemokratischen Mißbrauch in Krankenkassen anstimmen, kaum ein einziger Fall angeführt werden kann, in dem wirklich ein solcher Mißbrauch vorläge. Der Zentrumsabgeordnete Becker-Arnsberg, von dem ein Parteifreund behauptet, daß er ganz genau über den Essener Krankenkassenskandal (Bereitstellung von 52 000 M. Abfindungsgelder) informiert sei, griff kürzlich im Reichstag auf die Terrorisierung zurück, die der jetzige Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Herr Stegerwald, 1897 in der Münchener Krankenkasse erlitten haben will. Sieben Mal in vierzehn Tagen soll damals der sozialdemokratische Krankenkontrolleur bei dem kranken Stegerwald gewesen sein, obwohl die Möglichkeit einer Simulation völlig ausgeschlossen gewesen sei, weil es sich um eine wehe Hand gehandelt habe. Die „Münchener Post" stellt zu dieser Erzählung des Herrn Becker folgendes fest:

„1897 bestand das Personal der damaligen Ortskrankenkasse aus dem Rendanten (der gestorben ist), einem Bureaubeamten, der heute noch in der Kasse ist und ein erklärter Gegner der Sozialdemokratie war und geblieben ist. Als Einkassierer fungierte ein alter Oekonomieverwalter, als Kontrolleur ein Mann namens Fischer, der ein eifriger Zentrumsmann und von der Vorstandschaft in ihrer damaligen Zusammensetzung als Kontrolleur bestellt war. Im Jahre 1898 legte der Einkassierer Groß sein Amt wegen seines Alters freiwillig nieder, an seine Stelle kam ein Arbeiter Zörgibl. Am 1. Mai 1899 verließ Kontrolleur Fischer seine Stelle. Für ihn wurde von der Vorstandschaft (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) einstimmig der Schreinergehilfe Wiesnet gewählt. Also erst 1899 gab es einen Kontrolleur aus den Reihen der freiorganisierten Arbeiter. Was Stegerwald als Schreiner während seiner Krankheit im Jahre 1897 angetan wurde, kann ihm nur durch seinen Parteigenossen Fischer geschehen sein. 1897 war Stegerwald noch eine unbekannte Größe, er spielte in der Arbeiterbewegung gar keine Rolle. Erst 1898 beim Ausbruch des Schreinerstreiks trat Stegerwald tätig hervor."

Also auf einen Vorgang, der 14 Jahre zurück liegt, mußte Herr Becker zurückgreifen, um den Terrorismus der Sozialdemokraten zu „beweisen", und dabei ist's auch mit diesem Beweise noch Essig!

Letzte Nachrichten.

Zur Winzerbewegung in Frankreich.

Paris, 7. Juni. (W. T. B.) Nach kurzer aber lebhafter Debatte lehnte die Kammer die sofortige Besprechung der Interpellation über die Abgrenzung der Champagne ab und verschob sie hinter die Beratung der Arbeiteralterversicherung. (Siehe auch Politische Uebersicht.)

Von der russischen Korruption.

Petersburg, 7. Juni. (W. T. B.) Der mit der Durchführung von Revisionen beauftragte Senator Neidhardt hat gegen fünf Ingenieure von Staatsbahnen, gegen zwei andere Ingenieure und zwanzig Eisenbahn-Verwaltungsbeamte sowie gegen sieben Mitglieder der Petersburger Stadtverwaltung, unter denen sich der Präsident der Stadtduma, Unkowski, befindet, **wegen Amtsverbrechen gerichtliche Verfolgung angeordnet.** Außerdem machte der Senator den Ministern für Verkehr, Handel und Marine, sowie den Chefs der Staatsbahnen Mitteilung über eine große Zahl von Amtsverbrechen, die von Beamten ihrer Ressorts begangen worden seien.

Wenn das nicht hilft —

Clermont Ferrand, 7. Juni. (W. T. B.) Der internationale Friedenskongreß hat seine Arbeiten beendet und am Schluß seiner Beratungen einen Beschluß angenommen, der dem Wunsche nach einer Beschränkung der militärischen Lasten Ausdruck gibt.

Großes Schadenfeuer in Pommern.

Stettin, 7. Juni. Wie die „Ostseezeitung" aus Gollnow meldet, entstand heute gegen Mitternacht in dem 10 Kilometer von Gollnow gelegenen Amalienhof ein Feuer, das infolge der zur Zeit herrschenden Dürre einen großen Umfang annahm und **10 Gehöfte mit etwa dreißig Gebäuden in Asche legte.**

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

10. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, 6. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung begrüßt namens der hiesigen organisierten Arbeiterschaft Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Frank die Generalversammlung.

Die Generalversammlung schreitet nun zur Festsetzung der Geschäftsordnung. Severing-Bielefeld begründet eine von ihm eingereichte Vorlage für eine neue Geschäftsordnung, die als wesentlichste Aenderung eine Beschränkung der Redefreiheit enthält. Die bisherige unbeschränkte Redezeit bei den Generaldebatten sei zur Plage geworden.

Vorsitzender Cohen-Berlin ersucht, die Vorlage Severings dem Vorstand mit der Aufgabe zu überweisen, der nächsten Generalversammlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Verbandsvorsitzender Schlicke bittet, dem Vorschlage Cohens zuzustimmen. Jeder Schein einer Beschränkung der Redefreiheit sollte vermieden werden.

Es wird im Sinne der Ausführungen Cohens beschlossen. Der bisherigen Geschäftsordnung wird mit einer geringen Aenderung zugestimmt.

Hierauf erstattet Verbandsvorsitzender Schlicke-Stuttgart den

Geschäftsbericht.

Redner verweist auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen längeren Auszug brachten, und geht dann auf die von der letzten Generalversammlung dem Vorstand gegebenen Aufträge ein. Es hätte nicht alles durchgeführt werden können, was die Generalversammlung wünschte. Mehrere angeregte Statistiken konnten nicht aufgenommen oder noch nicht abgeschlossen werden. Die früheren Wünsche, mehr für die Schwereisenindustrie zu tun, sind auch heute wieder gekommen. Der Vorstand hat alles versucht, um die dort Beschäftigten der Organisation zuzuführen und er wird auch künftig hierfür seine ganze Kraft aufbieten. Man darf aber die Schwierigkeiten, die in der Schwereisenindustrie vorhanden sind, nicht vergessen. Es genügt nicht, daß wir irgend welche Beamte dort hinsetzen, es fehlt uns an geeigneten, mit den Verhältnissen vertrauten Kollegen. Dann darf nicht vergessen werden, die Entwickelung der Technik in der Großeisenindustrie ist noch nicht abgeschlossen. Es kommen fortwährend Umwälzungen vor, die zur Folge haben, daß das Heer der ungelernten Arbeiter immer größer wird. Es sind in dieser Industrie schon ganz nette Ansätze für unsere Organisation vorhanden und ich bin überzeugt, es wird auch hier vorwärts gehen. Schlicke bespricht nun die Beschwerden und geht besonders auf die Beschwerde einiger Nürnberger Kollegen ein. Diese Mitglieder wurden bei der vorjährigen Bauarbeiteraussperrung mit ausgesperrt und verlangten ihre Unterstützung auf Grund des Statuts. Der Vorstand verweigerte diese, der Ausschuß sprach sie ihnen aus formellen Gründen zu. Bekanntlich habe die Bauarbeiterorganisation beschlossen, für die ersten 14 Tage keine Unterstützung zu gewähren. Aus solidarischen Gründen beschloß eine Konferenz der Zentralvorstände, auch in den Verbänden, die nach dem Statut eine andere Unterstützungsart festgelegt haben, die Aussperrungsunterstützung der der bauberuflichen Organisation anzupassen. Diesem kam auch der Vorstand nach und verweigerte die Unterstützung an diese drei Kollegen. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß er im Interesse der Solidarität verpflichtet war, so zu handeln. (Sehr richtig!) Der oberste Grundsatz in der Arbeiterbewegung ist die Uebung der Solidarität, dem mußten wir entsprechen. Bei fremden Streiks kann das Statut nicht so genau angewandt werden. Das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft wiegt mehr, als das Interesse des einzelnen Mitgliedes. (Zustimmung.)

Bei Lohnbewegungen wollen wir den kollektiven Arbeitsvertrag erstreben, aber möglich ist er nur dort, wo die Vorbedingungen gegeben sind. Ich wünsche aber, daß der Glaube an die Allmacht der Tarife allmählich erschüttert wird. Es muß die Auffassung zur Geltung kommen, daß die Träger der Tarife die Arbeiter selbst sein müssen. Wir haben an dem Abschluß eines Tarifvertrages kein größeres Interesse als die Industriellen. Uns ist die Bewegungsfreiheit sehr lieb. Auf diesem Gebiete muß vorsichtig geprüft werden, ob wir durch den Abschluß eines Tarifes wirklich genügende Erfolge erzielen.

Bei dem Werftarbeiterstreik stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt: Verhandeln, oder wir sperren aus! Wir waren Verhandlungen nie abgeneigt. Bei diesen wollten die Unternehmer gar keine Zugeständnisse machen. Es ist richtig: die bei dieser Bewegung erzielten materiellen Erfolge sind gering. Das haben wir noch nie bestritten. Es war aber zu viel, um die Verantwortung einer großen Aussperrung auf uns nehmen zu können. Das hat auch eine Konferenz der Werftarbeiter eingesehen. Durch die Art der Verhandlungen konnte es nicht ausbleiben, daß auf dieser oder jener Seite Mißverständnisse entstanden. Tatsache ist, daß über die gemachten Zugeständnisse bei verschiedenen Werftbesitzern Unklarheit herrschte. Die Verhandlungskommission hatte angenommen, daß der Gesamtverband der Industriellen auf die einzelnen Ortsverbände den Einfluß ausübt, wie unser Vorstand auf die einzelnen Mitgliedschaften. Hierin haben wir uns gewaltig getäuscht. Bei den Mindestlöhnen kam es auf den einzelnen Werften zu Differenzen. Wir mußten an der Hand des Protokolls nachweisen, was festgesetzt wurde. Der gesamte Verband der Metallindustriellen hat versagt. Er hat dazu beigetragen, daß auf den Werften die Verworrenheit eintrat. Er hätte dafür sorgen müssen, daß auf den Werften die Vereinbarungen auch eingehalten werden. Es hat sich aber gezeigt, daß er nicht stark genug ist. Dadurch kam dann die Unzufriedenheit bei den Kollegen. Man sagte: Wir sind von unseren Führern düpiert worden, und die Unterhändler mußten sich die schwersten Vorwürfe gefallen lassen. (Zurufe bei den Hamburgern.) Ihr seid in ruppigster Weise gegen mich vorgegangen. (Zurufe: Wer?) Ich kenne den Namen nicht genau. Ihr alle habt aber keine Worte gefunden gegen die gemeinsten Angriffe, die gegen mich erhoben wurden. Und dabei habe ich mich jedes Einflusses, jeder Stimmungsmache enthalten. Die Kollegen haben bei ihren Angriffen vergessen, daß durch diese unsere Stellung gegenüber den Unternehmern erschüttert wird. (Sehr richtig!)

Schlicke bespricht nun die inneren Organisationsdifferenzen in Hamburg, die bekanntlich zur Entlassung eines Beamten durch die Hamburger Verwaltung führte. Die Ortsverwaltung Hamburg, sagte Schlicke, wollte eine Demonstrationsversammlung auf nachmittags 4 Uhr einberufen, die sich mit der Bewegung beschäftigen sollte. Wir sahen in dieser Versammlung eine Gefährdung der Verhandlungen und damit eine Verschärfung der Situation, und verlangten eine Verlegung der Versammlung auf abends. Diesem Verlangen des Vorstandes kam der Beamte Ihle-Hamburg nach und verhinderte die Versammlung. Der Vorstand stützte sich bei seiner Anordnung auf die §§ 33 und 38 des Statuts, nach denen Streiks und Lohnbewegungen nach den Anweisungen des Vorstandes durchzuführen sind. Weil aber Ihle den Anweisungen des Vorstandes nachkam, wurde ihm gekündigt und er von seinem Amte suspendiert. Damit wurde gegen die Grundsätze der Arbeiterbewegung verstoßen, was nicht scharf genug verurteilt werden kann. Mehr Vertrauen in die eigene Kraft der Organisation hätte vorhanden sein müssen. Die Hamburger diskutierten dann über „Massen und Führer", obwohl diese Frage mit der Werftarbeiterbewegung nichts zu tun hatte. Massen und Führer waren sich in diesem Kampfe einig. Die Beendigung des Kampfes ist durch die Mehrheit der Arbeiter beschlossen worden. Und wir können mit dem Abschluß — besonders in Berücksichtigung des hohen moralischen Erfolges — zufrieden sein. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Appell zur gemeinsamen Arbeit für die Organisation. (Beifall.)

Den **Ausschußbericht** gibt dann Weißig-Frankfurt a. M. Die Zahl der eingegangenen Beschwerden beläuft sich auf 78. Davon kommen auf die Geschäftsführung im allgemeinen 8, auf das Ausschlußverfahren 22, auf das Schiedsgerichtsverfahren 4, auf die Umzugsunterstützung 9, auf die Erwerbslosenunterstützung 13, auf die Streik- bezw. Maßregelungsunterstützung 13, auf die Versetzung in die Invalidenklasse 5, auf Zeitungsangelegenheiten 1 und auf Diverses 3. Weißig geht auf einzelne Beschwerden des näheren ein und beantragt zum Schlusse seiner Ausführungen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, bei der Revision seien Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden worden. — Die

Diskussion über die Geschäftsberichte

eröffnet

Dittmann-Hamburg: Sie werden es verständlich finden, daß ich mich im wesentlichen nur mit der Hamburger Angelegenheit beschäftige. Ich erkenne an, daß Schlicke in ruhiger, sachlicher Weise die Sache behandelt hat. Von der Darstellung im Jahrbuch kann man das aber nicht sagen. Was ist denn in Hamburg passiert? Die gesamte Verwaltung hat den Mitgliedern erklärt: wir können mit dem Bevollmächtigten Ihle nicht mehr zusammenarbeiten; entweder kündigt ihr Ihle, oder wir legen unsere Aemter nieder. Der Grund ist bekannt. Den Anlaß gab die Einberufung der Nachmittagsversammlung, die sich unseres Erachtens dringend notwendig machte. Im Interesse der Organisation haben wir die Versammlung auf nachmittags einberufen; wir wollten dadurch die Zahl der Ausgesperrten nicht vergrößern, sondern verringern. Ihle hat die Einbeufung unterlassen und darum suspendierten wir ihn vom Amte. In den in dieser Sache einberufenen Sitzungen mit Vorstands- und Ausschußmitglieder ist ja von unserer Seite — das gebe ich zu — manches Wort gefallen, was besser nicht gesagt worden wäre; man muß aber bedenken, daß wir schwer gereizt worden sind. Während der Bewegung unterblieb dann ein weiteres Vorgehen gegen Ihle. Nach Beendigung des Streiks wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Deren Ergebnis war, daß der Antrag auf Kündigung Ihles mit 721 gegen 597 Stimmen abgelehnt wurde. Dieses Resultat genügte beiden Teilen nicht. Aber wir von der Ortsverwaltung haben den Protest nicht eingereicht. In einer zweiten Versammlung wurde dann mit 833 gegen 722 Stimmen die Kündigung ausgesprochen. Das Verhältnis der Hamburger Mitgliedschaft zu Ihle war schon lange kein gutes mehr. Er hat auch in anderen Fällen gegen die Anordnungen der Ortsverwaltung gehandelt. Redner polemisiert dann gegen einen Artikel von dem Sekretär des Verbandes, Massatsch, in der „Metallarbeiterzeitung", der sich gegen das Verhalten der Hamburger Ortsverwaltung wendet. Massatsch habe das Wort Bebels, daß der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine Ueberzeugung zu vertreten, ein elender Kerl sei, falsch ausgelegt. (Teilweise Zustimmung.) Der Genosse v. Elm hat uns als Anarchosyndikalisten hingestellt. Wir fassen dies als eine ungeheuere Beschimpfung auf. Wir sind keine Anarchosyndikalisten. Wiesenthal hat sich große Mühe gegeben, uns herüberzuziehen; wir haben ihn aber glatt ablaufen lassen. So lange der Beweis nicht erbracht ist, daß wir Anarchosyndikalisten sind, ist derjenige, der das behauptet, ein ganz gemeiner Ehrabschneider. (Sehr richtig! bei den Hamburgern.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Ortsverwaltungen das Recht haben, ihre Beamten anzustellen und ihnen auch zu kündigen, wenn sie nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten können. Im übrigen möchte ich betonen, daß wir bei der Bewegung unseren Mann gestanden haben; das hat Schlicke selbst anerkannt. Zum Schlusse seiner Ausführungen weist der Redner auf die Unhaltbarkeit der Zusammensetzung der Werftarbeiterkommission hin. Zwei Drittel der Organisierten auf den Werften gehören dem Metallarbeiterverband an, in der Kommission haben aber die anderen kleineren Verbände die Mehrheit. Das ist unhaltbar.

Franz-Hamburg, früherer 1. Bevollmächtigter in Hamburg, der sich mit Ihle solidarisch erklärt hat: Wohl selten ist bei einer Bewegung Vorstand und Mitgliedschaft von Anfang bis zu Ende so einig gewesen wie bei dem Werftarbeiterstreik. Leider ist es bei uns in Hamburg nicht immer so ruhig zugegangen wie heute morgen. Hätte Dittmann in Hamburg immer so ruhig und sachlich gesprochen wie heute hier, dann wären die Differenzen in Hamburg nicht da. — Die Schilderung Schlickes trifft vollkommen zu, und ich kann das, was er sagte, nur unterschreiben. Man kann ja darüber zweierlei Meinung sein, ob die beabsichtigte Versammlung wirklichen Schaden für die Bewegung gehabt hätte. Man muß aber bedenken, daß es in Hamburg war, wo die Versammlung stattfinden sollte. Wohl fast jede Verwaltung hätte dem Ersuchen des Vorstandes entsprochen; die Hamburger sagten aber: Nein, wir machen, was wir wollen; der Vorstand hat uns nichts hineinzureden. Kollegen Ihle kann man doch keinen Vorwurf machen, daß er zuerst für die Abhaltung der Versammlung war. Er hat sich halt später durch die Feinde des Vorstandes eines anderen belehren lassen. Gegen Ihle wurden auch Vorwürfe erhoben, weil er gesagt haben soll: Ja, dann müßte ich auch 2000 Mark ins Wasser werfen, wenn Ihr es beschließt. Das ist nur ein drastischer Ausdruck. Tatsache ist aber doch, daß manche unsinnige Beschlüsse gefaßt wurden. Massatsch, den man in der Versammlung zuerst nicht reden ließ, hat ganz einwandfrei über diese Versammlung in der „Metallarbeiterzeitung" berichtet. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt. Bezüglich der Neubesetzung sagte Dittmann: der Artikel Massatschs sei nur eine Zuzugswarnung gewesen. (Sehr richtig!) Nun, es wäre vielleicht gar nicht gut gewesen, wenn die Posten ausgeschrieben

Kleines Feuilleton.

Von der Johannisthaler Flugwoche. Zwei Jahre sind es her, wirklich erst zwei Jahre, da wollte ein Zeitungsmillionär den Berlinern das in Frankreich so vielbestaunte Wunder des Maschinenfluges vorführen. Er verschrieb sich Herrn Armand Zipfel aus Paris, der sich mit einem Voisin-Apparat auf dem Tempelhofer Felde produzieren sollte. Viele Tausende strömten nach dem riesigen Blachfeld im Süden der Stadt, um enttäuscht wieder von dannen zu ziehen. Der ungefüge Kastendrachen machte trotz des Höllenspektakels seines Motors nur etliche Sprünge über ein paar hundert Meter, aber das war auch alles. Das sollte die Eroberung der Luft durch die Flugmaschine sein?

Nun, es handelte sich doch nicht um einen amerikanischen Bluff oder gallische Sanguinik. Orville Wright kam und flog wirklich. Er stellte im August 1909 einen Welthöhenrekord auf von — 172 Metern. Und auch Latham kam und kreiste kühn in den Lüften, ja, er flog gleich einem Riesenadler vom Tempelhofer Feld nach Johannisthal. Und dann kamen die Erfolge der Aviatik Schlag auf Schlag. Ein Rekord drängte den andern. Man überflog Meeresarme, legte Strecken über Hunderte von Kilometern zurück, schwang sich kilometerhoch in das Luftmeer. Freilich, jeder neue Erfolg war mit Menschenleben erkauft. Die Zahl der tödlich abgestürzten Flieger wuchs beängstigend. Jeder technische Fortschritt heischt Opfer. Und doch wäre manches Leben zu retten gewesen, wenn nicht sportliche Sensationslust und fieberhafter Konkurrenzeifer den Wettkampf in den Lüften geschürt hätten.

Vor zwei Jahren sah Berlin die ersten humpelnden Flugversuche. Und wenn sich jetzt ganze Schwärme von künstlichen Vögeln in Johannisthal in den Lüften tummeln, staunt kein Mensch mehr. Daß kecke Menschlein auf Maschinen aus dünnem Spantenwerk und Leinwand 1000, 2000 Meter hoch im Aethermeer ihre Kreise ziehen, hoch über dem verwunderten Volk der Schwalben und Krähen, ist uns schon etwas Selbstverständliches geworden.

Die oberen Zehntausend scheint der so siegreich vorwärtsstürmende Flugsport nicht einmal sonderlich zu interessieren. Die riesige Fünf-Mark-Tribüne zeigt gähnende Leere. In der vordersten Kojenreihe sitzt ein dicker Herr und verfolgt gleichmütig den Höhenflug eines Eindeckers, der sich in wenigen Minuten zu 1000 Meter Höhe emporgeschraubt hat und bereits wie ein veritabler Vogel im lichten Blau dahinzieht. Er sieht offenbar zum erstenmal eine Flugveranstaltung, das beweist seine Frage an einen Flugplatzbeamten, ob denn ein am Start stehender Zweidecker auch eine Flugmaschine sei. Der wundervolle Höhenflug genügt ihm nicht, ungeduldig wünscht er zu wissen, ob denn nicht noch weitere Flieger starten. Das „gewöhnliche" Volk ist minder blasiert. Auf dem kilometerlangen Stehplatz am Waldessaum drängt sich eine dichte Menschenmauer, und draußen vor den Portalen, am Zaune des Flugfeldes entlang, lagern Tausende, die einen Gratisgenuß erhoffen.

Und nicht vergebens. Um ½6 startet ein zierlicher Eindecker, der sofort größere Höhen aufsucht. Schon hat er 200, 500 Meter erreicht — man lernt die Höhe bald vorzüglich abschätzen. Aber höher und höher klimmt er aus dem staubigen Dunst der Tiefe in die lichte Höhe empor. Schon hat er 1000, 1500 Meter Höhe überstiegen. Immer winziger schrumpft seine Vogelgestalt zusammen. Bald sieht man nur noch einen schwarzen Punkt, der sich unendlich fein gegen das weiße Gewölk abhebt. Und jetzt ist er auf Sekunden verschwunden, verschlungen von dem Dunstschleier einer Wolke. Jetzt taucht er wieder auf, ein winziges Mücklein im Aethermeer. Und jetzt — er senkt sich, er gleitet abwärts, rapid. Das bewaffnete Auge sieht, daß der Propeller steht, im Gleitflug saust der künstliche Vogel in den Abgrund. Jetzt beschreibt er eine riesige Spirale. Noch eine, bereits in 500 Meter Höhe. Und nun, graziös wie ein landender Sperling, setzt er sich gegen den Wind auf den Boden. Begeistertes Beifallsklatschen. Die Sportbeamten laufen hinzu. Zwei, drei Minuten der Spannung, dann verkündet ein Sportrichter das glänzende Resultat: 2010 Meter Höhe! Der erst tags zuvor von dem Etrich-Rumpler-Flieger Vollmöller geschaffene Höhenrekord von 1870 Metern ist um 140 Meter geschlagen.

Der glückliche Höhenflieger ist Schendel, ein Dorner-Pilot. Der Konstrukteur des trefflichen Flugzeugs, Dorner, konnte den Triumph seiner Arbeit nicht miterleben, er weilt zur Kräftigung seiner Nerven im Pyramidenlande. Man freut sich doppelt des Erfolges des trotz aller Enttäuschungen zäh ausharrenden Erfinders. Bei der ersten Flugwoche vor 1½ Jahren hieß es in einem Witzblatt:

Herr Y. flog dritthalb Stunden,
Und auch Herr Dorner flog drei Sekunden.

Jetzt kann der also Bewitzelte dem Schicksal und dem trefflichen Führer seines Apparates aus vollem Herzen danken. —

Aber der Tag soll nicht ohne eine zweite Sensation schließen. Hirth, der Sieger des oberrheinischen Zuverlässigkeitsfluges, startet mit Passagier, um auf seiner Etrich-Rumpler-Maschine den Höhenrekord im Passagierflug zu brechen, der mit 860 Meter gehalten wird. Schon liegen die Abendschatten über der Tiefe, schon erglänzt intensiv die Mondscheibe, als die Taube mit ihrem prächtigen Vogelkörper emporsteigt. Auch sie klimmt höher und höher. Als sie über unseren Köpfen dahinstreicht, hat sie kaum noch die Größe einer 100 Meter hoch fliegenden Krähe. Der gewaltige Brustgesang des Motors dringt nur noch als leises Brodeln herab. Nach einem mächtigen Bogen steht sie uns gerade gegenüber, als sie zum Gleitflug ansetzt. In schwindelndem Abstieg geht es in die Tiefe, die nach zwei, drei Minuten erreicht ist. Noch ein schneidiges Kreisen um das Zielrichterhäuschen, und der Apparat ist gelandet. 1580 Meter kündet der Höhenmesser. Der internationale Höhenrekord ist glänzend gebrochen!

Es geht vorwärts mit dem Flugsport, auch in Deutschland. Möge man sich jetzt nur vor Tollkühnheiten hüten, und vor allen Dingen auch vor abgeschmacktem Chauvinismus. Schon klingen aus einer gewissen Presse öde Renommier- und Hetzphrasen. Die Aviatik ist uns eine zu hohe technische, ästhetische und, so hoffen wir, auch kulturelle Errungenschaft, als daß wir sie in kleinliche sportliche Eifersüchtelei und kindischen Chauvinismus entarten sehen möchten.

H. S.

Von Amundsens Südpolexpedition. Die „Politiken" in Kopenhagen veröffentlichte am 7. Juni einen Brief von Kapitän Roald Amundsen, der um die gleiche Zeit, wie die englische Expedition des Kapitäns Scott, einen Vorstoß gegen den Südpol unternehmen wird. Der Brief ist am 9. Februar von der großen Eisbarriere abgesandt und bringt die erste authentische Nachricht von dem Südpolfahrer. Amundsen beschreibt erst, wie seine Schiffskameraden bei Madeira ihm ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Expedition gaben. Danach schildert er die Reise über den Aequator, die in der Regenzeit vonstatten ging, wobei das Schiff sehr schwere Regenstürme zu überstehen hatte. Wohlbehalten kamen wir hindurch. Zum ersten Male Eis sahen wir am 1. Januar. Der Polarkreis wurde am 2. Januar überschritten. Nach vier Tagen näherten wir uns der Nordgrenze des Roßmeeres. Am Abend des 6. Januar hatte sich die „Fram" durch das Treibeis hindurchgewunden und fuhr in die offene See des Roßmeeres auf 70 Grad südlicher Breite und 180 Grad westlicher Länge von Greenwich ein. Von diesem Meer habe ich keine aufregenden Abenteuer zu berichten. Gewaltige Stürme herrschten hier nicht. Am ehesten ähnelte das Meer der Nordsee, wie sie an schönen Sommertagen friedlich daliegt. Am 11. Januar um 7 Uhr 30 Minuten nachmittags, tauchte auf 78 Grad südlicher Breite das mächtige Eismassiv der südlichen Eisbarriere vor uns auf. Tags darauf fanden wir eine Bucht in der Barriere, in die wir am 13. Januar vom Westen her einsegelten. Nun konnten wir den Wechsel von Tälern und Höhen in der Eismasse deutlich gewahren. Am 14. Januar fanden wir einen Landungsplatz. Nachdem die „Fram" festgemacht worden war, ging die Mannschaft und Besatzung an Land, um einen Platz zur Ueberwinterung zu suchen. Dieser wurde 2½ engl. Meilen von jener Stelle, wo die Fram verankert lag, auch gefunden. Er liegt unter einem hohen Bergkamm und ist daher gut geschützt gegen südöstliche Sturmwinde. Am 16. Januar mittags fingen wir an, das Material für die Häuser und den Proviant an Land zu schaffen. Während zwei Mann bereits damit beschäftigt waren, ein Haus zu bauen, hatte der Rest der Landungsmannschaft, sechs Mann, die von 115 grönländischen Hunden unterstützt wurden, den Transport der Ladung des Schiffes nach dem Halteplatz zu bewerkstelligen. Die Errichtung der Station, die vor drei Wochen begonnen wurde, ist nun beendet. In der einsamen Eislandschaft ist eine Umwandlung vor sich gegangen. Die tiefe Stille, die ringsum herrschte, ist gebrochen. Wo früher verlassen ein Pinguin saß und hier und da ein Seehund sich räkelte, sieht man jetzt ein kleines Dorf, das, auf 140 Grad westlicher Länge und 78 Grad 40 Minuten südlicher Breite gelegen, vermutlich die südlichste bewohnte Stelle der Erde ist. Wir haben ihm den Namen „Framheim" gegeben. Rings um das Haus sind 15 große Zelte aufgeschlagen. Sie dienen teils den Hunden zum Aufenthalt, teils als Lagerräume. Wir haben reichlich für zwei Jahre Proviant. Unterwegs hatten wir beinahe ausschließlich von Seehundspeck gelebt. In einigen Tagen wird die „Fram" uns verlassen, um Grüße und Botschaften gen Norden zu tragen. Unterdessen werden wir unsere Wanderung gegen Süden aufnehmen. Von unsern Zukunftsaussichten kann ich noch nichts sagen. Es ist meine Absicht, auf 40 Grad südlicher Breite ein Hauptdepot anzulegen, und ein zweites soweit südlich als möglich. Ich glaube die Hoffnung hegen zu dürfen, daß wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln spätestens vor Eintritt der Polarnacht bis zum 83. Grade südlicher Breite gelangt sein werden.

worden wären, ohne daß die Kollegen wußten, was vorgegangen ist. Dittmann hat auch von Verhandlungen im „Ketzerklub" gesprochen. Ich stelle fest, daß der Genosse v. Elm bei seinem Vortrag im „Ketzerklub" über Massen und Führer keine zehn Worte über die Hamburger Angelegenheit gesprochen hat. v. Elm wird zu Unrecht angegriffen. Man sagte, ich hätte meine Kündigung nicht einreichen dürfen. Ich bin aber überzeugt, daß das gleiche wie Ihle mir in einem Vierteljahr passiert wäre. Darum war es besser, daß auch ich ging.

Haas-Köln befürwortet einen Antrag, der verlangt, daß die Agitation unter den jugendlichen Arbeitern mehr als bisher zu betreiben ist. Den Ortsverwaltungen wird deshalb empfohlen, überall da, wo es angängig ist, Jugendsektionen zu gründen. Die Hauptaufgabe dieser Sektionen muß die fachliche und gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder sein. Die „Arbeiterjugend" ist jedem Mitglied der Jugendsektion gratis zu liefern. An denjenigen Orten, wo Jugendausschüsse bestehen, ist mit diesen eine Vereinbarung zu treffen, daß zu den allgemein bildenden Veranstaltungen beider Korporationen alle Jugendlichen Zutritt haben. Redner plädiert ferner für eine Verschmelzung der Verwaltungsstellen Mülheim a. Rh. und Köln. Zu der Hamburger Sache möchte ich sagen: Dittmann redete in Hamburg ganz anders wie hier, und das trägt zur Verschärfung der Situation bei. Die Leitung bei der Hamburger Bewegung hatte der Verbandsvorstand, und dessen Anordnungen mußten befolgt werden. Die Hamburger Ortsverwaltung hat in dieser Sache sehr daneben gehauen. Was das Statut vorschreibt, hat der Verbandsbeamte zu tun. Das Kündigungsrecht wird der Ortsverwaltung niemand streitig machen. Es kommt nur darauf an, in welcher Situation es angewandt wird. Es darf von ihm nicht Gebrauch gemacht werden, wenn die Massen aufgepeitscht und erregt sind. Die Hamburger hätten Schlicke gegen die persönlichen Angriffe in Schutz nehmen müssen. Wir müssen die Kollegen, die innere Unzufriedenheiten schaffen, in die Schranken zurückweisen.

Ernst-Hagen bespricht die Vorgänge bei einer Bewegung in Hagen, die auch eine große Erregung bei den Kollegen hervorgerufen hat. — Der Kollege Ihle hätte die Abhaltung der Versammlung verweigern müssen, er habe ganz richtig gehandelt. Redner begründet einen Antrag, der den Vorstand beauftragt haben will, in geeigneter Weise für die Heranbildung von Kräften Sorge zu tragen und mehr Mittel für diesen Zweck aufzuwenden. Außerdem soll das Delegationsrecht für die Parteischule voll ausgenutzt werden. Wenn man sieht, betonte der Redner, wie die Lehrstühle bei der Gewerkschaftsschule besetzt sind, muß man doch sagen, daß es gut wäre, wenn die Kollegen auf die Parteischule gesandt würden. Bernhard soll, wie mir gesagt wurde, auf der Gewerkschaftsschule in der gehässigsten Weise über die Partei herziehen. Das können wir uns nicht bieten lassen.

Fiedler-Essen wünscht, daß der Vorstand beauftragt wird, eine Konferenz der Hütten- und Walzwerkarbeiter einzuberufen.

Molitor-Frankfurt beleuchtet die Licht- und Schattenseiten der Tarifverträge. Das Vorhandensein dieser sei manchmal gut, manchmal schlecht, je nach den Verhältnissen. Redner befürwortet Anträge, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai intensiver als bisher propagiert wird.

Baumann-Frankfurt a. M. geht auf Beschwerdefälle ein. Den Nürnberger Kollegen hätte die Unterstützung bezahlt werden müssen. Auch der Hauptvorstand habe sich an das Statut zu halten, auch in Ausnahmefällen. In der Hamburger Angelegenheit seien die Gründe der Ortsverwaltung viel durchschlagender, als die des Vorstandes. Der Kollege Ihle habe nicht richtig gehandelt. Die Gründe für die Einberufung der Versammlung müsse man respektieren. Das Recht der Kündigung stehe den einzelnen Mitgliedschaften zu. Die Führer könnten sich nicht mehr so recht in die Verhältnisse eines Betriebes hineindenken und müßten darum die Meinungen der Kollegen mehr respektieren.

Thielemann-Osnabrück wünscht, daß noch mehr für die Hütten- und Walzwerkarbeiter getan wird.

Severing-Bielefeld verspricht sich keine Erfolge für die Agitation durch die Einberufung einer Konferenz für die Hütten- und Walzwerkarbeiter. Die sich in Vorbereitung befindliche Denkschrift über die Verhältnisse in dieser Industrie solle der Vorstand dem Reichstag bei seinem Zusammentritt unterbreiten. Redner plädiert des weiteren für die Errichtung einer Sammelstelle für das Agitationsmaterial für diese Industrie. Bezüglich des von Ernst begründeten Antrages, daß die Parteischule beschickt werden solle, meint Severing, daß nicht alles Heil von der Partei- oder Gewerkschaftsschule kommt. Man solle diese Einrichtungen nicht überschätzen. Das seien nicht die schlechtesten Agitatoren, die nicht auf der Gewerkschafts- oder Parteischule waren. Durch die zur Maifeier vorliegenden Anträge werde die Frage des Maifeierfonds auch nicht erledigt. Es sei auch schon bisher erklärt worden, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai die würdigste Form der Maifeier ist. Unannehmbar sei der Satz des Antrags: „Es werden nähere Bestimmungen geschaffen, um die praktische Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu beschleunigen." Wer solle diese Bestimmungen schaffen. Die Generalkommission, der Parteivorstand oder der Vorstand? Von allen Angestellten in der Arbeiterbewegung hat der Gewerkschaftsangestellte die schwerste Stellung. Da solle man diesen Beamten ihr Amt nicht noch erschweren; das geschah aber im Falle Ihle. Wenn man der Meinung ist, daß ein Arbeiter nicht unberechtigt entlassen werden darf, dann solle man auch nicht Schritte begehen, die sonst als Unternehmerterrorismus bezeichnet werden. (Zustimmung.)

Petersen-Hamburg betont, daß die Ortsverwaltung Ihle aufgefordert hat, seine Aeußerungen zurückzunehmen. Ihle habe dies aber abgelehnt und dadurch sei die Situation verschärft worden. Wenn man den Hamburgern lokalistische Motive unterschiebe, so tue man ihnen Unrecht. Sie ständen auf zentralistischem Boden.

Massatsch-Stuttgart (Vorstandsmitglied) bespricht ausführlich die Hamburger Angelegenheit und polemisiert gegen Dittmann. Dieser habe in einer Versammlung gesagt: Wir sind von den Verhandlungsführern getäuscht worden. Die Ortsverwaltung habe die Aufgabe, die Mitglieder zur Einhaltung des Statuts zu erziehen. Die Ortsverwaltung Hamburg hätte aber das Statut nicht beachtet. Sie hätte so manches unterlassen müssen. Der Vorstand konnte keine andere Haltung einnehmen, wie er es getan. Hoffen wir, daß die Auseinandersetzung hier veranlaßt, daß in Zukunft in Hamburg das Statut besser eingehalten wird.

Die Sitzung wird dann auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Aus der Partei.

C. Hördum †.

Am Dienstag verstarb nach längerem Leiden der Genosse Christen Hördum, der langjährige Geschäftsführer von „Socialdemokraten" in Kopenhagen. Mit ihm ist wieder einmal einer der ersten großen Vorkämpfer der dänischen Sozialdemokratie dahingegangen. Hördum wurde 1846 in dem kleinen Ort Ebeltoft auf Jütland geboren, als Sohn eines Schuhmachers, dessen Handwerk er erlernte. Als Militärpflichtiger kam er nach Kopenhagen, und dort blieb er dann auch wohnen. Er lernte das Proletarierelend gründlich kennen, um so mehr, als er sich früh verheiratet hatte, und ein Schuhmachergeselle damals kaum mehr als 7 Kronen die Woche verdiente. 25 Jahre alt begann er mit seiner agitatorischen Tätigkeit. Bald wurde er Vorsitzender des Schuhmacherfachvereins und 1877 „Socialdemokratens" Geschäftsführer. Es war eine sehr kritische Zeit für die junge sozialistische Bewegung und ihr Organ wie für die dänische Arbeiterschaft überhaupt, die unter einer schweren Wirtschaftskrise zu leiden hatte. Das bescheidene Blättchen, das sich im Laufe der Jahre zu der größten Zeitung Dänemarks entwickelt hat und jetzt über 56 000 Abonnenten zählt, wurde damals in kaum 3000 Exemplaren gedruckt und stand wiederholt vor dem Ruin. Es kamen Tage, wo Hördum Uhr und Kleider versetzen mußte, um die notwendigsten Ausgaben des Blattes zu decken. In den ersten Jahren war er auch Geschäftsführer des im Jahre 1878 gegründeten Sozialdemokratischen Verbandes, also Parteivorsitzender. Im Jahre 1884 wurde Hördum als erster Sozialdemokrat in das Folkething gewählt, und zwar im 9. Wahlkreise Kopenhagens, den er dann 25 Jahre lang vertrat, bis er sich 1909 aus Gesundheitsrücksichten von der Kandidatur zurückzog. Im Oktober 1910 sah er sich seines Nervenleidens wegen genötigt, auch das Amt als „Socialdemokratens" Geschäftsführer niederzulegen, das er 33 Jahre lang verwaltet hatte. Sein Name ist mit der Geschichte der dänischen und internationalen Sozialdemokratie unlöslich verknüpft, als einer der ersten, die in unermüdlicher, opferreicher Arbeit in den ersten Reihen tätig waren an dem gewaltigen Aufstieg der Partei und dem Siegeszug der sozialistischen Weltanschauung die Bahn brachen.

Bissolati für die Kriegstechnik.

Rom, 3. Juni. (Eig. Ber.) Die Diskussion über die neuen Militärausgaben, die die italienische Kammer seit einigen Tagen beschäftigt, hat dem Abgeordneten Bissolati Gelegenheit gegeben, sich von der Fraktionsmehrheit in seiner Auffassung der Militärausgaben zu differenzieren. Es handelt sich darum, 51 Millionen für Feldartillerie-Geschütze zu bewilligen, weil das heutige Modell veraltet ist. Dabei hat das Ministerium das Pech, daß dieses Modell auch schon veraltet war, als es der Firma Krupp in Kommission gegeben wurde. Wenn diese Schlamperei der Militärverwaltung für das Ausland kein besonderes Interesse hat, so dürfte es doch die internationale Partei interessieren, welche Ansichten Bissolati in der Fraktionssitzung, die sich mit diesem Gesetzentwurf befaßte, entwickelt hat. Bissolati vertrat nämlich, wie wir dem Bericht des „Avanti" entnehmen, den Standpunkt, daß die Bewilligung der Summe von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus behandelt werden könnte. Rein technisch sei die Heeresverwaltung zu tadeln wegen des unzulänglichen und nachlässigen Vorgehens bei der Umgestaltung der Artillerie. Wenn man dagegen die Frage politisch betrachte, so könne er in Gemäßheit seiner Ueberzeugung und seiner früher ausgesprochenen Ansichten nicht mit der Fraktion gegen die Ausgabe stimmen. Der neue Geldaufwand ziele nicht darauf ab, die Präsenzstärke des Heeres zu erhöhen, sondern habe nur die Lieferung vervollkommneter technischer Werkzeuge im Auge, ohne welche das Heer wertlos sei. Bissolati erklärte daher, er werde sich der Abstimmung enthalten. Ein Antimilitarismus, der dem Heere technisch vollkommene Waffen verweigerte, erschiene ihm als übertrieben und schlösse selbst die Möglichkeit einer Bürgerwehr aus, die doch von syndikalistischer Seite gefordert werde. Dieser eigenartigen Auffassung traten die Genossen Turati, Morgari und Treves entgegen, während Bonomi mit Bissolati übereinstimmte. Natürlich kann man auf Grund dieser Erwägungen jedwede neue Militärausgabe bewilligen. Was heute Hunderte von Millionen verschlingt, das ist nicht die Tendenz, die Präsenzstärke des Heeres zu erhöhen, sondern vielmehr das Bestreben, der Kriegskunst neue technische Mittel zu liefern. Und wenn wirklich einmal das Bedürfnis nach numerischer Verstärkung zutage treten sollte, so brauchten die herrschenden Klassen noch lange nicht auf die Hilfe von Bissolatis Erwägungen zu verzichten: es genügt, daß sie die schon bewilligten Millionen der Erhöhung der Präsenzstärke zuwenden und sich die neuen Millionen unter der Form technischer Verbesserungen bewilligen lassen. Was kann nicht alles als technische Verbesserung angesehen werden? Fügt man zu dieser Auffassung Bissolatis die Erklärungen hinzu, die er in einem Interview des Pariser „Temps" über die Monarchie abgegeben hat, so kann man sich nicht verhehlen, daß es sich hier um eine recht eigenartige Spielart des Sozialismus handelt. Hat doch Bissolati in dem Interview gesagt: unser Programm ist wirtschaftlich und sozial: es mit reiner Politik vermischen, wie man das anderswo, und hauptsächlich in Frankreich tut, hieße seine Bedeutung abschwächen. Wenn wir in gewissen Dingen mit den Republikanern zusammengingen, so hatten wir dabei einzig den Zweck, auf die Anerkennung des Laiencharakters des Staates hinzuwirken. Und geschlossen hat Bissolati die Unterredung mit folgenden Worten: „Niemand kann sich für die Zukunft verbürgen, aber heute scheint die italienische Monarchie imstande, sich noch für unabsehbare Zeit dem demokratischen Fortschritt anzupassen." Für technische Vervollkommnung des Heeres im bürgerlichen Klassenkampf und für eine fast unbegrenzte Dehnbarkeit der Monarchie — was will man mehr von einem Sozialisten? (Wozu wir doch bemerken möchten, daß man außerhalb Italiens solche Konfusionsräte nicht als Sozialdemokraten gelten lassen würde. D. Red.)

In Sachsen wie in Preußen. Genosse Redakteur Heilmann von der Chemnitzer „Volksstimme" hat die ihm wegen Majestätsbeleidigung zudiktierte Gefängnisstrafe von sechs Monaten vor den Feiertagen angetreten. Wie die „Volksstimme" mitteilt, ist dem Genossen Heilmann das Tragen eigener Kleider sowie die Selbstbeköstigung verweigert worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wieder ein Beitrag zum Versammlungs-„Recht".

Die Abhaltung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel ist immer mit Schwierigkeiten verknüpft, denn sie bedürfen nach dem Reichsvereinsgesetz der behördlichen Genehmigung. Zwar darf diese nur versagt werden, wenn eine durch Tatsachen begründete „Gefahr für die öffentliche Sicherheit" besteht, aber man weiß ja, daß, wenn es sich um sozialdemokratische Versammlungen handelt, eine preußische Polizeibehörde immer findig genug ist, die nötigen Tatsachen „festzustellen". So verbot kürzlich der Amtsvorsteher Brennecke in Mahlenwarsleben (Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben) eine Versammlung unter freiem Himmel, weil die zu erwartenden Menschenmassen den Ueberbau eines auf dem Versammlungsgrundstück vorhandenen Brunnens beiseite schieben und hineinfallen könnten. Unseren Genossen wollte dies nicht einleuchten und sie suchten aufs neue die Genehmigung nach zu einer anderen Versammlung auf demselben Grundstück. Die Genehmigung wurde mit derselben Begründung wiederum versagt; diese letzte Verweigerung der Genehmigung blieb insofern ohne Wirkung, als unsere Genossen die Versammlung in dem mit dem Grundstück verbundenen Lokal eröffneten und sie dann auf den Hof hinaus verlegten, wogegen auch ein Amtsvorsteher nichts einzuwenden vermag.

Besonders interessant ist aber die Begründung der Versagung des zweiten Genehmigungsgesuchs. Es heißt da:

„Ihr Gesuch . . . wird hierdurch wegen zu erwartender Ruhestörungen im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes versagt.

Da angenommen werden muß, daß eine außerordentlich große Anzahl von Personen zusammenkommt und der Hofraum nur klein ist, so ist zu befürchten, daß die Personen zu sehr zusammengedrängt werden, möglicherweise auch durch das eventuelle Gedränge das Brunnenhäuschen verschoben und Unglücksfälle vorkommen könnten.

Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot hat die polizeiliche Auflösung der Versammlung und nötigenfalls die Räumung des Versammlungsortes sowie die Einleitung des Strafverfahrens auf Grund der §§ 15 und 17 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zur Folge."

Der Herr Amtsvorsteher bekundet durch dieses Dokument nicht nur eine eklatante Unkenntnis der Gesetze der deutschen Sprache („Ihr Gesuch . . . wird . . . versagt;" — „Zuwiderhandlungen . . . hat . . . zur Folge"), sondern auch der deutschen Vereinsgesetzgebung. Nicht wegen „zu erwartender Ruhestörungen" und nicht „im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung", sondern nur wegen einer sich auf Tatsachen gründenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit läßt das Reichsvereinsgesetz eine Genehmigungsversagung zu. Den § 7 dieses Gesetzes hat der Herr Amtsvorsteher also nicht genau studiert, ja noch mehr: ein Strafverfahren will er einleiten auf Grund des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, das längst außer Kraft getreten ist! — Gegen den Bescheid des Amtsvorstehers reichten unsere Genossen eine Beschwerde beim Landrat ein, worauf sie nunmehr vom Amtsvorsteher die Nachricht bekamen, daß er „laut Anordnung des Landrats" seine Verfügung aufhebe, weil er „irrtümlicherweise auf das nicht mehr rechtsgültige Vereinsgesetz von 1850 Bezug genommen" habe. Die Genehmigung zu der Versammlung nachträglich noch zu erteilen, sei er aber nicht in der Lage, da „nach wie vor die Gründe, die in der Abhaltung der Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegend erscheinen lassen, bestehen" blieben.

Es wäre ja auch bitter gewesen, wenn er zu allem anderen auch noch hätte anerkennen müssen, daß eigentlich überhaupt keine Ursache vorlag, die Genehmigung zu der Versammlung zu versagen.

Jugendbewegung.

Von der Halleschen Polizeiaktion gegen die Jugend.

Erst gestern Mittwoch, vormittags 3/4 11 Uhr, ist Genosse Peters-Berlin, der auf dem Jugendtage des Regierungsbezirkes Merseburgs am Montagmittag verhaftet wurde, aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Er hat also einer Lappalie wegen genau 43 1/2 Stunde in Gefangenschaft verbringen müssen. Eine aus Halle uns zugegangene Schilderung des Falles werden wir morgen bringen.

Aus Industrie und Handel.

Ein interessantes Urteil gegen einen interessanten Trust.

(Eig. Ber. des „Vorwärts.) Nach vierjährigem Prozeßieren in den Bundesgerichten hat die amerikanische Regierung jetzt gegen den zweiten großen Trust, den Tabaktrust, in letzter Instanz eine Entscheidung erwirkt, die den Europäern als ziemlich starker Tabak erscheinen wird. Das Bundesobergericht in Washington hat am 29. Mai entschieden, daß die American Tobacco Comp. und die sie zusammensetzenden oder mit ihr verbundenen Gesellschaften eine gesetzwidrige Verschwörung zur Beschränkung des freien Handels bilden und daß das Gericht der Vorinstanz, falls diese illegale Verbindung nicht binnen zwei Monaten und sechzig Tagen bona fide aufgelöst sei, die Zwangsliquidation des Trusts zu verfügen und hierfür einen Masseverwalter zu ernennen habe. Das höchste Bundestribunal findet den Tabaktrust und ebenso sämtliche beteiligten Einzelgesellschaften schuldig, die freie Konkurrenz beschränkt und die Herstellung eines Monopols versucht und tatsächlich bewirkt zu haben, worin eine Verletzung des § 1 und des § 2 des Shermanschen Anti-Trustgesetzes erblickt wird. Und zwar lehnt die Entscheidung, wie zu erwarten war, sich an das kürzlich im Falle des Petroleum-Trustes ergangene Urteil an, wonach nur eine „unräsonable" (unangemessene, unbillige) Beschränkung des freien Wettbewerbs und ebenso nur eine „unräsonable" Monopolisierung straffällig ist, ohne Auslegung, womit der oberste Gerichtshof, wie auch der Minoritätsbericht des beisitzenden Richters Harlan feststellt, das Sherman-Gesetz, das von einer solchen Unterscheidung nichts weiß, tatsächlich amendiert hat. In Verbindung mit dieser Interpretation des Gesetzes besagt die bundesobergerichtliche Entscheidung also, daß der Tabaktrust-Monopolismus nicht das naturgemäße („räsonable") Ergebnis überlegener Kapitalkraft und Betriebsökonomie darstellt — in solchem Falle gelten Trusts und Monopole jetzt als vollständig legitim — sondern daß die Monopolsherrschaft der Tabakmagnaten nur mit Hilfe halsabschneiderischer und gewaltätiger Konkurrenzmethoden geschaffen worden ist. Die monumentale Bedeutung der Oeltrust- wie der Tabaktrust-Entscheidung liegt denn auch — ganz gleich, ob man die Trustprozesse sonst ernst nehmen will oder nicht — offenbar darin, daß das höchste Tribunal des Landes damit wiederholt vor aller Welt den gaunerischen und verbrecherischen Charakter des amerikanischen Großkapitalismus gebrandmarkt hat. Mit einem gewissen ethischen Pathos erklärt das Gericht den „überwältigenden Beweis" dafür erbracht, daß der Tabaktrust zielbewußt darauf ausgegangen sei, auf der Konkurrenz und dem Gesetz „herumzutrampeln" („to trample on"), und ein langes Register wirtschaftlich-finanzieller Untaten und Greuel wird den amerikanischen Tabakbaronen aufgerollt.

Die ursprüngliche „American Tobacco Comp." wurde am 31. Januar 1890 durch Vereinigung von fünf Zigarrenfabriken gegründet, die mit den Segnungen der „freien Konkurrenz", wie sie jetzt durch Gerichtsspruch gerettet werden soll, schlechte Erfahrungen gemacht hatten; hatten sie sich doch durch gegenseitige Konkurrenz bis an den Rand des Bankrotts gebracht. Die fünf Fabriken, die zusammen einen tatsächlichen Wert von nur 400 000 Dollar repräsentierten, kapitalisierten sich in der neuen Gesellschaft gleich mit 25 Millionen Dollar, wovon das verehrte Publikum jedoch nur 2 Millionen Dollar in Aktien kaufen konnte, und zwar zu 117 Dollar für die Aktie, so daß die fünf Fabrikanten für die 400 000 Dollar, die sie vorher „wert" waren, vom Publikum nicht weniger als 2 340 000 Dollar in Bargeld erhielten und doch die tatsächlichen Herren im Hause blieben, da die Inhaber der verkauften Aktien natürlich gegen den zehnfach stärkeren Aktienbesitz, der sozusagen in der Familie blieb, nicht aufkommen konnten. Die lieben Konsumenten hatten aber die Ehre, für eine anständige Verzinsung des ganzen Kapitals von 25 Millionen zu sorgen und den Kapitalverwässerungsschwindel angemessen zu honorieren. Indessen fanden Verkäufe der Papierchen zum Preise von 117 Dollar auch noch in den folgenden vier Jahren statt, bis anno 1895 die Kurse zum Purzeln gebracht wurden. Die Direktoren brauchten nur in einer Sitzung zu New York zu verkünden, daß die Gesellschaft schlechte Geschäfte mache und zunächst keine Dividende mehr ausschütten werde, da kraxelten die Papierchen nach Wunsch herunter. Und als sie bis auf den Preis von 63 Dollar heruntergekommen waren und nicht weiter fallen wollten, griffen die an dem Coup beteiligten Finanzleute zu und kauften, was zu kaufen war. Das vertrauensselige Publikum war wieder einmal „gemacht", und das ehrenwerte Direktorium der Tabakgauner konnte jetzt eine Dividende von 20 Prozent erklären und außerdem eine Zusatzprämie von 20 Proz. in neuen Aktien verteilen. Der Kurs stieg nun rasch auf 180 Proz. Solche Beutezüge gab es öfter.

Jetzt erstand der alten American Tobacco Comp. — nach ihrem Hauptgründer, James Duke, auch kurzweg Duke-Comp. genannt — energische Konkurrenz, und zwar durch einen der verschlagensten kapitalistischen Gauner Amerikas, den berüchtigten Thomas Ryan, den Straßenbahnmagnaten von New York, dessen Manipulationen sämtliche Straßenbahnlinien der Metropole jetzt in die Hände des Konkursverwalters geliefert haben. Ryan hatte erkannt, daß Tabak eine „gute Sache" sei. Mit Hilfe des New Yorker Advokaten Elihu Root, den Roosevelt später zum Minister des Aeußeren und zum „größten Mann des Jahrhunderts" beförderte, gründete Ryan mit nicht ganz 1½ Millionen Dollar die Union Tobacco Comp., die das „Geldmachen" durch Gründung von Filialgesellschaften betrieb. Das Ryan-Syndikat kaufte u. a. die Tabakfabrik W. T. Blackwell für 2 300 000 Dollar aus und verwandelte sie in die Blackwell Tobacco Comp., natürlich mit der üblichen gaunerischen Kapitalverwässerung. Die neue Gesellschaft wurde mit 9 000 000 Dollar kapitalisiert, wovon Ryan und Konsorten über 2 000 000 Dollar in Aktien behielten. Den Rest kaufte das liebe Publikum, das den Gründern damit einen Nettoprofit von über 6½ Millionen Dollar brachte. Jetzt begann die Duke-Comp. die Konkurrenz zu empfinden. Das Ende vom Liede war, daß sie wieder das Ryan-Syndikat ankaufte. Dieses erhielt für die übernommene Hauptgesellschaft, die mit nicht einmal 1½ Millionen gegründet war, bare 10 Millionen, für das erworbene Kaufrecht an zwei unabhängigen Fabriken 6 800 000 Dollar, woran allein 6 600 000 Dollar „verdient" waren, und für die Blackwell-Gesellschaft zahlte die Duke-Comp. schließlich ebenfalls 6 800 000 Dollars! Im ganzen hatten Ryan und Konsorten mit

einem Schlage runde 20 000 000 Dollar „verdient“. Die Beiseiteräumung der kleinen Fabrikanten und selbständigen Händler war natürlich für die davon Betroffenen viel unerfreulicher. Der Trust konnte aber sein Kapital nach und nach bis auf 500 000 000 Dollar im Jahre 1908 verwässern. Die Gutmütigkeit des Publikums schuf aus dem Nichts Riesenvermögen für eine Handvoll smarter Kapitalisten und bekam dafür nicht einmal eine halbwegs anständige Zigarre zu rauchen. Und dabei wird es wohl trotz aller Antitrust-Entscheidungen der neuen Weisen in Washington bleiben.

Aus der Frauenbewegung.

Die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen.

Je mehr die Erwerbsarbeit der Frauen zunimmt, um so größer wird selbstverständlich das Interesse der Oeffentlichkeit, welche Wirkung dieselbe ausübt. Vor allem muß die Frage immer dringender werden, ob die Frauenerwerbsarbeit nicht vielleicht dadurch, daß sie die Hausfrau und die Mutter immer mehr aus dem Hause führt, so daß diese alle Arbeiten nicht selbst verrichten können, überhaupt einen Wert für die Arbeiterfamilie hätte. Es ist nun neuerdings eine Schrift erschienen, die sich mit dieser Frage befaßt. Sie wurde von Dr. Rose Otto veröffentlicht und fußt auf reichem statistischem Material. Die Verfasserin hat mehrere Arbeiterfamilien in München veranlaßt, genau Buch zu führen. Dabei trat zutage, daß die verheirateten Arbeiterfrauen ihre Hauswirtschaft fast immer vollständig allein versehen, so daß sie trotz der Fabrikarbeit keine Auslagen für Ersatz ihrer Arbeitskraft im Haushalt brauchten. Die einzige Ausgabe, die die Fabrikarbeit der Frau unabdaderlich mit sich bringt, ist die Bezahlung einer Pflegerin für das Kind, welches noch nicht zur Schule geht. Können nicht Verwandte auf das Kleine aufpassen, so schmälert diese Ausgabe den Verdienst der Frau doch um ein Bedeutendes. Rose Otto weist aber nach, daß trotz dieser Ausgabe doch noch immer ein größerer Teil des weiblichen Verdienstes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beiträgt. Unter elf Familien gab es nur eine, die nur 90 Pf. täglich mehr für die Bedürfnisse der Familie ausgeben konnte, weil der Verdienst der Mutter das Einkommen erhöhte. In manchem Haushalt betrug der tägliche Mehrverdienst der Frau, nachdem die Ausgaben für Kinderwartung abgerechnet waren, bis zu 1,90 M. Diese Summe spielt in einem Arbeiterhaushalt eine sehr wichtige Rolle. Durchschnittlich fließen aus dem Verdienst der Mutter 6 bis 8 M. in die Wirtschaftskassen der Familie. Diese kleine Summe ist für die Familie von unschätzbarem Wert. Sie gestattet vor allem doch eine etwas bessere Lebensführung und hilft in bescheidenem Maße gegen die wachsende Unterernährung zu kämpfen.

Leider ist dies nur möglich, wenn die Frauen durch die Ueberbürdung, die die dreifache Pflicht mit sich bringt, ihre Gesundheit schwer schädigen. So zeigen uns auch diese Ziffern, daß es sehr notwendig ist, daß endlich der Achtstundentag den Frauen ermöglicht, zeitiger ihre Geschäfte als Hausfrau zu erledigen. Sie zeigen aber auch, wie dringend notwendig es ist, daß endlich überall Kinderkrippen und Kinderasylhäuser gebaut werden, wo die Mütter ihre Kinder kostenlos unterbringen können, solange sie ihrem Erwerb nachgehen.

Gerichts-Zeitung.

Prinzipielles von den Vorschriften für die Kinematographentheater.

Die neueren Verordnungen über die Kinematographentheater enthalten folgende Bestimmung: „Kinder unter 14 Jahren dürfen in öffentlichen Vorführungen in Kinematographentheatern nach 9 Uhr abends **auch wenn sie sich in Begleitung Erwachsener befinden**, nicht geduldet werden.“

Ueber die Gültigkeit dieser Bestimmung der Berliner Verordnung hatte das Kammergericht zu befinden. Der Kinematographen-Unternehmer Cobien in Berlin war in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er Kinder unter 14 Jahren nach 9 Uhr abends in seinem Theater geduldet habe. Er hatte zwar die Aufforderung an alle Kinder unter 14 Jahren ergehen lassen, das Theater zu verlassen. Die Kinder waren aber nur zum Teil gegangen. Das Landgericht erklärte, die Verordnung sei rechtsgültig, weil sie die öffentliche Sittlichkeit fördern wolle. Sie solle die Annäherung von Theaterbesuchern an Kinder zu unsittlichen Zwecken verhindern. Zu später Abendstunde bestehe eine höhere Gefahr in dieser Beziehung. Die Polizeiverordnung könne in der Hinsicht auch in das Erziehungsrecht eingreifen. Vorliegend sei ein Dulden anzunehmen, wenn er Kinder unter 14 Jahren geduldet habe, die trotz seiner Aufforderung zu gehen, im Theater verblieben. Diese Aufforderung genüge nicht, ihn zu entschuldigen.

Angeklagter legte Revision ein und machte nach wie vor geltend, daß die Verordnung ungültig sei. Es bestände schon eine Zensur für Films, welche Bilder ausscheide, die für die Kinder ungeeignet seien und diesen nicht vorgeführt werden dürften. Es wäre somit anzunehmen, daß die Polizei durch die Verordnung nur ihre Kontrolle erleichtern wolle, was unzulässig sei.

Das Kammergericht wies aber die Revision zurück und führte aus: Die Verordnung sei rechtsgültig. Sie finde ihre rechtliche Stütze in § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts und in § 6i des Polizeiverwaltungsgesetzes. Es sei notorisch, daß erst abends von 9 Uhr an Vorführungen von Bildern erfolgten, die nicht geeignet seien für Kinder. Es sei unzutreffend, daß der Polizei ihre Kontrolle erleichtert werden solle. Die Polizei gehe beim Erlaß solcher Vorschriften davon aus, daß selbst, wenn eine polizeiliche Kontrolle stattfinde, die Kinematographenbesitzer sich doch lieber verurteilen ließen, als daß sie auf eine Vorführung solcher Bilder nach 9 Uhr abends verzichteten. Nun sage der Angeklagte, es sei beinahe unmöglich, sich dagegen zu schützen, daß trotz einer Aufforderung, zu gehen, Kinder unter 14 Jahren dablieben. Darauf sei zu erwidern, daß die einfache Aufforderung nicht unter allen Umständen genüge. Die Polizeiverordnung müsse befolgt werden. Wie der Kinematographenbesitzer es mache, sei seine Sache.

Ein in der Zelle des Moabiter Untersuchungsgefängnisses verübter Kindesmord

wird Ende dieses Monats vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Aburteilung gelangen. Angeklagt ist die in Untersuchungshaft befindliche ledige Martha F. Die Angeklagte stammt aus „guter Familie“ in der Provinz, ein Bruder ist Amtsvorsteher, ebenso befinden sich die übrigen Familienmitglieder in sehr angesehenen Stellungen. In ihrem Heimatsstädtchen war die Angeklagte mit einem Kaufmann verlobt, der sie in Kürze heiraten wollte. Eine schwache Stunde hatte zur Folge, daß die F. gezwungen war, ihren Heimatort auf einige Zeit zu verlassen. Sie spiegelte ihrer Mutter vor, sie wolle in Berlin schneidern lernen und kam mit reichlichen Geldmitteln versehen, eines Tages nach Berlin, wo sie bei einer ihr in „diskreten Fällen“ empfohlenen Hebamme Wohnung nahm. Einige Tage nach ihrer Ankunft kaufte sie sich ein Lotterielos, welches bald darauf mit einer Niete gezogen wurde. Durch die auf der Rückseite des Loses befindlichen Zahlen verlockt, ließ sie sich verleiten, eine Zahl ihres Loses derart zu verändern, daß sie scheinbar einen Gewinn von 2000 Mark gemacht hatte. Diese Fälschung war jedoch so plump gemacht, daß sie sofort, als sie das Los in einem Bankgeschäft vorlegte, angehalten und der Polizei übergeben wurde. Sie wurde dem Moabiter Untersuchungsgefängnis zugeführt, wo weder bei der ärztlichen Untersuchung, noch von der Wärterin in dem Baderaum etwas von ihrem weit vorgeschrittenen Zustande bemerkt wurde. Schon am nächsten Tage gab die Angeklagte einem nach den Gutachten der Aerzte lebensfähigen und kräftigen Kinde das Leben, ohne irgendwelche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Einige Stunden später machte eine Aufseherin eine grauenvolle Entdeckung. Es war ihr aufgefallen, daß die Angeklagte etwas unter ihrem Kleide verbarg. Bei der näheren Durchsuchung fand sie eine mit einem Bande umwickelte Kindesleiche, welche am Halse deutliche Strangulationsmarken trug. — Bei ihrer Vernehmung behauptete die Angeklagte, die inzwischen wegen der Lossfälschung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist, daß das Kind schon tot zur Welt gekommen sei. Zu der Verhandlung sind deshalb mehrere medizinische Sachverständige geladen worden.

Die Bestie im Menschen

zeigte sich wieder einmal in abstoßendster Form bei einer Verhandlung, die gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts beschäftigte und die Zuhörer tief erschütterte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Arbeiter Friedrich Aurich vorgeführt, gegen den die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalles und einer das Leben gefährdenden Behandlung, sowie Bedrohung mit einem Verbrechen erhoben worden war. Als Belastungszeugin trat seine eigene Ehefrau gegen ihn auf, bei deren Anblick man unwillkürlich an das Wort erinnert wurde: Der Menschheit ganzer Jammer packt mich an! Die 41 Jahre alte, elend und verhärmt aussehende Frau ist **blind und schwer rückenmarksleidend**, so daß sie nicht gehen kann und nur unter kräftiger Unterstützung einer Begleiterin und eines Gerichtsdieners in den Verhandlungssaal mehr getragen, als geführt werden konnte. Dort wurde sie auf einen Stuhl niedergesetzt und gab dem Gerichtshofe Kunde von dem Martyrium einer Frau, wie es erschütternder kaum zu denken ist. Die Frau ist mit dem Angeklagten seit 20 Jahren verheiratet. Nach dreijähriger, einigermaßen glücklicher Ehe wurde sie infolge einer Operation blind und konnte zum Erwerbe der nötigen Subsistenzmittel nicht mehr in bisheriger Weise beitragen. Diese Möglichkeit wurde ihr vollends genommen, als das Rückenmarksleiden bei ihr auftrat und sie nach und nach vollkommen zu einer menschlichen Ruine machte. Ihr Mann ergab sich dem Trunke, arbeitete nur von Zeit zu Zeit und wenn der Alkohol bei ihm wirkte, behandelte er die Frau brutal und manchmal mit unglaublicher Grausamkeit. Die arme Frau mußte ihn zum größten Teil mit ernähren: sie erwarb den Lebensunterhalt durch Singen **auf den Höfen**, wobei sie von ihrem Ehemann in den letzten Jahren begleitet wurde. Der jammervolle Anblick dieser Dulderin rührte die Herzen mildtätiger Menschen und die Frau konnte an manchen Tagen 2 Mark und mehr als Ertrag ihrer Gesänge mit nach Hause bringen. Was die Aermste auf den Höfen ersungen hatte, wurde ihr zum größten Teil von dem Ehemann wieder abgenommen und in Schnaps angelegt. Seit dem Jahre 1907 arbeitete der Mann überhaupt nicht mehr; er hatte einen Schlaganfall erlitten und war körperlich nicht mehr imstande, schwerere Arbeit zu übernehmen. Er war ganz auf die Frau angewiesen, ließ aber das Schnapstrinken nicht und die blinde Frau hatte oft unter den Roheiten des Angeklagten schwer zu leiden. Unter Tränen erzählte sie dem Gerichtshofe einige erschütternde Episoden. Manchmal, wenn sie krank im Bette lag und der Angeklagte angetrunken nach Hause kam, riß er sie aus dem Bette, und mißhandelte sie solange, bis sie ihm 10 Pf. zum Schnaps gab. Ein anderesmal warf er ihr die auf der Kochmaschine stehenden Bratkartoffeln ins Gesicht und die Eier zum Fenster hinaus, oder er züchtigte sie mit dem Ausklopfer, bis er Geld erhielt usw. usw. Am 21. April d. J. hätte sie der entsetzliche Mensch beinahe totgeschlagen. An diesem Tage verlangte er wieder Geld von seiner Frau und bekam auch solches. Er ging in die nächste Destille und vertrank es. Als er wieder nach Hause kam, hatte sich seine kranke Frau ins Bett gelegt und als er nochmals Geld verlangte, verweigerte sie es ihm. Darüber geriet er in eine gewaltige Wut, ergriff ein Küchenbeil, schlich sich damit an seine Frau heran und versetzte ihr mit der Rückseite des Beiles einen heftigen Schlag gegen den Kopf, so daß das Blut sofort in einem großen Bogen hervorschoß. Sie schrie laut auf und als er noch einmal zuschlagen wollte, gelang es ihr, ihm das Beil zu entreißen und unter das Bett zu stecken. Er entdeckte es aber wieder und als er noch einmal einen Schlag ausführen wollte, ließ er sich nur durch das Wimmern der Frau und deren Versprechen, ihm Geld geben zu wollen, von weiteren Roheiten abhalten. Als er Geld erhalten hatte, erklärte er der Geängstigten: „Ich gehe jetzt runter, wenn ich aber wieder heraufkomme und Du hast noch nicht genug, dann schlage ich mit der Schneide!“ Und beim Weggehen fügte er hinzu: „Wenn Dich jemand fragt, so unterstehst Du Dich nicht zu sagen, daß ich mit dem Beil geschlagen, sonst haue ich Dich kurz und klein!“ Dann warf er der Frau „aus Mitleid“ einen nassen Lappen auf den Kopf und ging wieder in die Destille. Die Frau schleppte sich zur Wohnung hinaus zu hilfsbereiten Nachbarn, die sie zur Unfallstation brachten. Sie ist bis zum Pfingstfest in ärztlicher Behandlung gewesen. Der Angeklagte, wurde, als er betrunken nach Hause kam, verhaftet. Als ihm bei seiner ersten Vernehmung vorgehalten wurde, wie er in so roher Weise mit einem Beil auf die Frau habe einschlagen können, antwortete er lakonisch: „Ohrfeigen ziehen bei ihr nicht!“ — Der Staatsanwalt meinte, daß der Gesetzgeber, als er den § 223a des Strafgesetzbuchs schuf, einen ärgeren und roheren Fall als diesen kaum gekannt haben dürfte und beantragte **3 Jahre Gefängnis**. Das Urteil lautete diesem Antrage gemäß. — Die Leidensgeschichte der unglücklichen Frau hatte die Zuhörerschaft so bewegt, daß sofort eine Sammlung veranstaltet wurde und der bedauernswerten Zeugin ein Betrag von mehr als 7 Mark beim Verlassen des Gerichtssaales überwiesen werden konnte.

Aus aller Welt.

Erdbeben in Mexiko.

Von einer schweren Katastrophe ist die Hauptstadt Mexiko der gleichnamigen zentralamerikanischen Republik heimgesucht worden. In der Stadt erfolgte Mittwochmorgen um 4 Uhr ein heftiges Erdbeben, das mehrere Gebäude zum Einsturz brachte. Unter den Trümmern der einstürzenden Artilleriekaserne wurden 70 Soldaten begraben. Einzelheiten über den Umfang der Erdbebenzerstörung liegen noch nicht vor. Nach einem Telegramm aus Mexiko schätzt man die Zahl der Verwundeten und Toten auf fünfzig bis siebzig.

Die Stadt Mexiko ist erbaut auf vulkanischem Boden; in näherer und weiterer Umgebung liegen mehrere noch immer tätige Vulkane.

Automobilkatastrophe in Portugal.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern bei Miranda do Corvo. Ein Autoomnibus mit 16 Insassen, die zu einer Feier des republikanischen Wahlsieges fahren wollten, stieß kurz vor Miranda auf der Chaussee mit einem Privatautomobil zusammen, das mit gebrochenem Steuer in wahnsinnigem Tempo angefahren kam. Fünf Personen waren auf der Stelle tot. Zehn sind lebensgefährlich verletzt und nur einer blieb wie durch ein Wunder unverletzt. Der Chauffeur des Privatautomobils wurde gegen einen Baum geschleudert und brach das Genick.

Der verschollene Militärflieger.

Wie ein Telegramm aus Paris meldet, sind die neuerlich angestellten Nachforschungen nach dem französischen Militärflieger Leutnant Bague fruchtlos geblieben. Eine Meldung aus Nizza besagt, ein Fischer habe von der Küste aus dicht über dem Meere ein Flugzeug fliegen sehen, das alsbald verschwunden sei. Danach wäre Bague schon bald nach seinem Abflug, vielleicht infolge Versagens des Motors, ertrunken.

Wieder ein Todessturz.

Die Zahl der Opfer des Flugsportes ist wieder um eins vermehrt worden. Bei einem Fluge über der Stadt Lausanne ist der schweizer Aviatiker Taddeoli aus einer Höhe von 200 Meter abgestürzt. Taddeoli büßte bei dem Sturze sein Leben ein.

Die Cholera.

In der Türkei macht die auch in diesem Jahre grassierende Cholera immer weitere Fortschritte. In Konstantinopel sind am Dienstag fünf Choleraerkrankungen festgestellt worden, von denen drei auf das Militär entfallen. Unheimlich wütet die Seuche in der am Schwarzen Meer gelegenen Stadt Samsun. In den drei Tagen vom 3. bis 5. Juni erkrankten dort 418 Personen, zwanzig Erkrankte starben. Zur Bekämpfung der Cholera in Samsun hat die türkische Regierung 30 000 türkische Pfund ausgeworfen. Der Erfolg scheint jedoch zweifelhaft, da inzwischen eine Anzahl neuer Seuchenherde entstanden sind. So sind in Smyrna vom 29. Mai bis 4. Juni elf Erkrankungen und fünf Todesfälle an Cholera festgestellt worden.

Die Lebensstellung.

Im März d. J. brachte, wie erinnerlich, eine Anzahl bayerischer Zeitungen ein Inserat, wonach ein hoher Staatsbeamter ein Darlehn von 5000 Mark suchte und dafür dem Geldgeber eine Lebensstellung versprach. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde als Aufgeber des Inserats der Kaufmann Hahn in München ermittelt, der der Affäre durch Selbstmord aus dem Wege ging. Hahn hatte das Inserat im Auftrage des Oberstleutnants Ludwig Stritzl aufgegeben. Gegen Stritzl, der inzwischen verabschiedet und über dessen Vermögen Konkurs eröffnet wurde, ist nunmehr die Anklage wegen Betruges und Betrugsversuches erhoben worden.

Kleine Notizen.

Ein Ehedrama. In Halle a. S. gab der Maler Heitel auf seine Frau, mit der er in Unfrieden lebte, mehrere Revolverschüsse ab. Die Frau und eine Freundin von ihr erlitten erhebliche Verletzungen. Als die Polizei den Attentäter verhaften wollte, schoß er sich eine Kugel in den Hals und stürzte sich darauf aus dem Fenster. Lebensgefährlich verletzt wurde Heitel in ein Krankenhaus gebracht.

Vom Zuge überrannt. Auf einer Chaussee in der Nähe von Innsbruck wurde an einem Bahnübergange ein Fuhrwerk vom Schnellzug überfahren. Der Sohn des Kutschers und zwei Insassen des Wagens wurden getötet.

Marktpreise von Berlin am 6. Juni 1911, nach Ermittelung des Königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linsen 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,80—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,20. Aale 1,20—3,00. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,80. Barsche 0,80—2,00. Schleie 1,20—3,40. Bleie 0,60—1,80. 60 Stück Krebse 3,00—36,00.

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Kontor, Zentrallager und Dampf-Bäckerei: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 22/26. Fernspr.: Amt Lichtenberg, 524 und 525.

Kontorstunden von 8½ Uhr vormittags bis 5 Uhr abends. — Kassenstunden von 9 Uhr vormittags bis 4½ Uhr nachmittags.

Die **60 Verkaufsstellen** der Genossenschaft befinden sich:

Berlin O.: Marktusstr. 37, Zorndorfer Str. 61, Liebigstr. 7, Kopernikusstr. 3, Bödikerstr. 7, Mirbachstr. 26, Kochhannstr. 14.

Berlin NO.: Bötzowstr. 34, Winsstr. 63, Büschingstr. 12.

Berlin SO.: Forster Str. 3, Michaelkirchplatz 4, Mantenffelstr. 91, Wrangelstr. 65.

Berlin W.: Goebenstr. 17, Ecke Culmstraße.

Berlin SW.: Kochstr. 62, Arndtstr. 5.

Berlin NW.: Erasmusstr. 5, Rostocker Str. 35, Emdener Str. 50, Stendaler Str. 5.

Berlin N.: Torstr. 28a, Togostr. 4, Willdenowstraße 30, Maxstr. 13a, Prinzen-Allee 85, Swinemünder Str. 33, Hussitenstr. 53, Gartenstraße 3, Greifenhagener Str. 84, Schivelbeiner Str. 9, Gerichtstr. 3, Soldiner Str. 103, Lehrbelliner Str. 54, Hochmeisterstr. 16d.

Berlin S.: Gräfestr. 65a, Alte Jakobstr. 57/59.

Weißensee: Langhansstr. 144/145.

Lichtenberg: Bürgerheimstr. 102, Kronprinzenstraße 1, Rittergutstr. 22.

Rummelsburg: Mozartstr. 2, Wismarplatz 3.

Karlshorst: Treskow-Allee 100.

Rixdorf: Weisestr. 52, Böhmische Straße 47, Münchener Str. 39, Wildenbruchstr. 61/62, Emser Str. 33, Friedelstr. 15.

Reinickendorf O.: Hoppestr. 16.

Treptow: Grätzstr. 58.

Tempelhof: Berliner Str. 42/43.

Mariendorf: Kaiserstr. 110.

Pankow: Wollankstr. 102.

Schöneberg: Gothenstr. 1, Ebersstr. 25/26, Ecke Tempelhofer Straße, Apostel-Paulus-Str. 40.

Friedenau: Moselstr. 7.

Friedrichsfelde: Caprivi-Allee 44.

Die Verkaufsstellen sind geöffnet von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends. Sonntags geschlossen.

Die **60.** Verkaufsstelle: **Pankow, Wollankstr. 102,** wird am Donnerstag, den 15. Juni, eröffnet.

An unsere Mitglieder!

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Die Besichtigung unserer Gesamt-Betriebsanlagen findet an den folgenden Sonntagen in der Zeit von 9–12 Uhr statt:

Sonntag,	11. Juni,	für	Norden und Nordwesten	sowie anschließende Vororte.
„	18. „	„	Osten und Nordosten	
„	25. „	„	Süden und Südosten	
„	2. Juli	für	Westen und Südwesten	

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

Schullastenprozeß Rixdorf kontra Berlin.

Die Gemeinde Rixdorf hat auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes gegen Berlin Anspruch auf Beiträge zu den Schulkosten erhoben, weil ihr durch die Beschulung der Kinder Berliner Betriebsarbeiter erhebliche Mehrkosten erwüchsen, die im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben einen erheblichen Umfang erreichen, und geeignet seien, eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen herbeizuführen. Nachdem Berlin für die Jahre 1898 bis 1909 die erhobenen Ansprüche abgelehnt hat, hatte der Bezirksausschuß über die Berechtigung der Forderungen zunächst im Beschlußverfahren zu befinden. Die Verhandlung über die Jahrgänge 1898 bis 1908 fand gestern vor dem Bezirksausschuß Berlin statt. Den Ansprüchen Rixdorfs wurde für die Jahre 1898, 99, 1901 stattgegeben, und zwar in Höhe von etwa 53 000 M. für 1898 und 1901 und 31 000 M. für 1899, während der Anspruch Rixdorfs für das Jahr 1900 deshalb abgewiesen wurde, weil die Aufwendungen für die Berliner Kinder noch nicht 10 Proz. der Gesamtschulkosten betrugen, also nicht erheblich seien. Die übrigen Jahrgänge sind noch nicht erledigt. Der Bezirksausschuß beschloß für die Jahrgänge 1902, 1903, 1904, 1905, 1906 ein Gutachten der Schulaufsichtsbehörde darüber, ob Mehrkosten durch die Unterbringung der Berliner Betriebsarbeiterkinder entstanden seien, einzufordern. Der Anspruch für die Jahrgänge 1906 und 1907 wurde als verfrüht zurückgewiesen, weil zunächst abgewartet werden muß, bis die Ablehnung Berlins formell zugestellt ist. Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses findet das Verwaltungsstreitverfahren vor derselben Behörde statt, das Berlin unverzüglich beschreiten wird. Die Rixdorf bis jetzt zuerkannten Beträge stellen etwa die Hälfte der für die bezeichneten Jahrgänge geforderten Summen dar.

Die Musterwohnung im Gewerkschaftshaus.

Von einem Mitgliede des Gesellenausschusses der Berliner Tischlerinnung wird uns geschrieben: „Dieser Tage besichtigte der Gesellenausschuß der Tischlerinnung mit einigen Innungsvertretern die ausgestellte Wohnungseinrichtung. Es soll gleich vorausgeschickt werden, daß keiner der Beteiligten befriedigt den Raum verließ. Als Fachleute und als alte Praktiker übten sie reichlich Kritik.

Von allen Seiten wurde das Bestreben anerkannt, den Schund aus den Arbeiterwohnungen zu beseitigen. Der Geschmack an guten Möbeln, an künstlerisch einwandsfreie Formen soll auch dem Arbeiter anerzogen werden. Tischlermeister und Gesellen haben selbst ein großes Interesse daran, daß direkter Möbelschund, billige und schlechte Marktware aus den Kreisen der Arbeiter verbannt wird.

Wir sehen im Gewerkschaftshause bessere Möbel, die den Charakter des Alltäglichen bedeutend überragen. Daß diese Möbel sich in Arbeiterkreisen als Klassentypen einbürgern werden, glauben wir nicht. Wir vermissen den Ausdruck der Freude und auch die praktische Gebrauchsfähigkeit. Die Küche konnten wir leider nicht besichtigen, da diese das Feld geräumt hat. Hoffentlich werden wir später einen guten Ersatz sehen. Die anderen Möbel in tadelloser, solider Ausführung und speziell ausgesuchter Holzqualität sind korrekt gearbeitet. Das Versprechen nach Billigkeit und Bequemlichkeit halten sie nicht. Auf Kinder ist gar keine Rücksicht genommen. Gewachste Möbel sind auf die Dauer Kinderhänden nicht ein „Rührmichnichtan“. Der Maler muß später sich erbarmen, um die Spuren der Kinderhände zu vertilgen. Die Holzstruktur ist als Tenor des Ganzen futsch. Durch Anfassen und Abwischen wird das Kiefernholz auch Neigung zum Splittern zeigen. Wer den Schmerz hat, wird auch noch den Aerger an seinen Möbeln zu bekommen. Der Schrank im Wohnzimmer zeigt, daß der Raum für Wäsche zu klein ist. Der Unterbau hat einen unschönen Abschluß. Der runde Tisch muß heraus aus dieser Stube. Die Familie kann kaum ihren Kaffee daran trinken, geschweige denn bequem essen. Die Technik der Ausziehtische lehrt uns, was hierbei fehlt. Das Sofa macht einen direkt armseligen Eindruck. Es ist auch zu schmal und die Lehne zu niedrig. Der Ausdruck der Behaglichkeit wird nicht erzielt. Das Bücherregal an der Erde ist für Kinder ein Tummelplatz zum klettern. Die Stühle wollen wir gelten lassen, der Unterbau ist solid. Das Schlafzimmer zeigt einen Kleiderschrank, der eigentlich den besten Eindruck von allen Sachen macht. Die Betten sind etwas kurz gehalten. Wir vermißten zunächst einen Spiegel, doch sei gesagt, das einer hier im Schlafzimmer hängt, wo die Hausfrau Schwierigkeiten hat, ihren modernen großen Hut zu bewundern. Alles in allem, es sieht sehr nüchtern und bescheiden aus. Die Wohnungseinrichter können in Zukunft doch etwas mehr fürs Auge Erfreuliches schaffen. Unpraktische Muscheln und Schnörkel, Säulen und Schnitzwerke sahen wir nicht. Große Flächen werden auf die Dauer dem Auge auch nicht angenehm sein. Temperaturschwankungen (nasse Wohnung) werden ihren Einfluß auf diese Flächen ausüben. Das andere Beiwerk wollen wir übergehen, denn es gehört ein voller Beutel, um nach Geschmack zu wählen. Für Berliner Arbeiter sind die Möbel zu teuer; es werden nicht viel sich derartig einrichten können, selbst wenn der gute Wille vorhanden ist. Es fehlt manches in diesen Zimmern, z. B. die Uhr, aber der gute Wille der Veranstalter wird bewerkstelligen, daß die nächste Einrichtung mehr Lebensauffassung und eigene Formensprache bringt.

Zum Schluß wollen wir hierbei noch bemerken, daß die Tischlerinnung auch einen Wettbewerb für eine preiswerte, zweckmäßige und geschmackvolle Arbeiterwohnungseinrichtung veranlaßt hat. Es werden folgende Bedingungen gestellt: Die Einrichtung muß für eine Familie mit Kindern berechnet werden, Stube und Küche darf nicht mehr als 500 M., 2 Stuben und Küche nicht über 800 M. kosten. Es wird auf solide, einwandsfreie Arbeit gesehen. Holz und Stilart bleibt dem Aussteller überlassen. Die Einrichtungen sind auf der Möbelmesse am „Zoo“ vom 19. August bis 5. September d. J. auszustellen. Es können nun die Tischlermeister und Möbel-Architekten zeigen, was das Tischlergewerbe für Arbeiterwohnungseinrichtungen leisten kann.“

Unehelich geborene Kinder können durch sogenannte Legitimierung den ehelich geborenen gleichgestellt werden und den Namen des Vaters erhalten. In Berlin ist es keine Seltenheit, daß der Vater eines unehelichen Kindes durch Heirat mit der Mutter das Kind legitimiert. Es kommt auch vor, daß zwei oder drei oder noch mehr Kinder zugleich legitimiert werden. Im Jahre 1910 wurden hier 2161 Legitimationsakte vollzogen, in den allermeisten Fällen durch Heirat. Legitimiert wurden dabei 2341 Kinder, wovon geboren waren: 461 Kinder erst im Jahre 1910, 690 in 1909, 445 in 1908, 281 in 1907, 156 in 1906, 308 noch früher. Bei den 2161 Legitimierungsakten wurden legitimiert: in 2010 Fällen je ein Kind, in 131 Fällen je 2 Kinder, in 14 Fällen je 3 Kinder, in 3 Fällen je 4 Kinder, in 3 Fällen je 5 Kinder. Daß 4 oder 5 Kinder zugleich legitimiert werden, gehört zu den Ausnahmen, wie man sieht. Aber auch das sind noch nicht die Höchstzahlen, die in Berlin beobachtet wurden. Im April 1911 wurden, wie die jetzt erschienenen Apriltabellen des Berliner Statistischen Amts melden, durch einen Legitimierungsakt zugleich 7 Kinder legitimiert. Dieser Fall dürfte freilich ganz vereinzelt dastehen.

Umschulungen von Gemeindeschulkindern

wurden in Berlin bisher zu Beginn jedes Schulhalbjahres in beträchtlicher Zahl verfügt. Nicht nur bei einem Wechsel der Wohnung konnte ein Kind sich darauf gefaßt machen, daß es einer anderen Schule überwiesen wurde. Jedesmal wurden auch viele Kinder, deren Eltern die Wohnung nicht gewechselt hatten, aus ihrer bisherigen Schule herausgerissen und in eine andere verpflanzt. Das alles geschah gegen den Willen der Eltern und trotz ihres Einspruchs.

Die Schulverwaltung war dazu genötigt, so lange in den Gemeindeschulen Berlins die meisten Klassen so stark besetzt waren, daß bei einem mal irgendwo besonders reichlichen Zustrom neu aufzunehmender Kinder sich dort sogleich die größten Schwierigkeiten ergaben. Wo der Ueberzähligen nicht so viele waren, daß man sie zu einer neuen vollbesetzten Klasse zusammenfassen konnte, da mußte zur Umschulung gegriffen werden. Die Kinder wurden dann hin und her geschoben und auf Nachbarschulen mit minder besetzten Klassen verteilt, bis jede Klasse ungefähr ihre „normale“ Besetzung hatte und man alle Ueberzähligen losgeworden war. Diese skandalösen, allen Grundsätze der Pädagogik hohnsprechenden Zustände, die manchen Kindern in ihrer Schullaufbahn schweren Schaden brachten, sind oft in der Stadtverordnetenversammlung von unseren Genossen und nicht weniger oft im „Vorwärts“ gerügt worden. Erst in neuerer Zeit hat das Uebel sich gemildert, weil die Besetzungsziffer der Gemeindeschulklassen, deren Ermäßigung gleichfalls oft genug von unseren Vertretern im Rathaus und vom „Vorwärts“ als dringend notwendig nachgewiesen worden war, allmählich sich verringert hat.

Jetzt wird ein weiterer und sehr erfreulicher Fortschritt zum Besseren gemeldet. Es soll künftig möglichst kein Kind umgeschult werden, wenn nicht die Eltern es wünschen. In der Regel sollen, wenn eine Umschulung beabsichtigt wird, vorher die Eltern gefragt werden, ob sie damit einverstanden sind. Auch wenn die Eltern ihre Wohnung wechseln und aus dem bisherigen Schulbezirk herausziehen, soll doch das Kind nicht gegen den Willen der Eltern umgeschult werden. Das sind Zugeständnisse, die schon vor langem im „Vorwärts“ immer wieder als etwas Selbstverständliches gefordert worden sind und längst hätten bewilligt werden müssen. Wir wollen nur wünschen, daß sie nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern in vollem Umfange verwirklicht werden.

Wie zahlreich in Berlin bisher die Umschulungen waren, davon haben wohl nur die wenigsten Eltern eine rechte Vorstellung. Im Schuljahre 1909/10, dem letzten, aus dem Angaben darüber vorliegen, wurden 17 411 Gemeindeschulkinder wegen Wohnungswechsels innerhalb der Stadt umgeschult. Gewiß werden viele davon so weit verzogen sein, daß die Ueberweisung an eine andere, nahe bei der neuen Wohnung gelegene Schule von vornherein dem Wunsch der Eltern entsprach. Doch nur zu oft sind bis in die letzte Zeit hinein auch solche Kinder, deren Eltern nur wenig entfernt von ihrem bisherigen Schulbezirk eine neue Wohnung genommen hatten, aus der bisher besuchten Schule ausgeschult und an eine andere überwiesen worden. Zu jenen 17 411 Umschulungen, die wegen Wohnungswechsels erfolgten, kommen nun aber noch 7094 Umschulungen aus anderen Gründen, 2735 in der ersten und 4359 in der zweiten Hälfte des Schuljahres 1909/10. Für die 4359 Umschulungen aus der zweiten Hälfte hat die Schuldeputation eine Statistik der Gründe zusammengestellt. Wir sehen da, daß in einem halben Jahre nicht weniger als 2224 Kinder wegen Ueberfüllung einzelner Klassen bei der allgemeinen Einschulung umgeschult wurden. Umgeschult wurden ferner 605 Kinder wegen Auflösung einzelner Klassen mit „zu geringer Frequenz“, 126 Kinder wegen Zuweisung einzelner Kinder an Klassen mit „zu geringer Frequenz“, 688 wegen Verlegung ganzer Klassen an andere Schulen, die übrigen 716 Kinder aus verschiedenen Gründen. Man sieht, wie noch immer die Kinder hin und her geschoben wurden, um übervoll besetzten Klassen eine „normale“ Frequenz zu geben oder in nicht voll besetzten die richtige „Fülle“ zu erzielen.

Wir wiederholen: hoffentlich wird der Plan, kein Kind mehr gegen den Willen der Eltern umzuschulen, nicht bloß auf dem Papier bestehen bleiben. Jedes Kind muß ein Anrecht auf dauernden Verbleib in derjenigen Schule haben, der es einmal zugewiesen worden ist. Durch keinen Wohnungswechsel innerhalb der Stadt darf dieses Anrecht aufgehoben werden, wenn nicht die Eltern selber darauf verzichten. Wünschen muß man freilich, daß auch die Eltern die nötige Einsicht in die Selbstverständlichkeit dieser Forderung haben. Keine Familie, die neu in einen Schulbezirk zuzieht, kann Ueberweisung ihres Kindes in die unbedingt allernächste Schule erwarten, wenn Platz nur geschaffen werden könnte durch Ausschulung eines seit langem in dieser Schule sitzenden, aber in einen anderen Schulbezirk umgezogenen Kindes.

Große Empörung herrschte am dritten Feiertage an der Hochbahnstation am Stralauer Tor, von wo ab die Reederei Saewert Pfingst-Extrafahrten nach der Woltersdorfer Schleuse veranstaltete. Grund zu der Empörung des zahlreich versammelten Publikums bildete der Umstand, daß die genannte Reederei durch Inserate in den Zeitungen angekündigt hatte, daß die Hin- und Rückfahrt nach Woltersdorfer Schleuse am Vormittag 60 Pf., nachmittags ab 2.10 Uhr 50 Pf. koste, während in Wirklichkeit von dem Publikum allein für die Hinfahrt 50 Pf. gefordert wurde mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß für die Rückfahrt keine Garantie übernommen werde. Vielfach wurden Rufe „Das ist ein Betrug“, „Schwindel“ laut und der dort postierte Angestellte hatte seine liebe Not, die Empörung abzuwehren. Ein Schutzmann schritt ein und suchte Ruhe zu schaffen. Ein Mann, der von Betrug geredet hatte, wurde auf Verlangen auch noch festgestellt.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen müssen wir erklären, daß das Verhalten der Reederei Saewert höchst tadelnswert ist. Kündigt man bestimmte Fahrpreise für bestimmte Touren an, so hat man die Verpflichtung, dieselben auch einzuhalten. Geschieht das nicht, so täuscht man das Publikum, und zwar absichtlich. Ein derartiges Manöver kann doch nur vorübergehend der Reederei Nutzen bringen, auf die Dauer schädigt die Unternehmerin sich selbst in der schwersten Weise.

Zur Elektrisierung der Berliner Stadtbahn erfahren wir: Die erste Rate für das Elektrisierungsprojekt der Stadtbahn wird in den Etat für 1912 eingestellt werden, sie dient hauptsächlich für die Vorarbeiten des Projektes. Nach den Verhandlungen zwischen dem Eisenbahnministerium und den großen elektrotechnischen Firmen, die für die Ausführung des Projektes in Frage kommen, werden die Kosten sich auf insgesamt etwa 110 Millionen Mark belaufen. In dieser Summe ist auch die Elektrisierung der Ringbahn einbegriffen. Beabsichtigt ist, das alte Wagenmaterial der Stadt- und Ringbahn beizubehalten und die Züge durch elektrische Lokomotiven mittels Oberleitung zu bewegen. Der Oberbau des Bahnkörpers bedarf bei diesem Projekte nur geringer Veränderungen, während die Hauptarbeit durch die Aufstellung von Masten verursacht wird. Die Hauptkosten werden bedingt durch das Einstellen der elektrischen Lokomotiven, die im nächsten Jahre bereits in Auftrag gegeben werden sollen. Auch die Fernzüge, die Berlin passieren, sollen nach vollständiger Durchführung des elektrischen Betriebes zwischen Charlottenburg und Schlesischen Bahnhof von elektrischen Lokomotiven geschleppt werden. Für den Fall von Betriebsstörungen bleibt die Verwendung von Dampflokomotiven vorbehalten. Die Elektrisierung der Stadtbahn wird eine Tariferhöhung von 33 Proz. bedingen, während auf der anderen Seite eine Verkürzung der Fahrzeit zwischen Stralau-Rummelsburg und Charlottenburg um etwa 10 Minuten eintreten wird.

Fünf Personen im Tegeler See ertrunken. Nicht weniger als fünf Menschenleben hat der Tegeler See an den beiden letzten Tagen gefordert. So ertrank unweit der Badeanstalt der achtzehnjährige Kaufmann Arthur Sost aus Pankow. Fast zur gleichen Zeit fand ein unbekannter etwa sechs Jahre alter Knabe den Tod im Wasser. Der Kleine hatte in der Nähe von Baumwerder gebadet. Ferner ertranken im Tegeler See der siebzehn Jahre alte Schlosserlehrling Fritz Schwedler, Brüsselerstr. 19 zu Berlin wohnhaft, der fünfzehnjährige Mechanikerlehrling Walter Stöber aus der Müllerstraße und eine unbekannte etwa 25 Jahre alte Frauensperson, die sich weit über ihre Kräfte in den See hinausgewagt hatte. Die Leichen zweier der Ertrunkenen konnten noch gestern geborgen werden.

Zwei Straßenbahnunfälle ereigneten sich am zweiten Feiertage. Ein Radfahrer Anton Wittig, Rathenowerstr. 25 wohnhaft, bog gegen ¾ 7 Uhr abends, von Hause kommend, Ecke der Stephanstraße vor einem Motorwagen der Linie 24 auf das Gleis; er blieb mit dem Rade in der Schienenrinne stecken und geriet unter den Vorderperron, mit dem rechten Arm unter den Schutzrahmen. Der Straßenbahnwagen wurde mittels mitgeführter Winden von dem Personal angehoben und W. aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Er erlitt eine Verstauchung des rechten Armes und der rechten Schulter, sowie eine Verletzung des Kopfes und wurde nach dem Krankenhause Moabit geschafft. — Der Zusammenstoß eines Arbeitswagens mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich gegen ½ 4 Uhr vor dem Hause Köpenickerstr. 153. Ein Gefährt der Firma Marwitz, Swinemünderstraße, bog kurz vor einem Motorwagen der Linie 87 auf das Gleis und wurde angefahren. Bei dem Zusammenstoß erlitt ein in der Stendalerstr. 21 wohnender Herr Kretschmer eine Kopfverletzung. Der Unfallhabende erhielt einen Notverband, konnte sich jedoch dann nach seiner Wohnung begeben. Am Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron stark beschädigt.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Rosenthaler und Neuen Schönhauser Straße. Dort kam der vierjährige Sohn Paul des Bahnbeamten Radicke aus der Schwartzkopffstraße 7 unter den Vorderperron eines Straßenbahnwagens der Linie 56; er konnte aber bald aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Das Kind hatte mehrere Verletzungen am linken Bein davongetragen und erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hatte auch im Mai wieder einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. Der Umsatz betrug 607 699,23 M gegen 406 346,49 M. im selben Monat des Vorjahres, also ein Mehr von 201 352,74 M. Durch den Kampf im Bäckergewerbe wurde auch die Bäckerei ganz kolossal in Anspruch genommen, so daß der Erweiterungsbau bald in Angriff genommen werden muß.

Wer ist der Tote? Am 2. Feiertag, nachmittags 2½ Uhr, entdeckten Besucher der Kolonie Falkenhorst-Bohnsdorf in der angrenzenden Königlichen Forst (Wusterhausen) im Jagen 73 die Leiche eines jungen Mannes, ungefähr 18—19 Jahre alt, an einem Hollunderbaum hängend. Wiederbelebungsversuche bei dem jungen Manne, der die Tat erst kurz vor der Auffindung verübt haben konnte, waren ohne Erfolg. Bekleidet war derselbe mit einem dunkelblauen Cheviotjackett, dunkelgrauer Hose, weißem Sporthemd, dunkelblauem Westengürtel mit weißen Punkten, grauen Strümpfen und guten schwarzen Schnürstiefeln, sowie einem schwarzen steifen Hute. In den Taschen des Toten befand sich ein schwarzledernes Portemonnaie mit 67 Pf. Inhalt, 1 Haus- und Korridorschlüssel, nebst mehreren kleinen Schlüsseln an einer Kette, 1 blaues und weißes Batisttaschentuch mit dem Buchstaben S. gezeichnet, 1 Taschenmesser mit weißer Schale, 1 Taschenscherе und ein Taschenspiegel im Etui, sowie die letzte Nummer des „Mitteilungsblattes des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter“ vom 3. Juni. Vielleicht dienen diese Angaben dazu, daß der Tote von seinen Angehörigen rekognosziert werden kann. Trotzdem die Gemeindebehörde in Adlershof von der Auffindung der Leiche sofort in Kenntnis gesetzt wurde und diese auch am selben Nachmittage durch Beamte den Tatbestand an Ort und Stelle aufnehmen ließ, war die Leiche bis 3. Feiertag vormittags noch nicht abgeholt worden.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Mai 1911 betrugen 160 943,80 M. gegen 129 827,85 M. im Mai 1910, d. i. eine Tageseinnahme von 5191,74 M. gegen 4188 M. im Mai 1910. Es wurden insgesamt 1 760 144 Personen gegen 1 424 905 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Mai gefahrenen Wagenkilometer (Motorwagen und Anhängewagen) ist von 246 151 des Vorjahres auf 336 533 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 47,82 Pf. gegen 52,74 Pf. im Vorjahre.

Vermißt wird seit dem 3. Mai d. J. der Arbeiter Rudolf Rebbitz, am 17. Februar 1851 zu Berlin geboren, zuletzt Feldzeugmeisterstraße 8 als Mieter wohnhaft gewesen. Rebbitz ist mittelgroß, hat volles grammeliertes Haar, Augenbrauen und Schnurrbart von derselben Färbung, längliches, blasses Gesicht, hohe Stirn, blaue Augen, gebogene Nase, breites Kinn und lückenhafte Zähne. Er war bekleidet mit grauem Jackettanzug, dunkelbrauner wollener Weste, dunkelblauem wollenen Chemisett, schwarzen Schnürstiefeln, grauen wollenen Strümpfen und grünlichem weichen Hut. Nachrichten zu 1819 IV 42 11 werden an das Polizeipräsidium Berlin erbeten.

Verloren hat gestern früh ½8 Uhr ein Arbeiter auf dem Wege von der Uckermark- bis zur Gustav-Adolf-Straße in Weißensee eine Invalidenkarte, eine Legitimation der Krankenkasse der Kaufleute sowie ein Wahlvereinsbuch und ein Verbandsbuch des Transportarbeiterverbandes. Der Finder wird gebeten, die Legitimationen bei Walter Lehmann, Pankow, Herthastr. 2, I, abzugeben.

Verloren gegangen ist am 2. Feiertag ein schwarzledernes Portemonnaie mit 9,80 M. Inhalt auf dem Wege von Karlshof bis zum Bahnhof Beusselstraße. Der Finder wird um Abgabe bei Richard Krause, Charlottenburg, Ufenaustr. 4, II, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Verein Arbeiterjugendheim Charlottenburg eröffnet am Sonntag, den 11. Juni 1911, sein neueingerichtetes Jugendheim im Volkshause, Rosinenstraße 3. Die Arbeiterschaft und die Jugend wird zu der am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Eröffnung freundlichst eingeladen. Das Jugendheim wird von kommender Woche ab an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonn-

abend nachmittags von 7—9½ Uhr und an jedem Sonntag von 4—9½ Uhr für alle männlichen und weiblichen jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge offen sein. Der Eintritt ist unentgeltlich. Es stehen Bücher und Spiele zur Benutzung.

Möge die Arbeiterschaft mit doppeltem Eifer die Ziele des Vereins fördern helfen, der das Wissen und Können der Jugend heben und eine Stätte der Bildung und Erholung im edelsten Sinne schaffen will.

Selbstmord im Stadtbahnzug. Auf dem Bahnhof Charlottenburg wurde in der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr in einem Abteil dritter Klasse eines von Erkner kommenden Zuges die Leiche eines etwa 55jährigen Mannes gefunden. Der Unbekannte hatte sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet. Papiere oder Aufzeichnungen wurden nicht gefunden und im Portemonnaie befanden sich nur noch 7 Pf. Die Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schauhause gebracht.

Schöneberg.

Ende März dieses Jahres fanden in den städtischen Betrieben die Arbeiterausschußwahlen statt. Abgesehen vom Betriebe der Straßenreinigung wurden allenthalben die Kandidaten der organisierten Kollegen glatt gewählt. In der Straßenreinigung fand Stichwahl statt. Hier erhielten von 110 abgegebenen Stimmen die Verbandskandidaten 54 Stimmen, die „Hirsche" 55 Stimmen, eine Stimme war ungültig. Nach dem Wahlreglement ist gewählt, wer die Majorität der abgegebenen Stimmen erhält. Diese Majorität war hier 56. Der Wahlleiter ließ infolgedessen Stichwahl stattfinden. In dieser wurden die Verbandskandidaten mit erheblicher Majorität gewählt. Die Stichwahl fand im Einverständnis mit dem im Wahlbureau sitzenden Führer der Hirsche statt. Nachträglich erhob derselbe aber Protest gegen die Wahl. Die Angelegenheit zog sich trotz Drängens der Arbeiter zirka zwei Monate hin, bis kurz vor der Grundsteinlegung des neuen Rathauses. Große Verwunderung löste es aus, als die Magistratsentscheidung die Ungültigkeit der Wahl der in der Stichwahl gewählten Vertreter aussprach und dafür die Hirsche als gewählt erklärte. Diese Entscheidung widerspricht durchaus den üblichen Gepflogenheiten. Die einzig mögliche Entscheidung konnte, wenn nun schon die Bestimmungen des Wahlregulativs für die Magistratsentscheidung nicht maßgebend waren, die Anordnung einer Neuwahl sein. In den Kreisen der städtischen Arbeiter wird vermutet, daß der Magistrat die Entscheidung getroffen habe, um beim Festmahl im Zoologischen Garten mit einer Vertretung der Arbeiter zu paradieren?

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Der Einweihungsschmaus der neuerrichteten „Königin-Luiseschule" hat, wie der Bürgermeister mitteilte, den Steuerzahlern 1161,70 M. gekostet. Der Armenausschuß teilte mit, daß im vergangenen Jahre 13 244,40 M. als nicht beitreibbar niedergeschlagen werden mußten. Die Drei-Millionenanleihe hat die Bestätigung des Kreisausschusses in der nachgesuchten Form erhalten. Die Ferien der Gemeindevertretung wurden auf die Monate Juli und August festgesetzt. Ein Antrag der Schneiderzwangsinnung verlangte 100 M. als Beihilfe zu ihrem Wohlfahrtsfonds. Genosse Richter wies darauf hin, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, man in Zukunft auch den Gewerkschaften Beihilfen nicht verweigern dürfe. Da dies bei der Art der Zusammensetzung der Gemeindevertretung aber nicht zu erwarten sei, erkläre er sich gegen die Unterstützung dieser mittelalterlichen Institution. Die neue Hundepolizeiverordnung betr. Aufhebung des Maulkorbzwanges wurde genehmigt. Zur Generalversammlung der größeren preußischen Landgemeinden wurde Bürgermeister Walger delegiert. Nach dem Ortsstatut würden die Delegationskosten 143 M. betragen. Ein Antrag des Gemeindevorstandes verlangt, da die Versammlung in Kiel gerade in die Zeit der Kieler Woche falle, diesen Satz zu erhöhen. Dagegen wandten sich Genosse Richter sowie der Bürgerliche Ott. Herr Gerken war gegen die Beschickung überhaupt. Bewilligt wurden 180 M. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei der Platzfrage des zu errichtenden neuen Rathauses. Vor einem Jahr wurde beschlossen, dasselbe am Wilmersdorferplatz zu errichten. Mittlerweile hat man ein anderes Grundstück am Lauterplatz zu dem Zwecke erworben. Da der Haus- und Grundbesitzerverein jedoch dem Vorschlage des Gemeindevorstandes widersprach, bleibt es beim Wilmersdorferplatz. Die Arbeiterschaft des Ortes ist gegen den Bau eines Rathauses überhaupt, da sie überzeugt ist, daß bei einigermaßen gutem Willen der Beteiligten, diese Frage durch eine Verschmelzung der westlichen Vororte am geeignetsten zu lösen ist. Da man sich, wie in allen „vornehmen" westlichen Vororten so auch bei uns, zur Beratung und Einführung sozialpolitischer Maßnahmen sehr viel Zeit läßt, beantragte Genosse Richter, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung: Die Errichtung eines Gewerbegerichts für Friedenau und die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu setzen. Ueber die erste Frage war eine Abstimmung nicht erforderlich, da der Gemeindevorstand versprach, dieselbe in der nächsten Sitzung verhandeln zu lassen. Zur Frage der Sonntagsruhe bemerkte er, daß der Handel- und Gewerbeverein ersucht hätten, die Angelegenheit zu vertagen und den Beschluß der andern Gemeinden abzuwarten. Der Gemeindevorstand habe sich dies zu eigen gemacht und beschlossen, die Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Genosse Richter trat dem entschieden entgegen. Was Charlottenburg, Schöneberg und andere Gemeinden, müsse Friedenau, das unter denselben Verhältnissen lebe, auch können. Auf die Petition der Handel- und Gewerbetreibenden habe der Gemeindevorstand fürsorglich Rücksicht genommen, trotzdem dieser Verein nur einen kleinen Teil der Geschäftsleute umfaßt, und eine ganze Anzahl von Geschäftsleuten ihn gebeten habe, für die Sonntagsruhe einzutreten. Die Anträge der Angestellten aber ließe man, wie bei allen anderen Angelegenheiten völlig unberücksichtigt. Der Antrag Richter wurde abgelehnt; für ihn stimmte nur unser Genosse. Wenn die Herren bei den nächsten Wahlen wieder von Fürsorge für die Angestellten überfließen, werden dieselben es nicht unterlassen, ihnen diesen Beschluß in Erinnerung zu rufen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Eine recht eigenartige Mitteilung machte der Bürgermeister in der letzten Gemeindevertretersitzung. Er berichtete, daß Polizeibeamte bei ihren nächtlichen Kontrollgängen von zwei Zehlendorfer Bürgern in unangemessener Weise behandelt worden seien und richtete die Bitte an die Zehlendorfer Bürger, die Polizeibeamten nicht zu belästigen, sondern eher bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Belästigung muß schon sehr stark gewesen sein, wenn man sich zu solchem Vorgehen entschloß. Bei Arbeitern liest man es gewöhnlich anders; die werden einfach der Polizei wegen Beamtenbeleidigung oder anderen Strafdelikten übergeben. Bezeichnend ist, daß Herr Schütz die Sache noch abzuschwächen suchte und Herr Hammer die Meinung vertrat, die beiden Missetäter müßten sich wenigstens bei den Beamten entschuldigen. Aber das ist nicht das einzige Hervorstechende der letzten Sitzung. Es steht jetzt fest, daß die Einwohnerschaft von der Gemeindeverwaltung in der Schulangelegenheit für den Süden seit Jahren fortgesetzt genasführt worden ist. Gemeindevertreter Thornton frug an, wann die Schule, die im Süden gebaut und die angeblich am 1. April 1912 fertig sein sollte, angefangen wird. Der Bürgermeister antwortete, es habe sich herausgestellt, daß bis zum Jahre 1914 kein Bedürfnis zur Errichtung der Schule vorliege. Man könne sich damit helfen, daß einige Klassen im Hause Kaiserstr. 9, also in Mietsräumen, untergebracht werden. Weil man jährlich 40 000 M. angeblich sparen könne, hat der Vorstand einfach noch nicht mit dem Bau beginnen lassen. Und die Antwort der Vertretung: Herr Thornton sprach den Wunsch aus, daß man der Vertretung, die doch den Bau beschlossen habe, auch eine Vorlage machen möchte. Man weiß nicht, über wen man bei dieser Angelegenheit mehr empört sein soll, über den Vorstand, der sich herausnimmt, die Oeffentlichkeit so zu düpieren — in den Etat von 1910 waren schon 100 000 M. für diesen Bau eingestellt —, oder über die Vertretung, die sich zum Mitschuldigen macht. Kein Bedürfnis ist vorhanden, obwohl Klassen an Ueberfüllung leiden und andere in für Schulzwecke ungeeignete Räume untergebracht werden müssen. Für die erst vor Wochen beschlossene und trotzdem schon begonnene höhere Töchterschule steht fest, daß auf Jahre hinaus einige Klassen völlig, andere fast leer bleiben werden. Wo war da die Bedürfnisfrage? Wenn der Leiter der Volksschule befragt worden wäre, so hätte derselbe ebenso und noch mit viel besseren Gründen den Nachweis von der Notwendigkeit führen können, wie kürzlich der Direktor Falk für die höhere Mädchenschule. Warum läßt die Vertretung den Herrn zu diesem Zweck nicht herbei holen? Aber so kläglich diese ganze Angelegenheit ist, so darf man doch nicht vergessen, daß die Bevölkerung ihr gerüttelt Maß Schuld trägt. Immer wieder haben wir ihr Gewissen bei den Wahlen zu schärfen gesucht durch den Hinweis, daß solche Verhältnisse wie bei uns nur durch den Eintritt einiger Sozialdemokraten gebessert werden könnten. Leider predigten wir damals tauben Ohren. Die Antwort des Bürgermeisters in der Schulangelegenheit ist die Quittung für dieses würdelose Verhalten.

Lankwitz.

Aus der Gemeindevertretung. Die Etatüberschreitungen aus dem Jahre 1910 in Höhe von 11 000 M. wurden von der Vertretung genehmigt. — Desgleichen stimmte man der Errichtung einer Oberlehrerstelle am Gymnasium, sowie einer Oberlehrer- und einer ordentlichen Lehrerstelle an der höheren Mädchenschule zum 1. April 1912 zu. — Das Steuerbringsystem soll zum August dieses Jahres im neuen Rathaus eingeführt werden. — Die Grundsteuerordnung hat nicht die Genehmigung des Kreisausschusses gefunden. Es soll für unbebaute Grundstücke nicht mehr als das Doppelte der bebauten Grundstücke erhoben werden. Die Steuerordnung, welche das Dreifache zuließ, wurde dahingehend geändert. — Die vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärte Gebührenordnung für die Benutzung der Gemeindekanalisation soll mit der Entscheidung in Einklang gebracht werden. Da von einigen Hausbesitzern, auch auf dem Wege des Verwaltungszwangsverfahrens, die Gebühren zur Kanalisation nicht eingezogen werden können, wurde ein Nachtrag zum Ortsstatut geschaffen, nach welchem denselben im äußersten Falle der Anschluß an die Kanalisation abgesperrt wird. Diese Maßnahme darf jedoch nur zum Vierteljahrsschluß und mit Genehmigung der Gemeindevertretung angewandt werden. Genosse Teurig wandte sich gegen diese Maßnahme, da dieselbe doch nicht die Genehmigung finden würde. Genosse Radike bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Abdeckung der Kanalisationsschächte für nicht einwandsfrei, da die Deckel von einer erwachsenen Person mit 2 Finger abgehoben werden könnten. Am 2. Mai nachts sei eine Frau R. in einen offenen Schacht getreten und habe sich dabei nicht unerhebliche Verletzungen zugezogen. Der Gemeindevorsteher versprach für Abhilfe zu sorgen. — Durch die Nichtgenehmigung der Gewerbesteuerordnung, welche eine schärfere Heranziehung der Großbetriebe vorsah, war ein Ausfall von 8000 M. im Etat entstanden. Da die Gemeindeeinkommensteuer sich günstig entwickelt hat, soll der Etatansatz derselben um diese Summe erhöht werden. — Der Schneiderzwangsinnung zu Steglitz und Umgegend wurde zu ihrem 25jährigen Stiftungsfest, gegen die Stimmen unserer Genossen, 75 M. bewilligt. — Die gleiche Summe wurde der freiwilligen Ortsfeuerwehr zur Beschickung des Provinzialfeuerwehrtages in Perleberg überwiesen. — Da jetzt der Kreis seine zu weit gehenden Forderungen bei der Uebernahme der Kreischaussee fallen gelassen hat, wurde der Gemeindevorsteher ermächtigt, nach herbeigeführter Verständigung mit den Anliegern den Vertrag abzuschließen.

Weißensee.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich in der Straßburger Str. 95 abgespielt. Am Sonntagnachmittag gegen 4½ Uhr kehrte der Arbeiter Franz Mühlau in angetrunkenem Zustande in seine Wohnung des genannten Hauses zurück. Er fing dort mit mehreren Hausgenossen Streit an und versuchte gegen eine Mieterin, eine Frau D., tätlich zu werden. Die Frau packte den Angetrunkenen jedoch am Hals und warf ihn so heftig zu Boden, daß M. mit dem Hinterkopf gegen die Wand schlug. Der Arbeiter verlor sofort das Bewußtsein und mußte in seine Wohnung gebracht werden. Sein Befinden verschlimmerte sich jedoch erheblich, so daß am Dienstagnachmittag ein in der Nähe wohnender Arzt hinzugezogen werden mußte. Als dieser in der Wohnung des Patienten eintraf, war der Verunglückte bereits verschieden.

Pankow.

Durch Sturz aus dem Fenster hat die 84 Jahre alte Witwe Pauline Zakaschewska, Trelleborgstraße 10, den Tod gesucht. Wie behauptet wird, hat die alte Frau wegen Aergernis über ihre Kinder Selbstmord verübt.

Reinickendorf.

Recht erbauliche Zustände scheinen in bezug auf die Entlohnung des Anstaltspersonals im neuen Verbandskrankenhause zu herrschen. Wie in allen geordneten kommunalen Betrieben ist auch für das Krankenhaus ein Etat aufgestellt, der u. a. auch eine Gehalts- beziehungsweise Lohnordnung für die Angestellten enthält. Wie kürzlich festgestellt wurde, werden die im Etat vorgesehenen Löhne beziehungsweise Gehälter nicht bezahlt. Feststellungen, inwieweit dies auch auf die Gehälter der leitenden Personen, Aerzte und Inspektor, zutrifft, konnten leider nicht gemacht werden. Nach dem Etat sollen Hausdiener 36 M., der Waschhausdiener 42 M. Anfangsgehalt erhalten. In Wirklichkeit werden generell nur 32 M. gezahlt, mithin 4—13 M. pro Monat weniger, als der Etat vorsieht. Aehnlich liegen die Dinge beim weiblichen Personal. Hier werden nur 24 M. anstatt 25 M., für Plätterinnen 24 M. anstatt 30 M. gezahlt; ebenfalls eine Differenz von 1—6 M. im Monat. Beim Betriebspersonal liegen die Dinge ebenso. So sieht der Etat für den Schlosser bezw. Schmied einen Wochenlohn von 36 M. vor, während nur 4,50 M. Tagelohn gezahlt werden. Woher leiten die maßgebenden Personen das Recht her, entgegen den Beschlüssen der Gemeindekörperschaften bei den an und für sich erbärmlichen Löhnen des Personals noch zu sparen. Wo ist hier die maßgebende Stelle, die den Gemeindebeschlüssen zur Durchführung verhilft? Wehe dem Arbeiter, der seine Dienstvorschriften nicht einhält! Seit beinahe Jahresfrist werden wissentlich und absichtlich zum Schaden des Personals die Lohnbestimmungen übertreten, aber nichts rührt sich, um die verantwortlichen Stellen an ihre Pflichten zu erinnern. Es handelt sich ja nur um Arbeiter!

Spandau.

Die Leiche eines Mannes ist gestern morgen am Ufer des Stabholzgartens gelandet. Die Polizei veranlaßte ihre Ueberführung nach der Friedhofshalle an der Gatower Straße. Die Persönlichkeit des Toten ist bisher noch unbekannt.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

F. L. Verpflichtet nicht. Es kann aber in der Ablehnung eine Beleidigung zu erblicken sein. — **Frl. T. R. 35.** Bitte wenden Sie sich an einen Frauenarzt! Quittung? — **Ditrich, Rixdorf.** Der damalige Kronprinz, jetzige König von Sachsen Friedrich August III. Aber, aber! — **E. 18.** Ihre Frage ist ohne Kenntnis der persönlichen Verhältnisse nicht zu beantworten. Vielleicht erreichen Sie Ihren Zweck durch Anfrage beim Reichskolonialamt, Wilhelmstr. 62, Abteilung für Kamerun. — **A. W. 52.** Auskunft und Fürsorgestelle für Alkoholkranke. Fürsorgestelle in der Poliklinik der Charité, Eingang Alexanderufer. Montags und Donnerstags von 5—7 Uhr. Leiter: Dr. Kapff. — **O. A. 30.** Dann müssen Sie einen Spezialarzt für Hautkrankheiten zu Rate ziehen. — **Rd. K.** Gewerbeinspektion Berlin, Oranienstr. 14. Gewerbeinspektor Herr Dr. Lohmann. — **R. H. 896.** Kaiserlich deutsches Konsulat, Chicago, Vereinigte Staaten von Amerika. — **Taubenzüchter.** Der Vorsitzende des Verbandes der Taubenzüchter, F. Schröder, Steinmetzstraße 38, oder auch ein Tierarzt dürfte Ihnen raten können. — **M. S. 71.** Nein. — **F. 24.** 1. In der Regel ja. 2. Landgericht durch einen Rechtsanwalt. 3. Einige Monate. 4. Ja. — **B. H. 14.** Ja. — **Otto Carow.** Wenn Sie durchschnittlich für die genannten Ausgaben ausschließlich für Lebensunterhalt nur Zweidrittel verbraucht haben, so können Sie in Höhe des weiteren Drittels Ersatz verlangen. — **Beuster, Borsigwalde.** Den Anschaffungspreis können Sie nicht fordern, sondern nur den wirklichen Wert zurzeit der Uebergabe zwecks Reinigung. — **F. P. 9.** Scheidung ist nach dem, in diesem Falle maßgebenden, österreichischen Gesetz nicht möglich. — — **Sozialgesetzgebung Steglitz.** 1. Nein. 2. bis 5. Damit erledigen sich diese Fragen. — **S. 58.** Die Gläubiger haben Anspruch auf Zahlung. Erheben mehrere Gläubiger für dieselbe Zeit Anspruch, so empfiehlt sich die Hinterlegung. — **A. T. 84.** Besprechen Sie die Angelegenheit mit Ihrem Vertreter, Gen. Brückner. — **O. H. 41.** Ja, wenn sie erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes ist. — **W. T. 29.** 1. 10 Monate nach Rechtskraft des Scheidungsurteils. 2. Befreiung kann auf Antrag durch das Justizministerium erfolgen. 3. Den Mädchennamen der Mutter. Bei der späteren Verheiratung kann das Kind durch Erklärung beim Standesamt legitimiert werden. — **W. W., Dresdener Straße.** Nein.

Witterungsübersicht vom 7. Juni 1911.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	767 NW		4	wolkig	16	Haparanda	754 N		4	bedeckt	8
Hamburg	772 NNW		5	halb bd.	14	Petersburg	753 NW		4	Regen	11
Berlin	769 NW		5	wolkig	14	Scilly	771 O		4	heiter	16
Frankf. a. M.	770 NO		4	heiter	18	Aberdeen	775 SW		2	wolkenl.	17
München	770 SW		1	wolkenl.	18	Paris	770 NNO		8	halb bd.	19
Wien	767 WNW		4	halb bd.	20						

Wetterprognose für Donnerstag, den 8. Juni 1911.
Trocken und vielfach heiter bei frischen nordwestlichen Winden, etwas kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 6. 6. cm	seit 5. 6. cm [1]	Wasserstand	am 6. 6. cm	seit 5. 6. cm [1]
Memel, Tilsit	100	—24	Saale, Grochlitz	104	—8
Pregel, Insterburg	—49	—5	Havel, Spandau [2]	32	+6
Weichsel, Thorn	110	—12	„ Rathenow [2]	40	0
Oder, Ratibor	176	—10	Spree, Spremberg [2]	74	—2
„ Krossen	207	—11	„ Beeskow	76	+2
„ Frankfurt	216	—26	Weser, Münden	—93	+3
Warthe, Schrimm	72	—8	„ Minden	—16	+1
„ Landsberg	40	—1	Rhein, Maximiliansau	482	+2
Netze, Vordamm	—12	—4	„ Kaub	263	+11
Elbe, Leitmeritz	—10	—12	„ Köln	246	+8
„ Dresden	—129	—19	Neckar, Heilbronn	80	—9
„ Barby	148	—9	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	136	—1	Mosel, Trier	65	—3

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel.

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Hermann Räbiger

Grätzstr. 57 (Bezirk 10) plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr von der Halle des Treptower Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Vorjährige feinste **Frühjahrs-Ulster** und **elegante Anzüge** jetzt 20—50 Mark. Täglicher Verkauf. **Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II.**

Reichels berühmter **Wacholder-Extrakt** Marke „Medico"

ein natürliches **Blutreinigungsmittel** und allerprobtes, reelles und vertrauenswürdiges Hausmittel von **lösender, ableitender, spezhartreibender, Unreinigkeiten ausscheidender Wirkung**, das nach vielen Richtungen hin auf die inneren Organe den **wohltätigsten** Einfluß ausübt und nur Gutes, niemals schädlich wirken kann. Viele glänzende Erfolgsberichte bezeugen seine vielseitige Wirkungskraft, insbesondere bei **Rheumatismus, Ischias, Gliederschmerzen, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Erkältungen, Hautausschlägen, Husten** und **Brustleiden** verbunden mit **Atemnot** (Asthma), ferner bei manchen **Darm-, Nieren-** und **Blasenleiden.**

Aber niemals **offen ausgewogen, rein** und **unverfälscht** nur in Flaschen à M. **1,50, 2,50** und für längeren Gebrauch große Kanne (sehr vorteilhaft) M. **6,—**. (Probefl. 75 Pf.) in den meisten **Drogerien** und **Apotheken** erhältlich, wo nicht, zu beziehen durch

Gesetzlich geschützte Originalfüllung! Man nehme keinesfalls eine andere.

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Amt IV, 4751, 4752, 4753.

Garantiert Echt nur mit Marke **Medico** und dem Namen des allein. Fabrikanten **Otto Reichel, Berlin SO.**

Phänomen-Gold Feinste Cigarette **Stck. 2, 3, 4, 5 Pf.** Ueberall zu haben

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am Montag, den 5. Juni, verstarb unser Genosse

Wilhelm Sasse

Gartenstr. 89.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Moabiter Krankenhaus aus nach dem Golgatha-Kirchhof, Barfusstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

228/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Eisenlagerarbeiter

Wilhelm Sasse

am 5. d. M. im Alter von 26 Jahren verstorben ist. 68/10

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Golgatha-Friedhof, Barfusstraße, statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer

Ernst Gärtner

am 1. d. M., im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dorotheen-Kirchhofes, Liesenstraße, aus statt.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer

Robert Eberhardt

am 4. d. M. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, in Wilmersdorf, Berliner Str. 101, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

(Deutscher Senefelder-Bund.)

Nachruf.

Am 29. Mai verstarb unser Kollege und Mitglied, der Photograph

Heinrich Taebling

im 25. Lebensjahre an der Lungenschwindsucht.

Am 1. Juni verstarb unser Kollege und Mitglied, der Lithograph

Paul Volkmann

im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.

Am 3. Juni verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steindrucker

Robert Schwendke

im Alter von 38 Jahren an der Lungenschwindsucht.

Ehre ihrem Andenken!

292/4 **Die Verwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, mein guter Vater und Bruder, der Fensterputzer

Ernst Gärtner

am 1. Juni plötzlich verstorben ist.

Die trauernde Witwe nebst Sohn, Bruder u. Schwager.

Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Dorotheen-Kirchhofes, Liesenstraße 9, aus statt. 21355

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein des 6. Kreises (Bezirk 577) meinen innigsten Dank.

Witwe Wilhelmine Noack nebst Kindern. 21445

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich dem Deutschen Kürschner-Verband sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma M. Gärtner und auch allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 21375

Witwe Margarete Haupt und Kind.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Räbiger

am 5. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Trebbiner Gemeinde-Friedhofes (Neue Krug-Allee) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

84/10 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Max Arndt

am 5. d. Mts. an einem Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Tegeler Gemeinde-Friedhofes in Tegel aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Willi Konitz

am 5. d. M. am Schlaganfall.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

118/5 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Kranzspenden und Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich der Beerdigung meiner unvergeßlichen Gattin, unserer guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Warnat

sagen wir hiermit allen unsern Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gesangverein und den Berliner Verwaltungsstellen des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, der Bezirksleitung des Sozialdemokratischen 6. Berliner Wahlkreises, als auch dem Stadtverordneten Herrn Waldeck Manasse für die trostreichen Worte unsern aufrichtigsten Dank. 21335

Berlin, den 6. Juni 1911.

Die trauernden Hinterbliebenen.

---

37. Kommunalwahlbezirk.

Freitag, den 9. Juni, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung

im Restaurant Wernicke, Ackerstraße 123.

Tages-Ordnung:

1. **Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Kommune.**
   Referent: Stadtverordneten-Kandidat Schriftsteller **Max Grunwald.**
2. Diskussion.

Alle Wähler sind eingeladen.

Das Wahlkomitee. F. A.: W. Baumann, Berliner Str. 9.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 8. Juni 1911, abends 8½ Uhr, in der „Alhambra", Wallner-Theater-Straße Nr. 15:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

mit Frauen.

Tages-Ordnung:

Die Arbeiterbewegung als größte Kulturbewegung. Referent: Genossin Luise Zietz.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder und deren Frauen ersucht

254/10* **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Einsetzer.

Donnerstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Bezirk: Merkowski, Andreasstraße 26.
2. „ Gliesche, Kopenhagener Straße 74.
4. „ Preil, Rixdorf, Rosenstraße 24.
6. „ Mix, Skalitzer Straße 59.
7. „ Tunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
8. „ Melzer, Wiesenstraße 29.

Sonntag, den 11. Juni, vormittags 9 Uhr

3. Bezirk: Sauer, Levetzowstraße 21.
5. „ Wiemer, Bülowstraße 58.

Bilderrahmenmacher.

Donnerstag, den 8. Juni, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 5:

Branchen-Versammlung.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

84/0 **Die Kommission.**

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden

Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70. Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Freitag, den 9. Juni,

abends 9 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5:

Vortrag des Genossen Redakteur **Fritz Tarnow:**

Was ist wissenschaftlicher Sozialismus?

Eintritt 10 Pf. 292/5

Der Einberufer: Paul Frenzel, Lichtenberg, Bürgerheimstr. 94.

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Höchste Leistungsfähigkeit

durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.

Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50 „
Echt. Kameelhaar à 10 bis 36 „

Spezialkatalog

mit ca. 650 Abbildung. **gratis u. franko.**

Rettungslos verloren

sind alle **Wanzen** mit Brut bei Anwendung von Reichel's verstärktem Wanzenfluid „Radikal". Bekannt sicherstes Spezialmittel. Flasche 50 Pf., M. 1.—, 2.—, 3.—, Liter 5.—. Unfehlbar sterben müssen alle **Schwaben** mit der Brut bei Berührung mit Reichel's Schwabenpulver „Poudre Martial". Dose 50 Pf., M. 1.—, 2.—, Pfund 4.—. **Motten** werden ganz sicher vertrieben und deren Maden getötet durch Reichel's Spezial-Mottenpulver „Total". Paket 50 Pf., M. 1.— und 2.—, Pfd. 3.—. Sprühapparate von 50 Pf. an. Man nehme in den Drogerien nur die echten Originalpackungen mit Marke „Tod und Teufel", die einzige Garantie für Erfolg. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.** Amt IV, 4751, 4752, 4753.

Hygienische Bedarfsartikel

Drogerie Zaremba,

Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundschaft.

Für Fahrräder

Motorräder und für Automobile:

Continental

Pneumatik

ist das Beste vom Besten der hochentwickelten Reifentechnik. — Peinlichst sorgfältige Auswahl der Rohmaterialien. Von ersten Fachleuten ständig überwachte Präzisionsarbeit. Langjährig geschulter Stamm intelligenten Personals.

Diese Schutz- Marke bedeutet:

Das Höchste der Vollendung!

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy

Gibson Girl

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Stoffe

Damentuche, Kammgarne, Cheviot, Ia Qualit., Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudtenstr. 20-21, vis-à-vis der Petrikirche.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4

Theater.

Donnerstag, den 8. Juni.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. König Heinrich IV. II. Teil.
Deutsches. Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Lessing. Sommerspuk.
Komische Oper. Tosca.
Berliner. Bummelstudenten.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Neues Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Kleines. Der Leibgardist.
Lustspielhaus. Unsere Pepi.
Trianon. Das Prinzchen. Anfang 8½ Uhr.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Revolutionshochzeit.
Schiller-Charlottenburg. Im Klubsessel.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kasernenluft.
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8½ Uhr.)
Luisen. Neue Heimat. (Anfang 8¼ Uhr.)
Modernes. Wienerinnen. (Anfang 8¼ Uhr.)
Rose. Der Selbstmörderklub.
Folies Caprice. Parisiana-Ensemble: Die letzte Nacht. Ein Fenster zu vermieten. Das Strumpfband. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8¼ Uhr.)
Metropol. Hoheit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten. (Anfang 7½ Uhr.)
Walhalla. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8¼ Uhr.)
Voigt. Goldene Jugend.
Noack. Paulas Beichte.
Kaiser-Panorama. Reise nach Ceylon und Indien. Im Lande der Mitternachtssonne.
Urania. Taubenstraße 48/49. 4 Uhr und 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte, Invalidenstr. 57–62.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Probekandidat.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: **Bummelstudenten.**

Neues Theater.

Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 8. Juni, abends 8 Uhr:
Kasernenluft.
Freitag: Kasernenluft.
Sonnabend zum erstenmal: Im lenkbaren Luftschiff.

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Der Selbstmörderklub
Auf der Gartenbühne täglich: **Es gibt nur ein Berlin.** Große Revue. Konzert, Spezialitäten. Anfang 4½ Uhr.

Apollo Theater

Anfang 8¼ Uhr.
Die neuen Juni-Spezialitäten.
Des sensationellen Erfolges wegen prolongiert:
Der zerbrochene Spiegel.
Letzte Neuheit d. popul. Gebr. Schwarz.
Um ein Weib.
Großes amerikanisches Ausstattungs-Sensationsstück in sieben Bildern.

Metropol-Theater.

Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Nelson.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Paulas Beichte
oder: **So wird's gemacht.**
Gr. Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Passage-Panoptikum.

Während der Pfingstferien vom 1. bis inkl. 11. Juni
Volkstage!
Jedermann ein Kind frei!
Jedes Kind erh. ein Geschenk!
Die **Neger-Riesin Abomah,** die größte Frau, die je gelebt.
Alles ohne Extra-Entree!

Neue Welt.

Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Ganz neues Programm: Ermakow, tatarische Kriegsspiele. **Smeerlape** m. seinen dressiert. Schweinen. **Maire,** Tenor der Metropolitan-Oper New York. **Teufelsrad,** neueste Belustigung.
Großes Promenaden-Konzert.
Sonnabend, den 10. Juni: Sommerfest d. Vereins Berliner Kassenboten.
12. Juni: Sommerfest der Berliner Schuhmacher-Innung.

Luna-Park

Neueste Attraktionen:
Straße von
KAIRO
Getreue Nachbildung von Bauten aus dem Pharaonen-Lande.
Zum 1. Male in Berlin:
Johnstowns Untergang
Größte elektrotechnische Lichtschau der Welt.
Sonnabend, den 10. Juni: **Elite-Tag**
Monster-Feuerwerk. — Alpenidyll · Apotheose.

Zoologischer Garten

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militärkonzert.
Eintrltt 1 Mark, von abends **6** Uhr ab **50** Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnements an allen drei Schalterkassen.

Wintergarten

Die auserlesenen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.
Karl Reinsch und Lucia mit ihren Vollblutpferden und Hunden.
De Dio.
Charles Barons Burleske-Menagerie.
Tschin Maas 8 heil. Chungusen
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Folies Caprice.

Täglich 8¼ Uhr:
Parisiana-Ensemble.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vermieten.
Die Hochzeitsreise.
Das Strumpfband.

Volksgarten-Theater

Täglich:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. — Goldener Boden.
Gr. Brillant-Feuerwerk.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die schöne
Maroussia
die Tänzerin klass. Kunst
Nina Bitowey
kaukas. Volkssängerin,
und das neue große Programm!
14 erstklass. Attraktionen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 8. Juni 1911:
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Sperrsitz numeriert 50 Pf. Entree 30 Pf.
Passepartouts haben Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Moabiter Wintergarten

Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18.
Direktion: Karl Pirnau.
Täglich:
Spezialitäten-Theater.
Schlager des Eröffnungs-Progr.
Adolf Holländer
Silvester.
Konzert 5 Uhr. Vorstellung ½7 Uhr

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Irrungen.
Posse in 1 Akt.
The Oderos. Neubert und Rós. Rosa Horst. Otto Römer.
Anf. ½8 Uhr, Sonntags ½5 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzchen.
Liebesschwank in 3 Akten v. R. Misch.
Anfang 8½ Uhr.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstrasse
Eis-Arena. Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
100 Mitwirkende **100**
Apachen-Tänze auf dem Eise.
Die Eisb. ist v. 10 U. früh geöffn.
Anerk. vorzügliche Restauration. Bier- und Weinabteilung.
Bis 7 Uhr und von 10¾ Uhr abends: halbe Kassenpreise.

Voigt-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Großes Lebensbild mit Ges. u. Tanz u. das große Spezialitätenprogramm.
Kassenöffnung 2, Anfang 5 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7–9.
Täglich:
Die drei Grazien.
Posse in 4 Akten von Treptow.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4½ Uhr. Eintritt 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater

Rudolf Krüger, Hasenheide 13–15.
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.
Zeltbedachter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schutz bietend.
Donnerstag: **Elitetag.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Britton!
Miețe im Hosenrock.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Café Bellevue.

Rummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Donnerstag und Sonnabend:
Soireen
der Hoffmanns Sänger.
Jeden Sonntag:
Spezialitätenvorstellung
und **Garten-Konzert.**

Karl Nißle's Fest-Säle

und schöner Volksgarten
Dennewitz-Straße 13.
Jeden Donnerstag von 8–11 Uhr:
Frei-Konzert.
Nachdem Tanzkränzchen. Tanz frei.
21415 **C. Nißle.**

Berliner Humor-Quartett

Amt III. No. 9998
Gg. Treuer Kastanienallee 40

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Totalausverkauf. Herrenanzüge, Herrenpaletots, allerfeinsten Maßstoffen herrührend, spottbillige Kaufgelegenheit. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. 21225*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Ulsterpaletots, Beinkleider, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. *

Zinkwaschfässer, Zuber, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7–15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20–40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288K*

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2058K*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 3,85, Plüsch 6,85, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 1996K*

Pumpenwolff, Ackerstraße einundachtzig, ist Fachmann. Abessinierpumpen von 7,50–100,00, Sauger 2,50, Rohre, Spritzpumpen billigst, alte Pumpen 4,50 an, Eisenkarren, Kochmaschinen. †82*

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Teilzahlung. Uhren, Goldwarenspezialgeschäft, wöchentlich 1,00 an. Turmstraße 16, Caspari. 19935*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9–18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjacketts, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochelegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2729K*

Hermannplatz 6. Jedermanns allerbilligste Einkaufsquelle. Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen. Bettenauswahl. Brautbetten. Vermietungsbett. Wäscheauswahl. Gardinenauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Teppichauswahl. Goldsachen. Taschenuhren, Wanduhren. Ferngläser. Selbstverständlich bevorzugtester Wareneinkauf. Pfandleihhaus Hermannplatz. Sonntags ebenfalls geöffnet. †81*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant mit zwei schönen Kegelbahnen am Ringbahnhof Halensee, Westfälischestraße 42, wegen andauernder Krankheit an schnell entschlossenen Käufer billig abzugeben. Schultze (mit'n tz). 21295*

Eckdestillation, Industriegegend, fünf Straßenkreuzungen, existenzfähig, für Parteigenossen preiswert erwerblich. Gartenstraße 74, Liesenstraßenecke. †103

Seifengeschäft, Existenz, Inventarpreis, verkauft Harzerstraße 89, Seifenladen. 65/8

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Brautleute, Möbelsuchende Pensionate, besichtigen Sie die Riesenläger. Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salons, farbige Küchen. Engrospreise. Hausnummer Andreasstraße 30, gradeüber Markthalle, achten. 2636K*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Fossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901K*

Möbeltischlerei, Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungserleichterung. Vorwärtsleser 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,–, 360,–, 422,–, modern 479,–, 2 Zimmer und Küche modern 501,–, 667,–, 721,–. Schlafzimmer, englisch 190,–, modern, echt Eiche, 247,–, Wohnzimmer, modern, 297,–, Speisezimmer 355,–, Herrenzimmer 200,–, englische Bettstelle mit Matratze 44,–, Kleiderspind 30,–, Trumeau, geschliffen 34,–, Schlafsofa 36,–, Plüschsofa 55,–, Umbau 50,–, Teppiche. Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8–8, Sonntags 8–2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch F. gratis und franko. 1906K*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler-Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 2713K*

Speichermöbel billigst: Muschelspinden 23,–, Bettstellen 12,–, Kommode 10,–, Auszugsofa 12,–, Chaiselongue, nagelneu 20,–. Dresdenerstraße 14, Möbelspeicher. 2728K

Chaiselongue, nagelneu, 16,00. Herbst, Lothringerstraße 47. 21396*

Komplette Zimmer- und Kücheneinrichtung billig. Papp, Rixdorf, Ossastraße 7, Ecke Weichselstraße.

Sofort verkäuflich (Händler verbeten): Elegantes Plüschsofa, Umbau, 2 englische Bettstellen, Ankleideschrank, Spiegelwaschtoilette, Ausziehtisch, Kleiderschrank, Spiegelvertiko, Chaiselongue, Trumeau, prachtvolle Wandbilder, Gaskrone. Königsbergerstraße 11, vorn 1 rechts bei Fischer.

Bilder.

Fertiggerahmte Bilder, lose Blätter, Oelgemälde, Leisten und Rahmen kaufen Sie heute am billigsten direkt in der Fabrik bei Bilder-Bogdan, Berlin, Weinmeisterstraße 2. Verlangen Sie nach dem Einkauf 5 Prozent. 2380K

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,–, Holz, Blumenstraße 36b. 2108K*

Fahrräder, Teilzahlungen. Spezialräder 45,00 Barzahlung. Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenerstraße 73 (Ecke Turmstraße). 2470K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, modern, guterhalten, aufgabehalber 35,–, Große Frankfurterstraße 14, Hof Keller. *

Fahrradvertrieb Groß-Berlin, 8 Verkaufsstellen: Neue Schönhauser Straße 9, Brunnen-Straße 145, Bad-Straße 9, Schönhauser Allee 146, Müller-Straße 13, Turm-Straße 25, Naunyn-Straße 20, Charlottenburg Spandauer Berg 29. Billigste, beste Bezugsquelle, neue Fahrräder 45,00, 48,00, 55,00, Laufdecken von 2,50 an, Laternen von 0,65 an. Ausführung sämtlicher Reparaturen in eigenen Werkstätten. 1534K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

28,00. Halbrenner, tadellos, selten gebotene Gelegenheit. Koppenstraße 33, Hof parterre. †130*

Musik.

Pianinos, 80,00 an, Teilzahlung, mietsweise 6,00. Scherer, Chausseestraße 105. 2276K*

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokoschy. Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2489K*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platin, Staniol, höchstzahlend. Edelschmelze Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 85/4*

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Staniol, Goldsachen, Pfandscheine, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. *

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 (Schinkel-Akademie), Inhaber Artur Werner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkurse, Technikerkurse, Werkmeister-, Monteurkurse, Innungsmeister-, Polierkurse, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. *

Kunststopferei Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2399K*

Platinabfälle, Gramm 4,70, Zahngebisse, Silber, Altgold kauft Blümel, Auguststraße 19, III. †58*

Rohrstühle werden geflochten. Abholung und Zurücksendung. Witwe Gläser, Muladstraße 28. 21345*

Gefunden u. verloren

Gefunden! Futterstoffe, Müller, Schönenschestraße 11. †122

Vermietungen.

Wohnungen.

Schöne Wohnung, 2 Stuben und Küche, vollständig neu renoviert, 29 Mark, zu vermieten Bellmannstraße 15 beim Wirt. 2730K*

Balkonwohnung, zwei Stuben Küche, sofort, 32,00. Kleine Markusstraße 3. 85/7*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Aufwartefrau, junge, kräftige, für Mittwoch- und Sonnabendvormittags zum Reinmachen, Kohlenbesorgen und dergleichen gesucht. (Friedenau-) Steglitz, Sachsenwaldstraße 1, 3 Treppen links. 21305

Schirm- oder Maschinennäherin, dauernde Stellung, im Hause, verlangt Anna Freidank, Schirm- und Puppenfabrik, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 128. †62*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Königstraße 56/57. 85/6*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Kofferfabriken:
Trebesius u. Knappe, Köpenicker Str. 126.
Märkische Holzwarenindustrie (Lehmann), Blumenstraße 81.
Wagner, Markusstr. 52.
Reichelt, Krautstr. 39.
Greulich (Krüger), Grüner Weg 28.
Findeisen, Blumenstr. 65.
Bautischlerei Gebr. Faul, Monumentenstr. 22.
Jalousiefabrik Heinr. Freese, Berlin-Niederschönhausen.
Pianofabrik Späthe, Potsdamer Str. 29 und **Späthe** in Gera.
Sämtliche Betriebe in Hamburg, Liegnitz, Forst, Finsterwalde, Schönwalde u. Oranienburg.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

Stukkateure!

Gesperrt für Berlin ist die Firma **Carow & Co.,** Rostock. (Trockenstuck.) 173/8

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.